

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 31/32 vom 16. August 1985

19. Jahrgang

1 DM

Diese Woche

Zwischenbilanz zur Innenpolitik der Wende-regierung — Seite 8/9

Zur Diskussion um Frauen-politik — Seite 10/11

Zur Programmdebatte (IV) — Seite 12

UnionCarbide

Nach Bophal nun Institute. Obwohl es ein Grund für die Chemiekonzernverlagerung in unterentwickelte Länder ist, daß dort geringere Sicherheitsanforderungen erhoben werden, weniger Prüfungen stattfinden, heißt das eben noch lange nicht, daß deshalb die Betriebe in den Industriezentren sicherer wären.

Jeder, der vielleicht daran gedacht hatte, daß solch eine Konzernleitung aus einem Unglück etwas „lernen“ könnte, muß sich endgültig getäuscht sehen. Bis zur letzten Sekunde wurde die Bevölkerung in Unkenntnis des Schadens gehalten, erst als es nicht mehr geheimzuhalten war, weil die Auswirkungen sichtbar waren, wurde „informiert“.

Die Propaganda der Konzerne wird durch die Realität widerlegt — höchste Zeit dafür, endlich zu weitergehenden Kontrollmaßnahmen zu greifen.

Schelte

Schelte gab es in der vergangenen Woche über alle deutschen Sender für die Medien selbst. Ein Vertreter des Weinhandels Hauses Pieroth beklagte sich massiv darüber, daß die negative Berichterstattung die Geschäfte seines Hauses störe — und das wurde pflichteifrig verbreitet. Ganz im Stil des Kanzlers, dem Hause Pieroth ohnehin verbunden, war es natürlich nicht die Pierothsche Panscherei, die da Geschäfte verlor, sondern die Berichterstattung darüber. Von der Presse war ja sogar angezweifelt worden, daß Tausende von gepanschten Flaschen alle das Werk eines — alleine handelnden — Angestellten seien, wie es Pieroth der Öffentlichkeit weismachen wollte. Obwohl, andererseits hatte er natürlich recht, der Pieroth-Mann: Wenn niemand etwas über die Panscherei erzählt, kann's lange gut gehen — und das ist ja auch lange gut gegangen.

Milliardenüberschüsse bei der Bundesanstalt für Arbeit

Diese Milliarden gehören den Arbeitslosen

Über drei Milliarden hat die Bundesanstalt für Arbeit an Überschüssen angesammelt, obwohl die offizielle Arbeitslosenstatistik Monat für Monat die höchste Arbeitslosigkeit der Nachkriegszeit ausweist. Jetzt wird in Bonn über die Verwendung dieser Milliarden diskutiert.

Im Raum stehen Vorschläge, dieses Geld vor allem zur beruflichen Qualifizierung von Arbeitslosen einzusetzen. Das hört sich gut und plausibel an — und ist es bis zu einer bestimmten Grenze auch. Diese Grenze ist da erreicht, wo die Bundesanstalt für Arbeit mit unseren Beiträgen Kosten der Unternehmer übernimmt.

In der Diskussion ist die Verlängerung der Arbeitslosengeldzahlung an ältere Arbeitslose. Für die Masse der Arbeitslosen aber wird auch dadurch noch keine Verbesserung ihrer katastrophalen Lage erreicht.

Die FDP fordert die allgemeine Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Der Grund ist klar: das würde sich vor allem für die Unternehmer in klingender Münze auszahlen.

Woher kommen die Milliardenüberschüsse der Bundesanstalt? Sie wurden durch die brutalen Kürzungen der letzten Jahre auf dem Rücken der Arbeitslosen eingespart. Infolge dieser Kürzungen erhält nur noch ein knappes Drittel der offiziell regi-



strierten Arbeitslosen Arbeitslosengeld. Nimmt man die tatsächliche Arbeitslosenzahl von ca. 3,5 Millionen, ist es gerade noch ein Fünftel. Infolge dieser Kürzungen rutschen immer mehr Arbeitslose in die Sozialhilfe ab.

Diese sogenannten Überschüsse wurden in Wirklichkeit den Arbeitslosen seit 1982 gestohlen. Sie müssen verwandt werden, um wenigstens die schwerwiegendsten Kürzungen, die diese sozialreaktionäre Regierung im Bereich der Arbeitslosenver-

sicherung in den letzten Jahren durchgeführt hat, wieder rückgängig zu machen.

Zurückgenommen werden muß die Verschärfung der Bestimmungen, die zum Bezug von Arbeitslosengeld berechtigen. Zurückgenommen werden müssen die Senkung des Arbeitslosengeldes von 68 auf 63 Prozent und der Arbeitslosenhilfe von 58 auf 56 Prozent. Zurückgenommen werden müssen die Kürzung der Rentenversicherungsbeiträge für Arbeitslose und die Kürzungen im Bereich der beruflichen Bildung und Weiterbildung.

Mannheim

Stadttrat gegen Beschäftigungsförderungsgesetz

Mit den Stimmen von SPD, Grünen und DKP hat der Mannheimer Stadttrat jetzt beschlossen, das am 1. Mai in Kraft getretene Beschäftigungsförderungsgesetz im Bereich der Stadtverwaltung Mannheim nicht anzuwenden. Ein ähnlicher Beschluß wurde in Bielefeld bereits Ende Mai gefaßt.

Die ÖTV hatte im Juni in einer regionalen Aktion alle SPD-Politiker angeschrieben und gebeten, dafür zu sorgen, daß das Gesetz in ihrem Bereich nicht angewendet wird. Die Initiative für einen entsprechenden Antrag im Mannheimer Stadttrat ergriff allerdings nicht die SPD, sondern die — nicht angeschriebene — Fraktion der Grünen. Haupttenor des Antrags der Grünen war, daß das Gesetz ein Entlassungs-förderungsgesetz sei, das

nicht dem Abbau der Arbeitslosigkeit, sondern die Politik Heuerns und Feuerns durch die Unternehmer fördere.

Zur Abstimmung kam allerdings nicht dieser Antrag, sondern ein Antrag des sozialdemokratischen Mannheimer Oberbürgermeisters. In diesem Antrag war von „Entlassungsförderungsgesetz“ nicht mehr die Rede. Außerdem nahm der Stadttrat jetzt nur noch „zustim-

mend zur Kenntnis, daß das Gesetz bei der Stadt Mannheim nicht angewandt wird“. Aufsichtsräte und Verwaltungsräte bei städtischen Gesellschaften und Stiftungen werden aufgefordert, auch dort die Bestimmungen des Gesetzes nicht auszunutzen.

Viel wird sich durch diesen Beschluß sicher nicht ändern, zumal es auch bisher schon Job-sharing und Zeitverträge bei der Stadtverwaltung gibt. Aber trotzdem. Der Beschluß der Stadt Mannheim setzt ein politisches Zeichen. Er ist damit natürlich auch eine Herausforderung für andere sozialdemokratisch regierte Städte.

Immer noch keine Sanktionen

Das Rassistenregime mordet weiter

Während in Südafrika die Kämpfe der schwarzen Bevölkerungsmehrheit gegen das Rassistenregime unvermindert anhalten, hat sich der Führer der Apartheidsregierung bei seinen Freunden aus den USA, England und aus Bonn Rat geholt. Spekulationen über „weitgehende Reformen“, die bald anstünden, werden benutzt, um weiter abzuwarten, keinerlei Sanktionen zu beginnen, dem Morden der südafrikanischen Polizei weiter tatenlos zuzusehen.

Mit der weltweiten Empörung über den Krieg der Rassisten in Südafrika gegen die schwarze Bevölkerung ist immer wieder die Forderung nach Sanktionen gegen Südafrika verbunden. Die entscheidenden Staaten, die großen Druck ausüben könnten, die USA, Großbritannien und vor allem auch die Bundesrepublik weigern sich, begründen das auch weiterhin damit, ein Boykott würde nur die falschen Leute treffen. Zu dieser Frage hat sich in der vergangenen Woche Oliver Tambo, der Präsident der schwarzen Befreiungsbewegung ANC (African National Congress)

geäußert. In einem „Spiegel“-Interview sagte Oliver Tambo auf die Frage, wer dem ANC das Recht gebe, Sanktionen zu fordern: „Die Menschen in Südafrika. Seit dem vergangenen September haben 500 bis 600 ihr Leben gelassen. Die Menschen in Südafrika sagen, daß das Töten aufhören würde, wenn die Welt das Regime durch Sanktionen unter Druck setzte.“ Oliver Tambo sagte weiter, Sanktionen allein würden nicht ausreichen, „aber unser Kampf in Südafrika würde eher Resultate zeigen, wenn Druck von außen hinzukommt“.

Fortsetzung auf Seite 7

Hinter dem Streit um Worte neue Rüstungsabsichten

Dregger, Weinberger und die C-Waffen

Dregger blieb dabei: Weinberger habe ihm gegenüber gesagt, es würden keine neuen chemischen Waffen aus den USA in der BRD gelagert, im Gegenteil, die alten würden abgezogen. Ob der Kriegsminister der USA dem CDU-Bundestagsfraktionsvorsitzenden nur mal ein leeres Versprechen für einen Provinzler mitgegeben hat oder es in USA eine Auseinandersetzung gibt, sei dahingestellt: Tatsache bleibt, daß mit der Erzeugung neuer chemischer Waffen begonnen wird.

Diese Waffen, so der US-Oberkommandierende der NATO, General Rogers, seien dringend nötig. Diese binäre Waffen (also aus zwei Kampfstoffen, die erst bei ihrem Zusammenkommen giftig werden — weshalb diese Waffen wesentlich leichter zu lagern seien) sind wegen der leichteren Lagerung auch schneller transportfähig und deshalb meinte Rogers sei — seiner Meinung nach — eine Lagerung in der BRD nicht unbedingt nötig. (Nötig war — und ist — nur die Lagerung der „alten“, gefährlichen chemischen US-Waffen, die gerade auf dem Gebiet der BRD zuhauf untergebracht sind). Daß Weinberger Dregger etwas versprochen habe, wollte Rogers aber ebensowenig bestätigen wie Weinberger selbst letzte

Woche auf einer Pressekonferenz.

Nun steht er eigentlich dumm da, der Alfred Dregger, wo er sich doch erstmalig als Befürworter von Abrüstung in der Öffentlichkeit profilieren wollte, noch dazu als einer, mit dem man in Washington ernst macht — dieser Schuß ging nach hinten los. Ihn wird es, wie in der Vergangenheit, wenig kümmern.

Das „Verdienst“ dieser ganzen Debatte ist es, daß die amerikanischen Rüstungspläne auf dem Gebiet der C-Waffen nun wenigstens mehr in der Öffentlichkeit diskutiert werden, wie auch die Tatsache, daß es alleine eine Entscheidung der USA ist, ob sie hier stationieren oder nicht.

Verheugen und das SPD-Echo

Günther Verheugen, im Auftrag Willy Brandts nach Südafrika gereist, unterschied sich in seiner Stellungnahme immerhin an einem Punkt positiv von zahlreichen anderen Reisenden in jene Gefilde. Ein wirtschaftlicher Boykott müsse zumindest in bezug auf Militär- und Polizeigüter erwogen werden. Die Banken seien die Hauptbetreiber der Unterstützung für Südafrikas Rassistenregime.

Eine positive Unterscheidung also zu jenen, die da stets heucheln, ein Wirtschaftsboykott werde nur die farbige Bevölkerung — offenbar überraschenderweise die neuesten Freunde unserer Regierung — treffen.

Aber Dämme bauen wollte auch Verheugen, und zwar ganz massiv. Er wisse, verkündete er blauäugig, daß in Südafrika niemand, auch nicht die Führer radikaler Gruppen, jetzt sofort das gleiche Stimmrecht für alle wollten, das könne erst später kommen. Ob der Mann blind und taub geworden ist oder ob es eine durchdachte Lüge war, was er da erzählt hat, sei dahingestellt, der Wahrheit entspricht es jedenfalls nicht.

Interessant bei seinen Stellungnahmen auch das Echo in der sozialdemokratischen Presse. In der Dortmunder „Westfälischen Rundschau“ wurde Verheugens Bericht — natürlich — ausgesprochen positiv kommentiert. Er gäbe also eine realistische Schilderung, was das Stimmrecht betrafte und, wichtiger, mit seiner Stellungnahme zu einem möglichen Boykott komme er der Forderung derjenigen entgegen, die früher oder später in Südafrika an der Regierung sein werden. Der kluge Mann baut eben vor.

29 Jahre Moskauer Vertrag

„Es darf wohl behauptet werden, daß die Bundesrepublik erst nach der Unterzeichnung und Ratifizierung des Moskauer Vertrages aus einem militärischen Anhängsel der NATO zu einem vollberechtigten Mitglied des westlichen Bündnisses wurde, das in der Lage ist — ebenso wie es Frankreich oder England tun — seine nationale Politik zu verfolgen.“ „Damit kommt dem Vertrag auch die Wirkung zu, die Nicht-Endgültigkeit der heutigen Lage Deutschlands sicherzustellen.“

Zwei Zitate aus der „Zeit“ der letzten Woche. Das erste stammt von Nikolaj Protugalow, Mitarbeiter des ZK der KPdSU, das zweite von Voker Rühle, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU im Bundestag. Zwei Artikel, zur selben Zeit veröffentlicht, aus Anlaß des 15. Jahrestages der Unterzeichnung des Vertrages von Moskau durch Willy Brandt und Andrey Kossygin.

Es ist auf der einen Seite fast schon peinlich, mit welcher Inbrunst der Vertreter der KPdSU die Wohltaten preist, die seine Regierung damals der BRD erwiesen hat. Denn Stellen ähnlichen Inhalts wie die eingangs zitierte gibt es in diesem Artikel noch mehrere. („... setzte dem Status der Bundesrepublik als eines besiegten Landes ein Ende.“) In der Tat: Die Kritik, die damals von den Revolutionären an diesem Vertragsabschluß geäußert wurde, mag sie auch undifferenziert oder pauschal gewesen sein, hatte diesen richtigen Kern. Mit dem Moskauer Vertrag hatte die Regierung der UdSSR auf all jene Bedingungen verzichtet, die jahrzehntelang für eine echte internationale Anerkennung der BRD gefordert worden waren, wie die Anerkennung der Grenzen, der DDR und anderes mehr. Auf der Basis dieses Vertrages erst konnten die anderen Verträge, sei es mit Polen oder erst recht der Grundlagenvertrag mit der DDR überhaupt real werden, die allesamt seine Konkretisierung sind.

Auf der anderen Seite beharrt Rühle, in den Medien oft genug als Fortsetzer der Entspannungspolitik und Gegner der kalten Krieger a la Dregger bezeichnet, lediglich auf jener Position, die alle westdeutschen Regierungen seitdem eingenommen haben: Daß dieser Vertrag eben nicht das Ende bundesdeutscher Gebietsansprüche bedeutet. Also eben, ganz im Gegensatz zur sowjetischen Auslegung, keine Nachkriegsregelung. Betrachtet man diese Positionen, die seitherige Aufrüstung beider Seiten, die immer lauter werdenden revanchistischen Töne in der BRD, so kann man 15 Jahre nach Vertragsabschluß jedenfalls feststellen, daß dieser Vertrag nicht dazu geführt hat, den Frieden sicherer zu machen. Als Signal einer Entspannung der Beziehungen zum damaligen Zeitpunkt mag er gewisse Wirkungen gehabt haben und faktisch wurde er auch in breiten Teilen der Öffentlichkeit anders verstanden. Aber Entspannung oder Anspannung der zwischenstaatlichen Beziehungen sind eben den allgemeinen konjunkturellen Schwankungen solcher Beziehungen ausgesetzt: Bei wachsender Spannung werden solche verwachsenen Verträge besonders schnell vollends wertlos.

BVG-Urteil: Sonderrechte für Kirchen

In einem obersten Gerichtsurteil wurden in der letzten Woche zwei Urteile des Bundesarbeitsgerichts aufgehoben, vor dem von der Kirche entlassene Mitarbeiter zunächst erfolgreich geklagt hatten. Höchststrichlich wurde nun dagegen verfügt: Die Kirchen haben so weitgehende Sonderrechte, daß sie von ihren Angestellten absolute Loyalität fordern dürfen.

Ein Arzt, der für Abtreibung eintrat, ein Buchhalter eines Wohnheims, der aus der Kirche ausgetreten war — beide wurden entlassen, beide, wie nun geurteilt wurde, zu recht, denn: Sie hätten den Loyalitätsanspruch nicht erfüllt, den die Kirchen erwarten und einfordern könnten.

Also: Zu Sonderrecht 1, daß die Kirchen finanziell außerhalb jeder Kontrolle gestellt werden und Sonderrecht 2, die der Kirchenhierarchie einen Aufbau nach Art der Volksgemeinschaft, ohne Gewerkschaft, ermöglicht, nun auch Sonderrecht 3, daß die Weltanschauung der Angestellten des Unternehmens entsprechen muß.

Das Ausmaß kirchlicher Geschäfte ist bekanntermaßen umfangreich: Allein ein Verband der Wohlfahrt wie etwa die Caritas beschäftigt fast eine viertel Million Menschen (ein Viertel davon als Teilzeitbeschäftigte — ganz modern kapitalistisch flexibel) unter anderem auch über 30000 unbezahlte Ordensleute und fast 10000 faktisch unbezahlte Zivildienstleistende.

Die sogenannte Subsidiarität, in den letzten Jahren ein Schlagwort der sozialen Reaktion bei ihren Abbauplänen geworden, hat seit langem dazu geführt, daß im gesamten Sozialwesen der Vorrang der „freien Träger“ vor staatlichen Einrichtungen besteht (in einem Ausmaß, wie es in den entwickel-

ten Ländern Europas unvergleichlich ist) — was wiederum zum Ergebnis gehabt hat, daß gerade die sogenannte kirchliche Wohlfahrt eine ganz zentrale Stellung sowohl im Gesundheitswesen aber auch in der Altenpflege und in Jugendheimen erreicht hat. Und das alles ist bekanntlich ein Milliardengeschäft.

Nicht daß dies alles wäre: In einem Staat, an dessen Schulen die Unterrichtung des Aberglaubens die Regel ist, gibt es natürlich noch viele Vergünstigungen und Vorrechte für die so wichtige staatstragende Säule der Kirchenhierarchie (wie etwa jederzeit Zugang zu den Medien zu haben).

Mit diesem Grundsatzurteil bekommen es die Bischof, Papst und CO KG leicht gemacht, in den eigenen Reihen den „Anfangen“ zu wehren. Bezeichnenderweise wurde noch nie jemand von der Kirche entlassen, weil er Waffen segnete oder ähnliches — das gehört eben dazu wie die Zusammenarbeit mit den Nazis und einer unendlich langen Liste von Reaktionären.

Was der Papst mit seiner Attacke gegen die „Theologie der Befreiung“ signalisiert, das wird in der BRD von den Kirchenleitungen mit Unterstützung des Verfassungsgerichtes praktiziert: Es werden Dämme aufgerichtet gegen die Ausbreitung auch noch so sanften kritischen Bewußtseins in den Kirchen.

CSU: Ideologie statt Arbeitsplätze

Die CSU hat, diesmal im Einklang mit der FDP, die Konsequenz gezogen, die auch Kohl im Sommer schon andeutete. In einem Papier ihres stellvertretenden Generalsekretärs Held bot dieser eine neue Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit an: Einfach die Statistik ändern.

Da die Politik der Regierungskoalition, wie zu erwarten war, zwar zu großen Gewinnsteigerungen der Kapitalisten geführt hat, die Zahl der Arbeitslosigkeit aber entgegen den Versprechungen weiter steigt, bleibt nur diese Konsequenz: Wenn die Zahlen sich nicht selbst ändern, muß man ihnen, frei nach Schilda, eben etwas Gewalt antun.

Die „Helden-tat“ besteht nun darin, einfach eine gesplante Statistik zu führen. Getrennt sollten künftig Alleinerkäufer von Familien und sogenannte Zuverdiener aufgeführt werden, wobei nach konkreter Lage und herrschender Ideologie mit letzterem im Regelfall nur Frauen gemeint sein können.

Nicht daß sie — zunächst jedenfalls — damit direkt Einbußen an Arbeitslosengeld erleiden sollen (obwohl eine solche weitere Heldentat durch die Trennung natürlich bereits vorbereitet ist), es

geht vor allem darum, mit allen Mitteln die Zahl der Arbeitslosen zu verringern — außer durch ein Mittel: Anstrengungen zu machen, sie durch eine entsprechende Politik zu verringern. Also: Mit allen Mitteln des Betruges.

Wobei der heldenhafte Vorstoß offensichtlich nur ein Mittel sein soll, um die herbeigesehnte Trennung zwischen Arbeitslosen und Arbeitsunwilligen herbeizuführen. Denn diese Trennung — mit der sie schon zu Beginn der Massenarbeitslosigkeit jahrelang gehetzt haben — möchten Strauß, Kohl und ihre Komplizen wieder eingeführt sehen. Wunschstatistik dieser Riege: Arbeitsunwillige zwei Millionen, gemeldete weibliche Doppelverdiener 1 Million, Arbeitslose: 0. Oder so ähnlich und schon wäre aus der einstigen Wahlparole doch noch Wahrheit geworden.



Protest am Krankenhaus: Auch die Mitarbeiter an kirchlichen Einrichtungen haben immer wieder gegen Maßnahmen der Kirchenleitungen Widerstand geleistet: Vielleicht verletzt auch das künftig die „besondere Loyalitätspflicht“?

Ermittlungen wegen SPD-Spendenbetrug

Hesselbach und 6 Millionen

Es gäbe bisher keine Beweise für eine Beteiligung der SPD am Spendensteuerbetrug der heutigen Regierungsparteien, und es werde sie auch künftig nicht geben — so betonte ein Parteisprecher noch am vergangenen Wochenende, nachdem bekannt geworden war, daß der „Spiegel“ in seiner neuesten Ausgabe über die Untersuchung gegen den ehemaligen Chef der Bank für Gemeinwirtschaft berichtete.

Über 6 Millionen DM sind es, um die es sich im konkreten Fall handelt. Ganz im Stil der Großbetrüger von CDU und FDP betätigen sich die SPD-Geldbeschaffer: Über die Schweiz und eine Stiftung der israelischen Arbeiterpartei dort wurde das Geld von der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Parteikasse transferiert. Darüber gibt es offensichtlich beweiskräftige Dokumente wie ein Schreiben aus dem Brinkmann Konzern, der sich an der Sammlung für den Wahlkampf von Helmut Schmidt beteiligte.

Noch untersucht sollen auch Geldverschiebungen aus den Jahren 1972 und 1976 werden — die genannten 6 Millionen DM betreffen nur die Jahre um die 80er Bundestagswahl. Bisher waren weitergehende Untersuchungen in bezug auf die SPD meist am Tod des früheren Schatzmeisters der Partei und obersten Geldsammlers Alfred Nau gescheitert.

Diese Tatsachen dürften es verständlicher machen, warum die SPD sich bereits kurz nach Beginn der Spendenbetrugsaffäre auf die Seite derjenigen geschlagen hat-

te, die um jeden Preis, sei es mit Amnestie oder mit freundlich gesinnten Finanzrichtern die Sache unter den Teppich kehren wollten und wollen, warum die SPD-Mitglieder im rheinland-pfälzischen Untersuchungsausschuß Kohls Auftritt als Mann ohne Gedächtnis durchgehen ließen. Der eigene Dreck am Stecken (und, wie an anderer Stelle schon dargestellt, die Sorge um das Staatswesen) waren die Motivation für diese Haltung.

Im Rahmen der Ermittlungen bzw. ihres Endes stehen im Laufe dieses Herbstes eine ganze Reihe von Prozessen gegen Bonner Prominenz an — und diese Serie von Gerichtsverhandlungen wird lange dauern und sowohl CDU/CSU und FDP als auch die SPD treffen. Zwar ist es ihnen gemeinsam gelungen, die Empörung über den Politikerkauf durch Kapitalisten wieder einzudämmen, abflauen zu lassen — aber vielleicht tragen immer neue Enthüllungen und einschlägige Prozesse dazu bei, daß die Sache für die Bonner Spitzen und ihre Einkäufer doch noch nicht ganz ausgestanden ist ...

Impressum

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abogebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Zu den Änderungen in der Sozialhilfe ab 1. Juli/4. Änderungsgesetz zum BSHG

Systemveränderer am Werk

In der Leistungsbilanz, die die Bundesregierung vor rund einem halben Monat vorlegen ließ, wurde die Erhöhung des Sozialhilferegelsatzes um 5—8 Prozent ab 1. Juli als eine der angeblichen sozialpolitischen Großtaten der konservativen Koalition gefeiert. Bei genauerer Betrachtung der seitdem gültigen Beschlüsse läßt sich ein ganz anderer Schluß ziehen: Auch hier marschiert die Gegenreform.

Grundsätze

Als die „Sozialhilfe“ per Gesetz 1961, in Nachfolge des Fürsorgegesetzes der Weimarer Republik, eingeführt wurde, gab es zwei wesentliche Veränderungen. Zum einen sollte der Maßstab für die Gewährung von Hilfe ein sozial-kultureller sein, der eine Lebensführung im Vergleich des Durchschnitts ermöglichen sollte, zum zweiten wurde sie ein Rechtsanspruch, einklagbar also, allerdings nur „dem Grunde nach“. Träger wurden Städte und Landkreise.

Es blieb allerdings bei der Bestimmung „dem Grunde nach“, was bedeutete, daß die wirkliche Gewährung und ihre Höhe von einer behördlichen Prüfung abhängig blieben. Was die wirkliche Höhe des Einkommens aus der Sozialhilfe betrifft, gibt es einen ausführlichen Streit um Zahlen.

„Der Regelsatz für eine alleinstehende Person lag bei etwas unter zwanzig Prozent des durchschnittlichen Nettoverdienstes der Arbeitnehmer. Die Wohnkosten wurden gesondert getragen.“ (1)

Selbst bei Umgehung des Streits um genaue Prozentzahlen bleibt die Tatsache, daß die Propaganda der Konservativen, die Sozialhilfe sei zu hoch, sozusagen ein Damm gegen Arbeitswilligkeit, völlig aus der Luft gegriffen ist.

In der ursprünglichen Debatte war die Sozialhilfe eher als eine Randerscheinung behandelt worden, da es ja angeblich fast keine Armut mehr in der BRD gäbe. Dies erwies sich von Beginn an als grobe Fehleinschätzung — eine Million beziehungsweise berechtigter Menschen gab es durchgehend — meist Alte oder alleinstehende Frauen mit Kindern.

In den 70er Jahren gab es wesentliche Kostensteigerungen vor allem im Bereich „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ — sprich in der Versorgung pflegebedürftiger alter Menschen. Milliardenbeträge wurden in diesen Jahren an die freien Träger der Altenpflege — in erster Linie die kirchlichen Verbände — ausgeschüttet.

Insgesamt wuchsen die Ausgaben der Sozialhilfe von 1970 bis 1983 von 3,4 auf 17,6 Milliarden Mark — um mehr als das Vierfache. Dabei blieb die Zahl der Bezieher von Hilfe in besonderen Lebenslagen in diesem Zeitraum relativ konstant bei rund 1,1 Millionen Menschen, die Zahl der Bezieher von Hilfe zum Lebensunterhalt stieg aber um mehr als eine dreiviertel Million Menschen an. Heute gibt es weit über 2 Millionen Menschen, die auf verschiedene Art Sozialhilfe beziehen müssen.

Auswirkungen

Neben den Kostensteigerungen im Pflegebereich ist es vor allem die chronische Massenarbeitslosigkeit, die zu den gewaltigen Ausgabensteigerungen in der Sozialhilfe geführt hat. Nach einem Bericht der „Frankfurter Rundschau“ (2) hat sich der Anteil von Arbeitslosen an den Beziehern von Hilfe zum Lebensunterhalt von 10,5 Prozent im Jahr 1980 auf 29 Prozent im Jahr 1984 gesteigert, in den Zentren der

Arbeitslosigkeit wie Bremen oder das Ruhrgebiet sogar bis zu 45 Prozent. Die Zahl von jugendlichen Arbeitslosen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, hat sich auf fast eine Viertelmillion erhöht.

Die wesentlichen Gründe für die Ausgabensteigerungen in der Sozialhilfe liegen also in der wachsenden Zahl von Arbeitslosen. Hier wirkt sich der Prozeß der Verarmung sichtbar, zahlenmäßig erfaßbar aus, obwohl es sich dabei nur um die Spitze des Eisberges handelt. So erhielten nur rund 11 Prozent der ausgegrenzten Arbeitslosen Sozialhilfe — was nichts anderes bedeutet, als daß die Hauptlast der Verarmung den Familien aufgezungen wird, was natürlich zahlenmäßig nur schwer erfaßbar ist.

„Die Ausgaben der Gemeinden für soziale Leistungen sind laut Gemeindefinanzbericht insgesamt von 1970 bis 1983 um das 4,5fache gestiegen, während ihre Gesamtausgaben lediglich um das 2,5fache zunahmen. Die sozialen Leistungen haben so im kommunalen Haushalt an Gewicht gewonnen, ihr Anteil hat sich von 7,8 Prozent 1970 auf 12,1 Prozent 1982 erhöht. (...) Nahezu 50 Prozent aller kommunalen Sozialausgaben entfallen auf die Sozialhilfe.“ (3)

Betrachtet man solche Zahlen genauer, so wird deutlich, daß die Gesamtausgaben der Kommune also zu rund 6 Prozent aus der Sozialhilfe bestehen — sehr viel zwar und weiterhin, trotz aller Kürzungen, mit insgesamt steigender Tendenz, aber keinesfalls ein Grund für den „Selbstmord der Kämmerer“, es bleibt auch hier, trotz aller Abwälzung ein gewisser Spielraum.

Natürlich: die Städte und Gemeinden wehren sich zu Recht gegen diese gigantischen Abwälzungen, die in massiver Form bereits mit dem Haushaltsstrukturgesetz von 1982 begann (das von der damaligen SPD/FDP-Koalition eingebracht worden war und von der CDU/CSU-Opposition mit ihrer Bundesratsmehrheit noch verschärft worden war). Wenn im selben Jahr die Bundesanstalt für Ar-



beit einen Überschuß von grob drei Milliarden Mark erzielt und die Gemeinden an ihrer Stelle zwei Milliarden Mark mehr für Sozialhilfe ausgeben müssen, dann wird deutlich, daß die vielgepriesene kommunale Selbstverwaltung nach den Betroffenen selbst der zweite Verlierer in dieser Entwicklung ist.

Zu den weiteren Folgen dieser Verarmungspolitik, die an dieser Stelle nicht weiter dargestellt werden sollen, nur ein Hinweis:

„Von 1980 bis 1983 sind die Regelsätze gemessen an der Entwicklung der Kaufkraft real um 5 Prozent und die Reallöhne um 5,2 Prozent gesunken.“ (4)

Entwicklung und Kreislauf der Sozialhilfe lassen sich also nach dieser sehr groben Darstellung folgendermaßen zusammenfassen: Mehr Ausgaben durch gestiegene Pflegekosten und durch die wachsende Zahl von Arbeitslosen, die in die Sozialhilfe fallen, angespanntere

Finanzlage der hauptsächlichlichen Träger, nämlich der Gemeinden, weitere Kürzungspolitik sowohl zentral als auch im konkreten örtlich.

Die Regelung ab 1. Juli

Vor diesem Hintergrund sind die Beschlüsse zu sehen, die ab dem 1. Juli dieses Jahres gelten. Viel Propaganda wurde dabei um die Erhöhung des Regelsatzes gemacht, der um 5—8 Prozent angehoben wurde. Real bedeutet dies im Durchschnitt nichts anderes als ein sagenhaftes Plus von 28 Mark, der Satz steigt von 356 Mark auf 384 Mark. Auch die Mehrbedarfszugeständnisse an Menschen zwischen 60 und 65 Jahre sowie an Mütter mit Kind bis zu sieben Jahren fallen real kaum ins Gewicht.

Im besten Fall ist durch diese, besonders herausgestellte Maßnahmen, ein gewisser Ausgleich für die in den letzten Jahren erlittenen Einkommensverluste geleistet worden. Um wirkliche Verbesserungen handelt es sich dabei in keinem Fall.

In einer in der „Frankfurter Rundschau“ veröffentlichten Zusammenfassung eines Aufsatzes der beiden Frankfurter Sozialwissenschaftler Albert Hofmann und Günther Stahlmann („Neuvermessung des Existenzminimums für die Armutsbevölkerung“) werden eine ganze Reihe sachlicher und auch rechtlicher Einwände gegen die Beschlüsse (genannt 4. Änderungsgesetz zum Bundessozialhilfegesetz — BSHG).

Zur Bedarfsgruppe Ernährung merken die Autoren an:

„Hinzu treten Kürzungen bei den Zuschlägen für die bei der Nahrungsmittelzubereitung auftretenden Verluste durch Schwund, Verderb u. a. von vormals 20 Prozent auf nunmehr 8 Prozent...“ (5).

Zur Bedarfsgruppe Energie: „Die — bislang unumstrittene — Mangellage beim Energiebedarf ist durch das Bedarfsmengenschema 1985 nicht behoben.“ (ebenda).

Zwei Beispiele, herausgegriffen aus einer ganzen Serie von konkreten Einzelfragen, in denen entweder eine weitere Verschlechterung der

Versorgung festgestellt wird, oder aber alte, seit langem kritisierte Mängel fortgeschrieben werden. Schon dies erlaubt es, die Julibeschlüsse als weitere sozialpolitische Kürzungsmaßnahme zu interpretieren.

Neue Struktur

War schon die Anhebung um 5 bis 8 Prozent ein Schlag ins Gesicht aller, die von Sozialhilfe leben müssen oder die sich für eine Verbesserung der Lage der Sozialhilfempfänger einsetzen — denn dem standen nach den Kürzungen der ganzen letzten Jahre Forderungen einer Erhöhung um 30—40 Prozent gegenüber, so gibt es neben all dem auch noch grundsätzliche strukturelle Veränderungen durch dieses 4. Änderungsgesetz. Kritisiert werden sowohl die Art und Weise wie der „neue Warenkorb“ zustande gekommen ist, als auch die zentrale Neuerung zur Berechnung dieses Korbes.

Ausgearbeitet haben diesen Warenkorb faktisch jene, die ihn auch bezahlen müssen, entgegen allen bisherigen Üblichkeiten. Mit der minimalen Erhöhung der Regelsätze ist ein Grundmuster bisheriger Sozialhilfe, nämlich das sogenannte Bedarfsprinzip faktisch ausgehöhlt worden — bestimmend ist real nur noch die finanzielle Lage der Träger der Sozialhilfe, nicht mehr die Lage der Empfänger — was oft genug schon Praxis hinter einer Worthülse war, ist nun sozusagen zum Gesetz erhoben worden. Entscheidende Kostensenkungsmaßnahme ist die Einführung der sogenannten unteren Quartilspreise. (D. h. Preise, die im unteren Viertel der Preisskala angesiedelt sind). Bisher waren die allgemeinen Durchschnittspreise zur Grundlage der Berechnung der Sätze genommen worden. Für diese Quartilspreise gibt es weder einheitliche Statistiken noch ohne weiteres die Möglichkeit, solche Läden auch zu erreichen — also doppelt Spielraum für Willkür und Kürzung.

Hofmann und Stahlmann dazu:

„Durch den ‚Einfall‘ von unteren Quartilspreisen (einer historisch und international einmaligen besonderen Preisstatistik für die Bewertung des ohnehin schon unten angesetzten Existenzminimums) und der nicht mangelnden ‚Einfallslosigkeit‘ können die unteren Quartilspreise auf weitere Bereiche des sozialen Sicherungssystems ausgedehnt werden, in denen Warenkörbe das Lebenshaltungsniveau bestimmen...“ (6)

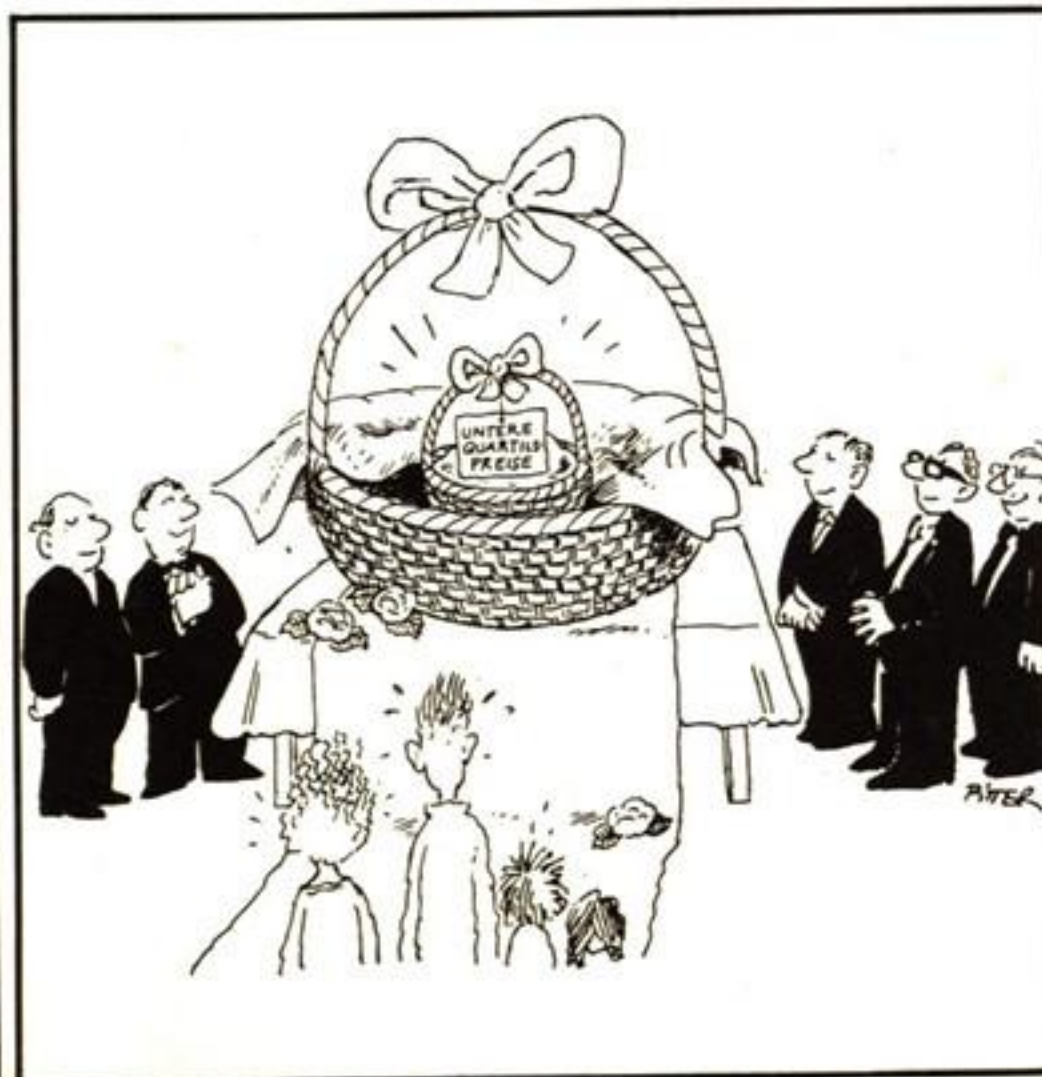
Das heißt, wieder einmal, wie so oft schon im Bereich der Sozialpolitik festzustellen: Dort, wo die vorherige SPD-geführte Bundesregierung angesichts der kapitalistischen Krise zu Kürzungen griff, dort gehen heute die konservativen Wendepolitiker weiter und verändern das ganze System. Stets in Richtung auf eine Verschlechterung für die Betroffenen.

In der nächsten Folge:

- Konkrete Auswirkung der Kürzungen bei der BfA und der Entwicklung der Pflegekosten
- Grundtendenzen der neuen Armut
- Zur Diskussion von Alternativen

Hinweise

1. V. Hentschel: Gesichte der deutschen Sozialpolitik 1880 bis 1980, Frankfurt 1983, Seite 197
2. FR vom 25.5.85
3. Leibfried/Tennstedt: Politik der Armut und Spaltung des Sozialstaats, Frankfurt 1985, Seite 195
4. Ebenda, Seite 205
5. Frankfurter Rundschau vom 3. Juli 1985
6. Ebenda



Co op Nord

Jetzt Betriebsrenten-skandal?

Das Hamburger Arbeitsgericht wies den Antrag der Co op Nord auf Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden Siewers zurück. Der von der Co op AG vorgetragene Entlassungsantrag aber brachte möglicherweise einen neuen Skandal ins Rollen: Hat die Co op AG Gelder aus der Betriebsrentenkasse zweckentfremdet?

In dem Entlassungsantrag, in dem als Kündigungsgrund unter anderem die Weitergabe betriebsinterner Informationen an Außenstehende und „Denunzierung“ von leitenden Angestellten angeführt werden, wird dem Kollegen Siewers vorgeworfen, folgenden Sachverhalt an eine Kontrollbehörde des Hamburger Senats weitergeleitet zu haben: 1981 ging die Firma „Produktion“ in die Co op AG ein. Aus der Rentenzuschußkasse dieser Firma seien 10,7 Millionen DM an die Co op AG verliehen worden. Diese habe das Geld aber nicht zurückgezahlt, sondern an die Co op Verwaltungsgesellschaft für Stiftungsvermögen transferiert, die sie dann in Co op-Aktien angelegt habe. Die Verwaltungsgesellschaft aber haftet als GmbH nur bis zu 50000

Mark.

Vorsitzende der Rentenzuschußkasse war damals Rolf Hollmann, der gleichzeitig einen Großteil des Stammkapitals der Verwaltungsgesellschaft hält und zu den Spitzenmanagern von Co op gehört, die sich beim Bau des Lager- und Verwaltungszentrums Saarstedt von Co op durch das Aufziehen eines Immobilienfonds eine private Rendite von 12 Prozent verschafft haben.

DGB-Anwalt Fürstenau meinte laut „taz“ zu Recht, daß diese verschlungenen Wege der Betriebsrentengelder „ungeahnten Sprengstoff in sich bergen“ könnten.

Der eigentliche Skandal dieses Arbeitsgerichtsprozesses sollte darüber wiederum nicht in Vergessenheit geraten: mit welchen Methoden

die gewerkschaftliche Co op AG einen Betriebsratsvorsitzenden ausschalten will, der offensichtlich nur versucht hat, die Interessen der Belegschaft gegenüber einem Vorstand zu wahren, der nicht nur rücksichtslos den Standpunkt des Unternehmensprofits vertreten hat, um den Abbau von Arbeitsplätzen zu rechtfertigen, sondern sich auch noch persönlich über die satten Vorstandsgehälter hinaus daran bereicherte.

Wie gesagt, wies das Gericht den Antrag auf außerordentliche Kündigung zurück. Den sogenannten gewerkschaftlichen Charakter von Co op würdigte das Gericht in seiner Urteilsbegründung mit folgender Feststellung: Schließlich sei gerichts bekannt, daß die Co op gegen die Mitbestimmungsrechte verstoße.

Die Co op stellte einen Hilfsantrag auf Ausschluß des Kollegen Siewers aus dem Betriebsrat. Darüber soll im November entschieden werden.

Massenentlassungen bei DeTeWe

Gezielte Kündigungen gegen V-Leute

Massenentlassungen von mindestens 50 Kolleginnen und Kollegen hat die Geschäftsleitung von DeTeWe für das Westberliner Werk angekündigt. Begründet werden sie mit Auftragsmangel.

Die Deutsche Telefonwerke und Kabelindustrie AG (DeTeWe) beschäftigt insgesamt über 4900 Arbeiter und Angestellte, davon in Westberlin knapp 2600.

Auf der Betriebsversammlung am 9. Juni hatte der Betriebsrat vorgetragen, daß 17 Kündigungen vorlägen, denen er widersprochen habe. Zwei Tage nach der Betriebsversammlung legte die Geschäftsleitung fünf weitere Kündigungen vor. Von vier Kündigungen im Bereich Qualitätssicherung richteten sich drei gegen Mitglieder des Vertrauensleutekorps.

In einer Stellungnahme der außerordentlichen Vertrauensleutesitzung vom 16. 7. 85 heißt es dazu: „Der Angriff auf die Vertrauensleute ist ein Angriff auf die gewerkschaftliche Interessenvertretung überhaupt. Deswegen beantragen wir bei der IGM-Verwaltungsstelle

Berlin, die Verteidigung der bedrohten DeTeWe-Vertrauensleute zur Sache der IG Metall und der Gewerkschaften in Berlin zu machen. Sie mögen alle demokratischen Mittel der Millionenorganisation in die Waagschale werfen, bis diese Kündigungen zurückgenommen werden.“

Im Anschluß an diese Sitzung begab sich eine Delegation von etwa 30—35 Kolleginnen und Kollegen zur IGM-Verwaltungsstelle, um den Beschluß der Vertrauensleute zur Verhinderung aller Entlassungen und zur Solidarität mit den bedrohten Vertrauensleuten darzulegen. Der Delegation gehörten auch Vertrauensleute und Betriebsräte verschiedener anderer Westberliner Betriebe an.

Daran, daß die gegen die Vertrauensleute ausgesprochenen Kündigungen nicht zufällig, sondern gezielt er-

folgten, gibt es kaum einen Zweifel. Wie aus einer Mitteilung der VK-Leitung hervorgeht, kann in der fraglichen Abteilung von Arbeitsmangel kaum die Rede sein. In dem Bereich, in dem zwei der betroffenen Vertrauensleute arbeiten, soll die Zahl der zu prüfenden Relaisätze sogar von 500/Monat auf 2000/Monat gesteigert werden. Außerdem sind Werkstudenten eingesetzt, um die laufende Arbeit zu bewältigen.

Dieser Versuch, die gewerkschaftlichen Vertrauensleute einzuschüchtern, muß offensichtlich in Verbindung mit den angekündigten Massenentlassungen gesehen werden. Widerstand dagegen soll wohl im Keim erstickt werden.

Die geplanten Massenentlassungen stoßen vor allem auch deshalb auf besondere Empörung, weil die DeTeWe in den vergangenen Jahren beträchtliche Gewinne gemacht hat und über erhebliche Rücklagen verfügt.

Überstundenabbau als Gemeinschaftsaufgabe?

Am 14. Dezember letzten Jahres richteten Otto Esser, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, und der DGB-Vorsitzende Ernst Breit „einen gemeinsamen Appell an die Betriebe und Verwaltungen“ mit der Forderung, „eine Einschränkung von Mehrarbeit mit dem Ziel, Übernahmen und Neueinstellungen zu erleichtern.“

Das Ergebnis kann sich nicht sehen lassen. Im Januar wurden pro Beschäftigten im Durchschnitt 1,4 Überstunden pro Woche geleistet, im April 1,6 Stunden und im Juli 1,75 Stunden. Insgesamt werden 1985 offiziell 1,6 Milliarden Stunden Mehrarbeit gezählt werden. Das entspricht rein rechnerisch dem Arbeitszeitvolumen von ca. 1 Million Arbeitsplätzen.

Obwohl scheinbar alle (Regierung, Unternehmer, Gewerkschaften) für den Abbau von Überstunden zugunsten von Neueinstellungen sind, liegen die Überstundenzahlen pro Beschäftigten in diesem Jahr über den Vergleichszahlen des Vorjahres.

Nun widerspricht die in Sonntagsreden, Zeitungsinterviews und sonstigen öffentlichkeitswirksamen Auftritten von Regierungsmitgliedern und Kapitalistenvertretern geheuchelte Überzeugung von der Notwendigkeit des Überstundenabbaus ihren praktischen Taten ja auch ziemlich schroff. Welcher Betriebsrat reißt sich nicht verwundert die Augen, wenn er diese Sprüche hört, und gleichzeitig erlebt, daß die Geschäftsleitung die Überstundenanträge nur im rationellen Tausenderpack vorlegt? Im Gegensatz zu den offiziellen Sprüchen stehen die Betriebsräte in den meisten Betrieben unter permanentem Genehmigungsdruck für Überstunden. Und Möglichkeiten, Druck auszuüben, gibt es viele.

Das gilt nicht nur für die private Industrie, sondern auch für Staatsunternehmen wie die Bundespost. Nach Angaben der Deutschen Postgewerkschaft wurden 1984 bei der Bundespost 10,7 Millionen Überstunden geleistet. Immerhin drei Millionen Überstunden wurden nicht mit Freizeit abgegolten. Im ersten Halbjahr 1985 wurden um 10 Prozent mehr Überstunden verfahren als im Vergleichszeitraum 1984. Die Gewerkschaft beziffert das Überstundenpotential bei der Post rechnerisch auf mehr als 7000 Arbeitsplätze.

Bundespostminister Schwarz-Schilling hat der DPG angeboten, Tarifverhandlungen über den Abbau von Überstunden aufzunehmen. Zu Recht hat die DPG erwidert, daß Überstunden in dieser Größenordnung kein Problem von tarifvertraglichen Regelungen, sondern schlicht und ergreifend von Neueinstellungen sind. Zu den Einstellungsfordernungen der Gewerkschaft aber gibt es aus dem Postministerium nicht einmal eine konkrete Stellungnahme. Die Haltung des Bundespostministers ist typisch für die Haltung der Wenderegierung.

Man denke an das Schicksal, das jenem Passus des ursprünglichen Entwurfs zum Beschäftigungsförderungsgesetz widerfahren ist, in dem Blüm festschreiben wollte, daß ab der neunten Überstunde pro Woche der Ausgleich durch Freizeit erfolgen müsse. Die Unternehmer erhoben Einspruch und der Passus verschwand.

Die neue Arbeitszeitordnung, die im Hause Blüm vorbereitet wird, soll die 6-Tage-Woche a 10 Stunden pro Tag weiterhin problemlos möglich machen. Ausnahmeregelungen sollen sogar ein Überschreiten der 60 Stunden pro Woche möglich machen. Wie sich das verträgt mit den Bonner Sprüchen, Überstundenabbau zum Abbau der Arbeitslosigkeit sei notwendig, bleibt offensichtlich ein Geheimnis der Regierung.

Die einzige leichte Verbesserung der Bedingungen zum Abbau von Überstunden haben die Tarifverträge in der Metallindustrie gebracht. Hier wurden mit der 38,5-Stunden-Woche auch Begrenzungen für die Mehrarbeit vereinbart, die die bis dahin gültigen tariflichen Bestimmungen unterschreiten und weit unter den gesetzlichen Bestimmungen liegen. Selbstredend waren es die Metallkapitalisten, die sich lange gegen diese Begrenzung der Mehrarbeit gesperrt haben und eine wirksamere verhindert haben.

Abseits der Sympathiewerbung in der Öffentlichkeit sprechen die Unternehmer auch heute Klartext: der gegenwärtige Überstundenstand wird in verschiedenen Stellungnahmen von Unternehmerorganisationen als „betriebsbedingt notwendig“ hingestellt. Esser selbst bezeichnete in einem Interview mit der „Wirtschaftswoche“ den gegenwärtigen Überstundenstand als „einen sehr niedrigen Stand“. Der Spielraum sei damit geringer geworden.

Überstundenabbau als gemeinsame Aufgabe? — Die wirklichen Absichten und Interessen der Kapitalisten — und damit auch ihrer Bonner Regierung — sprechen dieser sentimentalen Phrase Hohn.

Vom Standpunkt der Kapitalisten aus, sind Massenentlassungen und Massenarbeitslosigkeit auf der einen und Überstundenschinderei auf der anderen Seite kein Widerspruch.

Die Verlängerung der Arbeitszeit durch Überstunden ist ein Mittel, den Mehrwert zu vergrößern, der aus dem einzelnen Arbeiter gepreßt werden kann.

Vom kapitalistischen Standpunkt aus ist es natürlich profitabler, möglichst wenigen Arbeitern einen möglichst großen Mehrwert abzupressen, als eine größere Zahl von Arbeitern in geringerem Maße auszubeuten.

Die Ausdehnung der Produktionszeit durch Sonder-schichten am Wochenende oder im Anschluß an die tägliche normale Produktionszeit erlaubt eine bessere Verwertung des in Maschinen, Gebäuden usw. angelegten

konstanten Kapitals und ist ein Mittel, dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenzuwirken. Die Pläne der Kapitalisten, durch Wiedereinführung der Samstags- und Sonntagsarbeit die Produktionszeit erheblich auszudehnen, sind bekannt. Ein drastischer Abbau der Überstunden ist diesen Bestrebungen der Unternehmer aber genau entgegengesetzt.

Ohne Kampf wird sich in der Überstundenfrage nichts bewegen lassen; denn auch in dieser Frage gibt es die behauptete Übereinstimmung der Interessen der Arbeiter und Angestellten einerseits und der Kapitalisten andererseits nicht.

Dieser Kampf wird sich auf verschiedenen Ebenen abspielen. Die unmittelbare Front verläuft naturgemäß im Betrieb. Jeder, der in der betrieblichen Arbeit steckt, weiß, welche Probleme im Betriebsrat, in der Belegschaft und oft auch mit den Ortsverwaltungen auftreten, die es erschweren, eine ausreichende Einheit für die Verweigerung von Überstunden herzustellen. Darauf wollen wir an dieser Stelle nicht weiter eingehen.

Es gibt die tarifliche Ebene, wo es zweifellos darauf ankommt, weitere Mehrarbeitsbegrenzungen durchzusetzen.

Schließlich gibt es die gesetzliche Ebene. Wenn neuerdings die Regierung die Tarifautonomie wieder entdeckt hat (Kohl: „Beschäftigungspolitik ist keine staatliche Veranstaltung“, Blüm sieht „Vereinbarungen zwischen den Tarifpartnern“ plötzlich als einzigen Weg zum Überstundenabbau), dann ist das ein durchsichtiges Manöver mit dem Ziel, die politische Verantwortung abzuschieben. Am Schluß sollen die Gewerkschaften den schwarzen Peter in der Hand halten.

Tatsache aber ist, daß die Rahmenbedingungen für den Kampf gegen den Überstundenabbau wesentlich durch die Bonner Gesetzgebung geprägt werden.

Der nordrhein-westfälische Arbeits- und Sozialminister Heinemann (SPD) hat vor einigen Wochen gefordert, die Mehrarbeit für die Unternehmer dadurch zu verteuern, daß durch eine Änderung im Steuerrecht der Aufwand für die Überstundenbezahlung von den Unternehmern nicht mehr als Betriebskosten abgesetzt werden kann. Daß Blüm und die Unternehmerfunktionäre sich schroff ablehnend geäußert haben, ist ein Hinweis darauf, daß der Vorschlag durchaus nützlich ist.

Die wichtigste Forderung auf politischem Gebiet aber ist sicher, daß bei der Neufassung der Arbeitszeitordnung eine drastische Herabsetzung der höchstzulässigen Wochenstundenzahl durchgesetzt wird. Die Regierungskoalition zeigt dazu keine Neigung. Im Gegenteil. In Kamingesprächen wird sie sich kaum umstimmen lassen. Eine breite Mobilisierung der Gewerkschaften im Herbst aber könnte vielleicht einiges bewirken.

Hunderttausende Kolleginnen und Kollegen waren davon betroffen. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit Franke wies damals in seinem berühmten Erlaß die Arbeitsämter an, diesen Kolleginnen und Kollegen, die kein Streikgeld von der IGM erhielten, kein Kurzarbeitergeld zu zahlen — und zwar auch nicht in den Tarifbezirken, die vom Arbeitskampf gar nicht betroffen waren. Über 200.000 Gewerkschafter marschierten nach Bonn — eine der größten Arbeiterdemonstrationen in der Geschichte der Bundesrepublik.

Franke mußte schließlich seinen Erlaß wieder aufheben, weil die Sozialgerichte, die von der IG Metall angerufen worden waren, die Bundesanstalt zur Zahlung von Kurzarbeitergeld verurteilten.

In den letzten Tagen wurde ein Urteil des Landesarbeitsgerichtes Berlin (zweite Instanz) bekannt, das die Daimler Benz AG verurteilt, den gesamten Lohn für die Zeit der „kalten Aussperrung“ nachzuzahlen.

Wenn das, was die Unternehmer im Kampf gegen die Gewerkschaften zur Anwendung bringen, gegen die geltenden Gesetze verstößt, dann müssen eben die Gesetze im Sinne der Unternehmer geändert werden. Das ist die Logik der Unternehmerverbände. Das ist offensichtlich auch die Logik der Koalitionsparteien. Wir dokumentieren auf dieser Seite den Gesetzentwurf, den nach Verlautbarungen 140 bis 160 Abgeordnete der Koalitionsparteien unterzeichnet haben. Der Text wurde uns von der Redaktion der „RGO-Nachrichten“ zur Verfügung gestellt. Es handelt sich um eine Abschrift des Originals, unter das die Unterschriften gesammelt wurden. Der Text ist vollständig.

Die Begründung des Entwurfs für das sogenannte „Neutralitäts-Sicherungsgesetz“ macht schon klar, welchen Interessen sich die

Wird der Franke-Erlaß Gesetz?

Die Unternehmerorganisationen haben seit den Streiks in der Metallindustrie für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich immer wieder ihre Entschlossenheit betont, eine Änderung des § 221 des Arbeitsförderungs-gesetzes zu erreichen. Man erinnere sich: auf die Schwer-

Urheber verpflichtet fühlen: „Die daraufhin (nach den für die IGM positiven Gerichts-urteilen — RM) von der Bundesanstalt angekündigte Auszahlung von Arbeitslosen — bzw. Kurzarbeitergeld an unmittelbar Betroffene — war aus der Sicht der Arbeitgeber bereits ein neutralitäts- und paritätswidriger Eingriff in den noch laufenden Arbeitskampf.“

Deutlicher kann man kaum zum Ausdruck bringen, daß es darum geht, der Sicht der Unternehmer Gesetzeskraft zu verleihen.

Schon der Name „Neutralitäts-Sicherungsgesetz“ ist eine bodenlose Heuchelei. Würde der Gesetzentwurf Wirklichkeit, hätte das zur Folge, daß die Unternehmer bestimmen könnten, welchen Umfang ein Arbeitskampf zukünftig annehmen wird. Schon beschränkte Streikmaßnahmen der IG Metall könnten sie mit umfassenden kalten Aussperrungen beantworten, zumal nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes die Betriebsräte kein Mitbestimmungsrecht in der Frage haben, ob „arbeitskampfbedingte Kurzarbeit“ notwendig ist.

Unterlaufen wird damit auch die geltende Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes zur Frage der Arbeitskampfpazität. Nach der BAG-Rechtsprechung wird zwar die Aussperrung zur Herstellung der Parität als notwendig erkannt, was angesichts der tatsächlichen Macht der Unternehmer ohnehin ein Unding ist. Aber das BAG hat zugleich erklärt, daß die Aussperrungen als Antwort auf gewerkschaftliche Streiks dem Gebot der Verhältnismäßigkeit

unterliegen. Die „kalte Aussperrung“ kommt in dieser Rechtsprechung des BAG zur Frage der Parität nicht vor. Tatsächlich aber hat sie sich bei den Streiks für die 35-Stunden-Woche in der Metallindustrie als weit schwerwiegender dargestellt als die offiziellen Aussperrungen.

Wenn die geplante Änderung des § 116 durchgesetzt würde, wäre das ein einschneidender Eingriff in das geltende Arbeitskampfrecht. Die Unternehmer könnten die Gewerkschaften in relativ kurzer Zeit finanziell so ausbluten, daß die geltende Streikgeldregelung nicht mehr aufrechtzuerhalten wäre. Nun spricht sicher einiges dafür, die geltende Streikgeldregelung in den Gewerkschaften neu zu überdenken, wenn man in den Gewerkschaften dafür eintritt, daß konsequenter als

punkstreiks der IG Metall reagierte Gesamtmetall damals nicht nur mit offiziell ausgerufenen Aussperrungen, sondern auch mit sogenannten kalten Aussperrungen, also mit Produktionseinstellungen, die mit angeblichen Streikauswirkungen begründet wurden.

bisher gegen die Angriffe des Kapitals der Kampf für die Interessen der Arbeiter und Angestellten geführt wird.

Kein Zweifel aber kann daran bestehen, daß die Änderung des § 116 des Arbeitsförderungs-gesetzes die Kampfkraft der Gewerkschaften empfindlich schwächen würde.

Der Gesetzentwurf liegt derzeit bei der CDU/CSU-Fraktion. Die Fraktionsführung hat erklärt, er werde vom Fraktionsvorstand nicht mehr vor dem „Dreiergipfel“ zwischen Regierung, DGB und Unternehmerverbänden beraten werden.

Natürlich steht hier die Absicht, dem Bundeskanzler seinen Auftritt in der ungewohnten Rolle als „Stifter des sozialen Friedens“ nicht schon vorzeitig zu vermasseln.

Aber es gibt im Lager von Kapital und Reaktion auch

Überlegungen, ob das Ziel, das Kurzarbeitergeld für kalt Aussperrte abzuschießen, sich nicht ohne Gesetzesänderung erreichen läßt; denn der direkte Weg der Gesetzesänderung im Sinne der Unternehmer hat den Nachteil, daß die Regierung einmal mehr als Regierung des Kapitals offen in Erscheinung treten müßte. Der DGB-Spitze würde es dadurch unter Umständen unmöglich gemacht, den Kurs der Zusammenarbeit mit der Regierung weiter zu verfolgen.

Das Gespräch wird mit Sicherheit Thema des „Dreiergipfels“ beim Kanzler sein. Minister Blum hat erklärt, daß eine Einigung zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden natürlich eine gesetzliche Neuregelung überflüssig machen könnte. In diesem Kalkül wäre der hier dokumentierte Gesetz-

entwurf aus den Koalitionsparteien dann der Knüppel, mit dem die Gewerkschaften zu einer „freiwilligen“ Selbstbeschränkung in ihrer künftigen Streiktaktik bewegt werden sollen.

Außerdem ist der Rechtsstreit um diese Frage noch nicht abgeschlossen. Er kann theoretisch bis zum Bundesverfassungsgericht geführt werden. Regierung und Unternehmerverbände könnten es für taktisch opportun erachten, zunächst einmal abzuwarten, ob sich nicht doch noch Richter finden, die die Drecksarbeit erledigen. Wenn nicht, könnte der Gesetzentwurf immer noch aus der Schublade geholt werden.

Auch wenn es also noch nicht klar ist, ob und wann dieser Gesetzentwurf ins Parlament kommt, so ist doch eines klar: von dem Ziel, das Arbeitskampfrecht im Sinne des Entwurfs zu ändern, werden die Unternehmerorganisationen und die Wende-regierung nicht abrücken — es sei denn, sie werden durch Kampf dazu gezwungen.

Grund genug, dagegen mobil zu machen — auch im Hinblick auf die Aktionswoche des DGB im Oktober.

Neutralitätssicherungsgesetz (Entwurf)

Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Neutralitätspflicht der Bundesanstalt für Arbeit im Falle eines Arbeitskampfes (Neutralitäts-Sicherungsgesetz — NTS-Gesetz)

A. Zielsetzung

Art. 9 GG garantiert Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen das Recht, gleichberechtigt und gleichgewichtig nach ihrem Urteil und ihren Überlegungen konkrete Koalitionsziele und Kampfmittel festzulegen. Der Staat ist verpflichtet, die Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie sicherzustellen. Er hat dabei insbesondere das zentrale Gebot der Parität im Arbeitskampf zu beachten. Die erfordert von ihm, sich im Arbeitskampf neutral zu verhalten. In § 116 Abs. 1 AFG wird die Neutralitätspflicht gesetzlich konkretisiert.

Aber in der Auslegung des § 116 AFG herrscht erhebliche Rechtsunsicherheit. Dies wurde vor allem im Metallarbeitskampf 1984 deutlich:

Die gewerkschaftliche Strategie baute darauf, daß die Bundesanstalt für Arbeit für drittbetroffene Arbeitnehmer die Funktion der Streikkasse übernehmen würde. Dem lag die Auffassung zugrunde, daß die Bundesanstalt zur Zahlung von Arbeitslosengeld an mittelbar betroffene Metallarbeiter außerhalb des Arbeitskampfbereiches verpflichtet sei; der Arbeitskampf werde dadurch nicht beeinflusst.

Daraufhin entschied die Bundesanstalt für Arbeit, daß den mittelbar betroffenen Arbeitnehmern kein Arbeitslosengeld oder Kurzarbeitergeld zu zahlen sei. Hessische und Bremische Sozialgerichte korrigierten jedoch die Verwaltungsentscheidung im Wege einstweiliger Verfügungen. Die daraufhin von der Bundesanstalt angekündigte Auszahlung von Arbeitslosen- bzw. Kurzarbeitergeld an mittelbar Betroffene war aus der Sicht der Arbeitgeber bereits ein neutralitäts- und paritätswidriger Eingriff in den noch laufenden Arbeitskampf.

B. Lösung

Durch die Neufassung des § 116 Abs. 2 wird klargestellt, daß der § 116 AFG eine Arbeitskampfvorschrift ist, die der Sicherung der Parität im Arbeitskampf dient. Dabei ist für das Paritätsverständnis im Falle mittelbarer Arbeitskampfwirkungen die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes zur Betriebsrisikolehre beachtet. Danach können die Fernwirkungen eines Arbeitskampfes das Kräfteverhältnis der kampf führenden Parteien beeinflussen. Die betroffenen Arbeitnehmer haben deshalb für die Dauer der Störung keine Beschäftigungs- und Vergütungsansprüche, wenn die für den mittelbar betroffenen Betrieb zuständigen Verbände mit den unmittelbar kampf führenden Verbänden identisch oder doch organisatorisch eng verbunden sind. Leistungen nach dem Arbeitsförderungs-gesetz haben Lohnersatzfunktion; sie müssen in den Fällen, in denen ein Lohnanspruch zur Wahrung der Arbeits-

kampfparität ausgeschlossen ist, ebenfalls entfallen.

Die Leistungen an mittelbar Betroffene im Metallarbeitskampf 1984 widersprechen einem Grundgedanken der Schadensversicherung. Danach ist eine Versicherungsleistung nicht zu gewähren, wenn der Versicherte den Eintritt des Versicherungsfalles absichtlich selber herbeigeführt hat. Bei streikbedingten Produktionsausfällen in mittelbar betroffenen Unternehmen wird der Versicherungsfall „Arbeitslosigkeit“ für die Arbeitnehmerseite gezielt veranlaßt; eine Versicherungsleistung muß deshalb ausgeschlossen sein.

Dieser generelle versicherungsrechtliche Gedanke verdient um so mehr Beachtung, wenn man berücksichtigt, daß die Mittel der Bundesanstalt auf den Beiträgen beider Seiten beruhen. Es ist für die Arbeitgeber unzumutbar, daß die auch von ihnen erbrachten Mittel zur Unterstützung des Arbeitskampfes der IG Metall eingesetzt werden.

Zusätzlich ist zu beachten, daß der Topf „Arbeitslosengeld“ ausschließlich für echte Arbeitslose geschaffen wurde. Bei Leistungen für durch Streik mittelbar Betroffene würden aber hier eindeutig Zahlungen an unechte und damit nicht dem eigentlichen Begriff entsprechende „Arbeitslose“ gewährt. Dies kann, nicht nur in Zeiten starker Arbeitslosigkeit, keinesfalls im politischen Sinn liegen, zumal die Auffüllung dieses Topfes zu Lasten beider Sozialpartner, unter Umständen sogar der öffentlichen Hände, erfolgt.

C. Alternativen.

Keine.

D. Kosten

Durch die Regelung wird sichergestellt, daß die für tatsächlich Arbeitslose bereitgehaltenen Mittel der Bundesanstalt für Arbeit nicht für Arbeitskämpfe zweckentfremdet werden.

Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Neutralitätspflicht der Bundesanstalt für Arbeit im Falle eines Arbeitskampfes (Neutralitäts-Sicherungsgesetz — NTS-Gesetz)

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Das Arbeitsförderungs-gesetz (AFG) wird wie folgt geändert:

§ 116 wird wie folgt neu gefaßt:

1. Durch die Gewährung von Arbeitslosengeld darf nicht in Arbeitskämpfe eingegriffen werden.

2. Ist die Arbeitslosigkeit durch einen inländischen Streik oder eine inländische Aussperrung verursacht, so ruht der Anspruch auf Arbeitslosengeld nicht nur im regionalen Bereich des umkämpften Tarifvertrages, sondern darüber hinaus innerhalb des gesamten fachlichen Geltungsbereichs während der Dauer des Streiks oder der Aussperrung.

Die Absätze 3. und 4. entfallen.

RGO-Nachrichten 3/85 Inhalt

Frauenerwerbstätigkeit	Seite 3 bis 4
Perspektiven der Frauenbewegung	Seite 5 bis 9
Zur Änderung des BetrVG	Seite 10 bis 11
Gesetzentwurf der CDU/CSU/FDP zum BetrVG	Seite 11 bis 16
Gesetzentwurf der SPD zum BetrVG	Seite 17 bis 21
Zur Diskussion in der IGM Hamburg	Seite 22 bis 28
Zur Einkommensentwicklung der letzten Jahre	Seite 29 bis 41
Info 35	Seite 42 bis 43
RGO-Kongreß	Seite 44 bis 45
Gesetzentwurf von CDU/CSU zu § 116 Arbeitsförderungs-gesetz	Seite 46 bis 47

Bestellungen an: Koordinationsausschuß der RGO, Postfach 410332, 4600 Dortmund 41

Wer hat Interesse?

Geplant ist voraussichtlich für den November eine Konferenz von Genossinnen und Genossen, die im Krankenhausbereich arbeiten. Die Konferenz soll gemeinsam mit anderen revolutionär-sozialistischen Organisationen (sicher gemeinsam mit dem BWK) durchgeführt werden.

Wer Interesse hat, sollte dies die Betriebs- und Gewerkschafts-abteilung beim ZK der KPD wissen lassen.

Die Bundeszentrale für Politische Bildung hat jetzt einen Planungsbericht für den Zeitraum 1985/1986 veröffentlicht. Bedauernd blicken die Verfasser des Berichts zurück auf die fünfziger Jahre, in den sich mit Schlagworten wie „Wiederaufbau“, „soziale Sicherheit“ usw. noch ein Blumentopf gewinnen ließ. Heute dagegen gestaltet sich der politische Werbefeldzug für diesen Staat erheblich schwieriger. Und zwar — so die Autoren — „nicht zuletzt deshalb, weil die der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik zugrundeliegenden Werte, wie materieller Wohlstand, ein Maximum an äußerer und innerer Sicherheit, und eine grundsätzliche positive Einschätzung der Leistungsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie in den achtziger Jahren selbst in eine Krise geraten sind.“

Düstere Aussichten

Vorrangiges Ziel der Bundeszentrale ist deshalb, den Glauben an die Parlamentarische Demokratie und das Parteiensystem in der Bundesrepublik wieder herzustellen. Denn hier sieht die Bundeszentrale die Lage besonders düster. Im Planungsbericht heißt es dazu u. a.: „Die in politischen Fehlentwicklungen begründete zunehmende Entfremdung von Politik und Bürger trägt in sich den Keim einer Vertrauenskrise, die das parlamentarische System insgesamt betrifft.“ Und: „Einer der wichtigsten Zielpunkte, zugleich aber auch ein auslösendes Moment der beschriebenen Legitimitäts- und Identitätskrise ist das gegenwärtige Parteiensystem der Bundesrepublik.“ Das Stichwort hier heißt „Vertrauenskrise“. Und: „Viel wird davon abhängen, daß die Gruppe von Bürgern, deren politische Entfremdung nicht durch Desinteresse, Uninformiertheit, mangelndes Engagement etc. hervorgerufen ist, sondern durch ein politisch begründetes neues Ziel- und Normensystem, das die Legitimität der Institutionen und Repräsentanten der Bundesrepublik grundsätzlich in Zweifel ziehen läßt, nicht stärker anwächst.“

So weit ist also alles klar für die Damen und Herren in der Bundeszentrale. Wo die Probleme liegen, zeigt sich z. B. an den folgenden Überlegungen über die Wiederherstellung des Vertrauens in das Parteiensystem: „Als wichtige Aspekte der Diskussion um die Glaubwürdigkeit des Parlamentarismus haben sich Fragen um die Parteienfinanzierung, Spendenpraxis und Abgeordneteneinkünfte herausgestellt. Hier bedarf es neben der Selbstreinigung der Parteien (Hervorhebung von uns — RM) der Aufklärung und Aufarbeitung, damit das parlamentarische System nicht als solches in Mitleidenschaft gezogen wird.“ Natürlich, wenn es diese Selbstreinigung der Parteien gäbe, könnten die Damen und Herren in der Bundeszentrale durchaus auf einen gewissen Erfolg ihrer Anstrengungen hoffen. Nur — es gibt diese Selbstreinigung, die seinerzeit in aller Munde war, ja nicht. Es gibt noch nicht einmal den „gläsernen“ Abgeordneten. Und was sollen da noch so schöne Worte der Bundeszentrale ausrichten, wenn die Verhältnisse eben nicht so sind?

Dieses Problem, daß die Wirklichkeit die Broschüren der Bundeszentrale zunehmend Lügen straft, ist den Verfassern des Planungsberichts durchaus bewußt. Denn an anderer Stelle des Berichts heißt es: „Es ist vor allem zu verhindern, daß die besonders in der jüngeren Generation zu beobachtende Verweigerungshaltung sich ausweitet, auch wenn auf wirtschaftlichem Gebiet keine grundlegende Belebung einsetzt und weitere bundespolitische Ereignisse die Vertrauenskrise zu verschärfen drohen.“ (Hervorhebungen von uns — RM)

Aber darüber, wie das geschehen soll, erfährt man aus dem Planungsbericht nichts. Warum, ist nicht schwer zu erraten. Denn Wunder kann man nicht planen. Anders als auf wundersame Weise aber sind die Aufgaben, die die Bundeszentrale sich gestellt hat, nicht zu lösen. Und diesen Verdacht haben offenbar auch die Verfasser des Planungsberichts für die Bundeszentrale für Politische Bildung. Denn die kämpferischen Eingangstöne von der „Herausforderung“ an die politische Bildung werden im Laufe des Berichts sehr schnell leiser und klingen stellenweise so verzagt, daß einem die Damen und Herren in der Bundeszentrale für Politische Bildung direkt leid tun können.

Andere haben eben auch Sorgen. Und nicht geringe. Eine Tatsache die wir — Gewerkschafter, Friedenskämpfer, Kommunisten — über unseren eigenen Sorgen und Problemen allzuleicht vergessen, aber nicht vergessen sollten. Weil dann nämlich die Proportionen nicht mehr stimmen.

Daimler in Sindelfingen

Ausländer müssen draußen bleiben

2800 Neueinstellungen gab es bei Daimler in Sindelfingen seit dem Ende des Streiks bzw. seit der Vereinbarung über die Einführung der 38,5-Stunden-Woche. Der Skandal dabei: unter den neu eingestellten Ar-

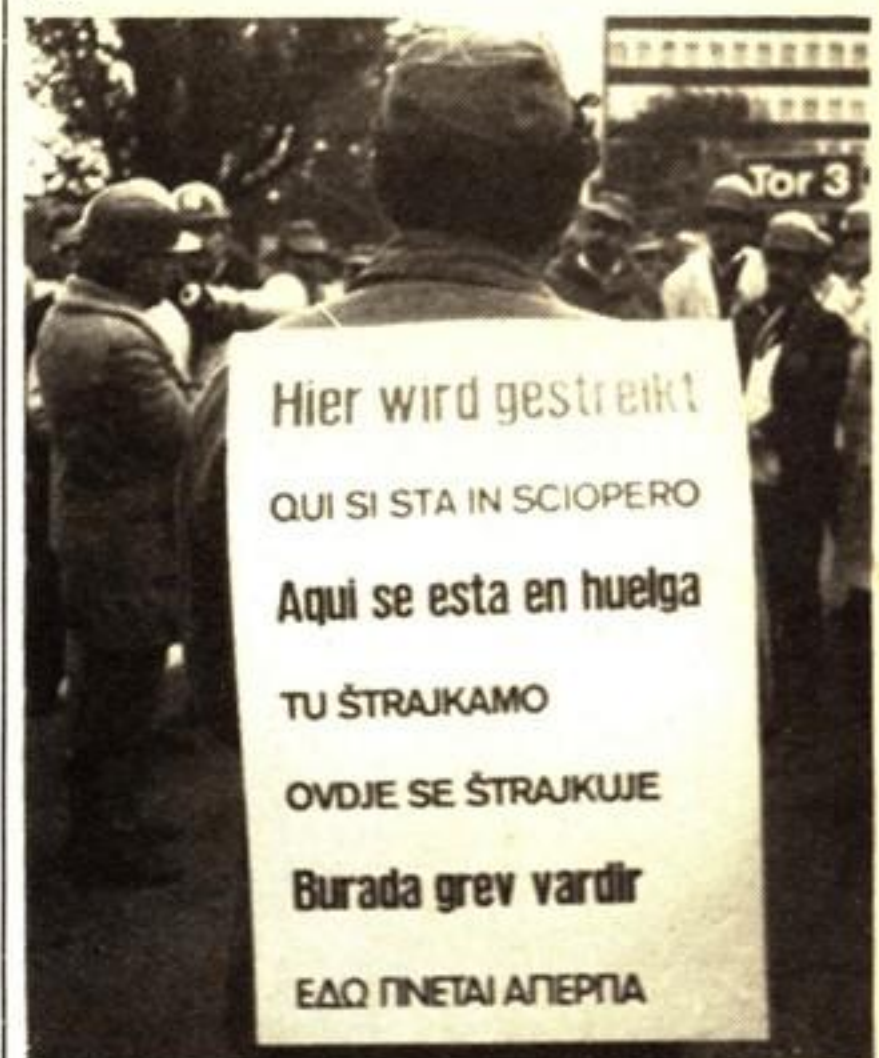
„Metall“, die Zeitschrift der IGM, rief bei der Pressestelle des Automobilkonzerns an und bekam dort als Begründung für diese ausländerfeindliche Einstellungspraxis gesagt, daß Daimler Benz sich bemühe, den „sehr

hohen Ausländeranteil“ „in Maßen zu verringern“. Zur Information: bei Daimler Benz in Sindelfingen gibt es laut Personalstatistik 41 549 Beschäftigte, davon sind 9074, also 21,7 Prozent Ausländer.

Wie hieß doch der Wahlslogan der CDU in Frankfurt bei den letzten Kommunalwahlen? „Nehmen Sie das Ausländerproblem in die eigene Hand“. Daimler Benz ist dabei. Im letzten Jahr wurden ausländische Kollegen durch die sogenannte „freiwillige“ Rückkehrhilfeaktion, die die Bundesregierung initiiert hatte, aus dem Betrieb gedrängt. Dadurch sank die Zahl der bei Daimler in Sindelfingen beschäftigten ausländischen Arbeiter um 1257. Und jetzt werden eben einfach keine ausländischen Arbeiter mehr eingestellt.

Die Ausländerkonferenz der IG-Metall-Verwaltungsstelle Stuttgart hat massiv gegen diese Diskriminierung der ausländischen Kollegen protestiert und fordert alle Kollegen auf, dagegen zu kämpfen. Denn schließlich und endlich ist es auch den ausländischen Kollegen und ihrem Einsatz bei dem Streik zu verdanken, daß es überhaupt zu Neueinstellungen kommt. In einer einstimmig

beitskräften ist kein einziger Ausländer. Denn, wie ein Plakat verkündet, das zeitweise im Arbeitsamt Böblingen hing: „Daimler-Benz AG stellte deutsche Arbeitnehmer ein.“



Streik bei Daimler Benz in Sindelfingen für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn. Solidarität zwischen deutschen und ausländischen Kollegen ist auch heute gefordert.

verabschiedeten Resolution fordert die Ausländerkonferenz „den Betriebsrat der Firma Daimler-Benz Sindelfingen, den Vertrauenskörper und die IG-Metall-Ortsverwaltung auf, alles in ihren Kräften Stehende zu unter-

nehmen, um bei Einstellungen ausländische Arbeitnehmer genauso zu berücksichtigen wie deutsche“.

„Keine Türken“

Daß der Fall Daimler/Sindelfingen keine Ausnahmeerscheinung ist, zeigt folgende Meldung aus den „Antifaschistischen Nachrichten“ vom 12. 8. 85. Dort heißt es: „Frankfurt, 30. 7. 85. Der IGM-Gewerkschaftssekretär Ralf Tänzer hat den Direktor der FFM Arbeitsverwaltung, Dr. Koppe, aufgefordert, auf der nächsten Verwaltungsausschußsitzung des Arbeitsamtes Auskunft über die von den Betrieben bei Stellenausschreibungen verlangten Voraussetzungen zu geben. Anlaß war der Bericht einer Frau, die vom Arbeitsamt ‚versehentlich‘ den Computerausdruck „Keine Türken“ erhielt, als sie sich bei einer Firma in Kronberg bewerben wollte.“

Passau

Protest gegen „Deutsche Volksunion“

Am 10. August führte die „Deutsche Volksunion“ (DVU) in Passau in der Nibelungenhalle eine größere Veranstaltung durch. Gegen diese Veranstaltung hatten sich verschiedene Gewerkschaften u. a. die ÖTV, die IG Bau Steine Erden, die GEW und österreichische Gewerkschaften sowie die VVN, DFG-VK, Grüne, Jusos, DKP usw. zu einer Aktionseinheit „Gemeinsam gegen alte und neue Nazis“ zusammengeschlossen. Die Aktionseinheit führte am Samstag eine Gegenkundgebung in der Passauer Fußgängerzone vor der Nibelungenhalle durch.

Die Auftritte der DVU in Passau haben bereits Tradition. In dem Aufruf der Aktionseinheit heißt es dazu: „Am 10. August trifft sich die „Deutsche Volksunion“ zum wiederholten Male in der Passauer Nibelungenhalle.“

Wer ist diese DVU eigentlich? Die DVU ist laut Verfassungsschutzbericht die größte rechtsextreme Organisation der Bundesrepublik, größer als die NPD. Kopf dieser Organisation ist Dr. Gerhard Frey, rechtsextremistischer Verleger aus München. Er ist Herausgeber der „Deutschen Nationalzei-

tung“, die mit z.T. über 100 000 Stück Auflage zu den größten Wochenzeitungen gehört. Die DVU unterhielt auch Kontakte zur ANS (Aktionsfront Nationaler Sozialisten). Deren ehemaliger Leiter, Michael Kühnen, verbüßt eine längere Haftstrafe wegen neonazistischer motivierter Straftaten. Auf der Veranstaltung der DVU in Passau verleiht Frey den sogenannten Andreas-Hofer-Preis, dotiert mit 10 000 DM. Letztes Jahr wurde dieser Preis an einen Südtiroler Bombenleger verliehen.

Augsburg

Friedenspreis an Kriegsverherrlicher

Aus Anlaß ihres 2000jährigen Bestehens verlieh die Stadt Augsburg in diesem Jahr zum ersten Mal einen Friedenspreis. Er wurde auf dem Augsburger Friedensfest am 8. August an einen gewissen Hermann Kunst übergeben.

Hermann Kunst, ein evangelischer Bischof, war der erste Militärbischof der Bundeswehr. Zusammen mit anderen Militärs bezeichnete er die Kriegsdienstverweigerung als „Krankheit der Gesellschaft“ („Spiegel“ vom 20. 10. 1969). Diese faschistische Wortwahl kommt nicht von ungefähr.

Kunst war, selbstver-

ständlich auch als Gottesmann, von Anfang an bei der faschistischen Kriegsvorbereitung dabei. So sagte er schon am 7. 11. 1935 bei der Vereidigung junger Rekruten in Herford: „Meine Kameraden, wenn ihr in dieser Stunde den Treueid auf den Führer und Kanzler unseres Volkes, den obersten Kriegsherrn, Adolf Hitler, leistet, tretet ihr damit ein in den Kreis der Männer, die bereit sind, mit Leib und Leben einzustehen für die Ehre und Freiheit, Sicherheit und Kraft des Reiches. Ihr fällt in dieser Stunde eine Lebensentscheidung. Ihr seid bis an euer Lebensende keine Privatpersonen, sondern eine

dem Führer des Volkes verschworene Kampfgemeinschaft. Keine Überlegung, kein Reiferwerden entbindet euch von eurem Eid. Das sage ich euch nicht als irgendeine Meinung, das sage ich euch als ein berufener Diener am Wort.“

Nominiert wurde der braune Preisträger übrigens von der evangelischen Kirche. Die Stadt Augsburg akzeptierte den Vorschlag und fand offensichtlich nichts dabei, diesen rechtsradikalen Kriegsverherrlicher von Gottes Gnaden öffentlich zu loben und mit immerhin 25 000 DM aus dem Stadtsäckel zu beschenken.

Termine

Woche der ausländischen Mitbürger

Vom 29. 9. bis 5. 10. 1985 soll eine Woche ausländischer Mitbürger stattfinden, zu der der Bundesvorstand des DGB und der Ökumenische Vorbereitungsausschuß, dem Vertreter aller christlichen Kirchen angehören, aufrufen. Der gemeinsame Aufruf von Gewerkschaften und Kirchen dazu fordert u. a. ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für die Familienangehörigen ausländischer Arbeiter, uneingeschränkter Familiennachzug, gesichertes Aufenthaltsrecht auch bei Arbeitslosigkeit und bei Sozialhilfebezug. (S. dazu auch RM 26/85)

Antifa-Treffen Ruhr

Am Samstag, 24. August, wird in Gelsenkirchen das dritte Ruhrgebietstreffen antifaschistischer Initiativen stattfinden. Das Treffen wird von der Gelsenkirchner Initiative gegen Neonazismus und Ausländerfeindlichkeit vorbereitet. Zeit und Ort: 24. 8. 85, 10.00 Uhr, Begegnungszentrum der Arbeiterwohlfahrt, Grenzstr. 47, Gelsenkirchen.

Alternativkonferenz „Atombomben made in Germany?“

Vom 6. bis 8. September 1985 findet in der integrierten Gesamtschule Bonn-Beuel die bundesweite Alternativkonferenz: Atombomben made in Germany? statt. Zur Teilnahme und Unterstützung an dieser Konferenz hat auch der Große Ratsschlag der Friedensbewegung im Juni aufgerufen. Kontaktadresse für die Alternativkonferenz: Trägerkreis Atomwaffensperrvertrag, c/o H. Lorscheid, Klemens-Hofbauerstr. 17, 5300 Bonn.

England/Nordirland Streiks gegen Zensur

Ein 24stündiger Streik bei der britischen Rundfunk- und Fernsehgesellschaft BBC und eine 35stündige Sendepause des nordirischen Senders RTE am vergangenen Wochenende sind Protestmaßnahmen von Journalisten gegen die zunehmende Zensur in der Berichterstattung über Nordirland und seine patriotischen Kräfte.

Ein Vertreter der Sinn Fein Partei — einer legalen politischen Partei, die rund 10 Prozent der Stimmen bei den letzten Wahlen erhielt, ist in den Augen der britischen Regierung ein „Terrorist“ und die müssen von den Bildschirmen verbannt werden. Regierungschefin Thatcher meinte, diesen „Terroristen“ müsse nun endgültig mal der „Sauerstoff der Publizität“ abgedreht werden. Gesagt, getan, ein Film mit einem Interview mit Martin McGuinness — Sinn-Fein-Abgeordneter im Stadtrat von Derry — wurde kurzerhand abgesetzt. Die Redakteure von BBC streikten 24 Stunden. Der Betroffene, Martin McGuinness kommentierte die Entscheidung von BBC so: „Die britische Regierung vertraut offensichtlich nicht der eigenen Bevölkerung. Ich bin ein gewählter Volksvertreter, was eigentlich eine gewisse Bedeutung haben sollte. Doch mir ist nicht erlaubt, das britische Festland zu betreten, und nun hat man mich auch noch vom Fernsehschirm verbannt. Die Ironie des Ganzen ist, daß britische Politiker sich furchtbar darüber aufregen, wenn so etwas in Südafrika geschieht.“

Der Skandal bei BBC war kein Einzelfall. Seit Jahren gibt es Fälle von Zensur, Absetzungen und Verboten in den britischen Medien, wenn es um Nordirland geht. Wenn man glaubt, nach dem spektakulären Schritt der Journa-

listen gäbe es etwas Ruhe, so sah man sich getäuscht. Zweiter Akt des Zensurspiels, Nordirland. Die staatliche Rundfunk- und Fernsehgesellschaft RTE zieht die Zusage für ein Interview mit dem amerikanischen Leiter des Nordirland-Hilfskomitees, Martin Galvin, zurück. Der amerikanische IRA-Sympathisant darf auch nicht auf dem Bildschirm erscheinen. Die nordamerikanische Organisation unterstützt die irischen Republikaner mit Geldsammlungen, die sie in den USA bei Exil-Iren durchführt. Martin Galvin ist für die britischen Besatzer ein rotes Tuch, zur Zeit hält er sich zum zweiten Mal — trotz Einreiseverbot — in Nordirland auf. Gerade in diesen Tagen kam es wieder zu größeren Zusammenstößen mit der Polizei. Protestantische Jubelfeiern über die Niederlage der Katholiken vor 296 Jahren provozierten die mehrheitlich katholischen Republikaner. Die Polizei ist bei Demonstrationen wieder mit Plastikgeschossen gegen Republikaner vorgegangen. Als Antwort bekamen sie Wurfgeschosse um die Ohren, darunter Molotow-Cocktails. In dieser Situation hat die britische Regierung durchgesetzt, daß Martin Galvin nicht in den öffentlichen Medien auftauchen darf. Der 35stündige Streik der Redakteure, der zu einem kompletten Ausfall des Wochenendprogramms führte, ist ein erster Kampfschritt gegen die Zensur.

Argentinien

Amnestie für die Folterknechte?



In Argentinien mehren sich die Anzeichen dafür, daß Staatspräsident Alfonsín eine Amnestie für die Schuldigen an dem Verschwinden von rund 30000 Menschen unter der Militärdiktatur vorbereitet. Die Verschwundenen — bislang nur zum Teil entdeckt — sind fast alle ermordet worden, oft nach unmenschlichen Folterungen. Nachdem der Staatspräsident Alfonsín offen auf Aussöhnungskurs mit dem faschistisch durchsetzten Offizierscorps der Armee geht, haben sich die Angehörigen der Opfer der Militärdiktatur und viele Demokraten zu Wort gemeldet. Bei einer Demonstration von 30000 Menschen forderten sie „Den Schuldigen muß der Prozeß gemacht werden“. An der Spitze der Demonstrationen waren die mutigen „Madres de Plaza de Mayo“ — die „Mütter vom Marktplatz“, die schon unter der Diktatur für ihre Angehörigen kämpften. Auf ihrem Transparent (unser Bild) protestieren sie dagegen, daß die Mörder ihrer Söhne straffrei ausgehen. Gegen die Rechtfertigung des Terrors durch Alfonsín, der von den Verschwundenen als „Terroristen“ sprach, sagte die Vorsitzende der Mütter: „Unsere Söhne und Töchter waren keine naiven Kinder, sondern Männer und Frauen des Volkes. Sie hatten das Recht zu ihrer Verteidigung.“ Die meisten der Verschwundenen waren Arbeiter, die gegen Ausbeutung und für soziale Gerechtigkeit kämpften.

Das Rassistenregime mordet weiter

Fortsetzung von Seite 1

Während die Rassistenregierung mit ihrer Geheimdiplomatie-Offensive Zeit zu gewinnen sucht, und die weltweite Forderung nach scharfen Sanktionen unterlaufen will, kämpft die schwarze Bevölkerungsmehrheit in Südafrika trotz des Ausnahmezustands und des brutalen Polizeiterrors weiter. Zu einer eindrucksvollen Demonstration wurde am vergangenen Sonntag die Beerdigung der schwarzen Rechtsanwältin Victoria Mxenge. Etwa 10000 Schwarze waren gekommen und im Trauerzug tauchten Transparente des verbotenen ANC auf, die Teilnehmer riefen immer wieder: „Es lebe der ANC und unser Kamerad Oliver Tambo. Es lebe Nelson Mandela“ — der eingekerkerte Füh-

rer des ANC. Bei den Protesten in der Region Durban, die von Polizei und Militär praktisch besetzt war, kamen in nur fünf Tagen 65 Menschen um, über 400 wurden verletzt.

Was heute „Alltag“ in Südafrika ist, zeigt eine Meldung vom Montag, 12.8.85. Sie beschreibt das Vorgehen der Polizei gegen einen Schulstreik von 100000 schwarzen Schülern. „In der Schwarzensiedlung Kwa Thema bei Johannesburg durchsuchten Polizisten die Häuser nach streikenden Schülern und brachten sie zwangsweise in die Schulen. Wenn Schüler sich dagegen wehrten, wurden sie von den Beamten nach Zeugenberichten mit Knütteln geschlagen. In einem Fall feuerten Polizisten mit Tränengas auf einen Schulhof, weil



Südpazifik-Staaten für atomwaffenfreie Zone

RAROTONGA. — Auf einer Gipfelkonferenz von den 14 Staaten des Südpazifischen Forums auf Rarotonga (Cook-Inseln) ist ein Vertragstext über eine atomwaffenfreie Zone im Südpazifik angenommen worden. Acht Staaten unterzeichneten sofort: Australien, die Cook-Inseln, Fidschi, Kiribati, Neuseeland, Niue, Westsamoa und Tuvalu. Die übrigen Staaten werden das Vertragswerk unterzeichnen, wenn sie in den jeweiligen Ländern vorgeschriebenen verfassungsrechtlichen Wege gegangen sind.

Der, nach seinem Entstehungsort sogenannte „Vertrag von Rarotonga“ sieht vor, daß keiner der Unterzeichnerstaaten Atomwaffen entwickeln, herstellen oder erwerben darf. Er untersagt ferner Atomwaffentests im Südpazifik und die Stationierung von Kernwaffen in den Vertragsstaaten und die Verklappung von Atommüll im Pazifik.

Das Abkommen richtet sich vor allem gegen die Fortführung französischer Atomwaffenversuche im Südpazifik. Der Sprecher des Südpazifik-Forums, der neuseeländische Ministerpräsident Lange, teilte mit, daß vor allem Frankreich, Großbritannien und die USA aufgefordert würden, die Bestimmungen des Vertrags einzuhalten. Diese drei Länder würden, wie auch die Sowjetunion und China ersucht, den Vertragsstaaten weder mit dem Einsatz von Atomwaffen zu drohen noch Atomtests im Vertragsgebiet durchzuführen.

Das Vertragswerk erlaubt

fremden atomar getriebenen oder mit Kernwaffen ausgerüsteten Kriegsschiffen die



Am 10. Juli detonierten zwei Bomben im Hafen von Auckland/Neuseeland. Das Schiff „Rainbow Warrior“ der Umweltschutzorganisation „Greenpeace“ versank, ein Fotograf starb bei dem Anschlag. Das Schiff war durch spektakuläre Einsätze bekanntgeworden. Es störte Schiffe bei der Entladung von Giftmüll auf hoher See, drängte sich zwischen Walfangschiffe und Wale und störte Robbenjäger. In Neuseeland lag es, weil es auf Fahrt in den Südpazifik gehen sollte, in das Gebiet, wo die französischen Imperialisten seit Jahrzehnten Atomwaffenversuche machen und viele Inseln und Wasserflächen verseucht haben. Es kam nicht mehr dazu. Was sich zunächst als Verdacht aufdrängte, ist nun nach den Ermittlungen sehr wahrscheinlich Tatsache: der französische Geheimdienst hatte seine schmutzigen Hände im Spiel, um den ungeliebten Störenfried zu beseitigen.

die zwangsweise zur Schule geführten Schüler sich weigerten, in die Klassenzimmer zu gehen.“ (AP, 13.8.85).

Daß in der vergangenen Woche vom Kongreß der Bergarbeitergewerkschaft angekündigte Kampfmittel Boykott „weißer“ Geschäfte durch „schwarze“ Verbraucher hat sich schnell ausgebreitet und wird massenhaft befolgt. Nicht nur um die Kohleminen herum, sondern mittlerweile im ganzen Land, sogar in den großen Städten Pretoria und Johannesburg bleiben immer mehr weiße Händler und Ladenbesitzer auf ihren Waren sitzen. Die Liste der Protest- und Widerstandsaktionen, die gegen das Rassistenregime angewandt werden, ist lang. Die Forderung nach Abschaffung der Apartheid wird von den Massen entschieden vertreten. Und leere Versprechungen oder Scheinreformen, wie Botha sie verkünden wird, werden den Kampf nicht beenden. Nochmals ein Zitat von Oliver Tambo zu möglichen Gesprächen mit der Regierung: „Es müßte sichergestellt werden, daß nicht über irgendwelche Reformen diskutiert wird, sondern über die Modalitäten zur Abschaffung der Apartheid und die Einführung eines demokratischen Systems. Wir glauben aber nicht, daß die Regierung schon zu solchen Verhandlungen bereit ist. Ein Anzeichen dafür wäre die bedingungslose Freilassung unseres seit über 20 Jahren eingesperrten ANC-Führers Nelson Mandela und der anderen politischen Gefangenen.“

freie Durchfahrt durch die Gewässer der Region, überläßt es aber jedem Mitgliedsstaat, selbst zu entscheiden, ob diese Schiffe ihre Häfen anlaufen dürfen. Zur Zeit ist das den Atom-Kriegsschiffen der USA lediglich noch in Australien und den Fidschi-Inseln möglich.

Wie weit die Supermacht USA das Vertragswerk ernstnimmt, wird sich zeigen, wenn sich die Pläne konkretisieren im südpazifischen Raum 350 Marschflugkörper der USA zu installieren.

Schuldenkrise

Doppel-Moral

Der Aufruf Fidel Castros zu einem internationalen Schuldenboykott und die Maßnahmen der neuen Regierung Perus haben ein breites internationales Echo hervorgerufen. Vor allem die konkreten Schritte Perus haben das internationale Kapital besorgt gemacht. Peru soll mit seinen 14 Milliarden Dollar Schulden allein in diesem Jahr 3,7 Milliarden Dollar an Rückzahlung und Zinsen leisten. Das ist weit mehr, als die ganze Wirtschaft Perus an Exporteinnahmen hat. Also müßte auch noch ein Teil des im Lande erarbeiteten Ertrags an den IWF, den Internationalen Währungsfonds abgeführt werden, der die einzelnen internationalen Großbanken vertritt. Peru hat nun beschlossen, nur noch einen Teil seiner Exporteinnahmen für die Schuldentrückzahlungen bereitzustellen, sich nicht völlig ausbluten zu lassen.

Die USA reagierten wie erwartet, Drohungen, Kreditsperren und Warnungen an alle verschuldeten Länder, ja nicht dem Beispiel Perus zu folgen. In diese Debatte hat sich nun auch der Bonner Finanzminister Stoltenberg eingeschaltet, der ja im Namen der westdeutschen Wirtschaft gleichzeitig auch für einen der größten Kreditgeber spricht. Eine deutliche Warnung hat Stoltenberg an die verschuldeten Länder abgegeben, sie mögen sich hüten, einseitig ihre Verpflichtungen aufzukündigen. Die Folgen einer solchen Politik seien für die Länder „verhängnisvoll“, drohte Stoltenberg. Und gar einseitig auf die Rückzahlungen zu verzichten, sei kein ernstzunehmender Vorschlag.

Aber: kürzlich wurde in der Bundestagsdrucksache 10/3622 veröffentlicht, daß die Bundesregierung seit 1983 Kredite im Rahmen der Entwicklungshilfe in Höhe von 487 Millionen Mark in Zuschüsse umgewandelt hat und dabei zusätzlich auf 97,7 Millionen Mark zu erwartende Zinszahlungen verzichtet hat. Dieser Schuldenerlaß betraf vier Staaten. Sierra Leone, den Tschad, dann das afrikanische Musterland Togo, das über die Hanns-Seidl-Stiftung beste Beziehungen zu Bonn und Strauß pflegt (Schuldenerlaß Togo allein 287,7 Millionen Mark, geschätzter Zinsverzicht 60,0 Millionen Mark) und nicht zuletzt eine der blutigsten Diktaturen der Welt, die Republik Haiti mit seinem auf Lebenszeit regierenden und mit Erbfolge herrschenden Diktator Claude Duvalier — als „Baby Doc“ bekannter Schlächter. Die Begründung für den Schuldenverzicht (25,9 Millionen Mark und 4,8 Millionen Mark Zinsverlust) ist die Anerkennung „für die großen Bemühungen Haitis um die Stärkung des Liberalisierungs- und Demokratisierungsprozesses“. „Baby Doc“ zeigt also, wie man regieren muß, um millionenfache Anerkennung aus Bonn zu bekommen. Ohne Rückzahlung, ohne Zinsen — echte Entwicklungshilfe.

Zwischenbilanz der Bonner Wende

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen der Wendepolitik

Vorweg einige kurze Bemerkungen zur Wirtschaftsentwicklung. Die Bonner Wende vor 2 1/2 Jahren fand zu einem Zeitpunkt statt, als die Wirtschaftskrise von 1980 im Abflauen war und ein leichter konjunktureller Aufschwung in Gang kam. Die Regierung Kohl war in dieser Hinsicht Profiteur des Aufschwungs, mit dessen Verkündung sie in die Wahlkampagne gegangen war und schließlich auch gesiegt hatte. Ein Aufschwung allerdings, der erstmals in der bundesdeutschen Geschichte von steigender Arbeitslosigkeit begleitet war (im Durchschnitt 1984 und aktuell 2,26 Millionen plus einer stillen Reserve von 1,35 Millionen — zusammen fast 4 Millionen zu Beginn dieses Jahres). Die Zahl der Beschäftigten ging um 100 000 im zweiten Jahr des Aufschwungs zurück. Zum fünften Mal hintereinander nahmen die Nettoeinkommen der Beschäftigten ab, sie liegen heute 5,7 Prozent niedriger als 1979. Gleichfalls nehmen die Sozialeinkommen ab, bei den Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und Rentnern. Die Armut wächst.

Dagegen erfuhren die Profiteure einen wirklichen „Aufschwung“: seit 1982 jährliche Steigerungsraten von jeweils mehr als 10 Prozent.

Dieser Aufschwung basiert unter anderem in starkem Maße auf einem Exportboom, einer starken internationalen Wettbewerbsposition bundesdeutscher Unternehmen, wobei die Überbewertung des Dollars und der günstige Konjunkturverlauf in den USA selbst zu dem enormen Ausfuhrüberschüssen beitragen.

Die Binnenkonjunktur hat kaum angezogen und sieht auch für die Zukunft nicht erfolgversprechend aus. Diese Tatsachen machen deutlich, daß der „Aufschwung“ nicht nur einseitig für das Monopolkapital, sondern zugleich auch gefährdet ist und nicht unwesentlich von der Entwicklung des Welthandels und des Dollarkurses mitabhängt.

Inzwischen zeichnen sich auch schon erste Konjunkturschwächen in den USA ab. Es mehren sich Anzeichen und Prognosen, daß wir am Vorabend des Einsetzens einer neuen internationalen Rezession stehen, die in ihren Ausmaßen sehr viel eher an Entwicklungen der Jahre 1929/32 als die letzte Krise heranreichen kann.

Ohne sich auf Spekulationen über genauere Voraussagen und Zeitpunkt der Krise einlassen zu wollen, ist wohl damit zu rechnen, daß die Krise bei uns und auch international bis 1987 einsetzen wird und daß die Rahmen- und Startbedingungen sehr viel ungünstiger als vor fünf Jahren sein werden:

- Sockelarbeitslosigkeit 2,5 Millionen — 1,5 Millionen mehr als 1980;
- erstmals wird die Grenze von 3 Millionen bzw. 15 Prozent offiziell Arbeitsloser und inoffiziell von 5 Millionen überschritten werden;
- sie wird auf dem Hintergrund der schon greifenden und noch

geplanten vielfältigen sozialreaktionären Maßnahmen die Menschen in unserem Lande sehr viel stärker treffen und berühren als die letzte.

Insofern muß man sich auf schwere Zeiten und härtere Konfrontationen und Polarisierungen, auf einen verschärften und umfangreicheren Kurs der „vollen Wende“ seitens der Herrschenden einstellen und wappnen.

Der Angriff auf die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung

Die reaktionäre Wendepolitik ist wohl am offensten angegangen und auch deutlich geworden im sozialpolitischen Bereich. Hier war, wenn auch nicht ein abrupter, so doch entscheidender Schritt weg von der Integrations- hin zur Konfrontationspolitik gegenüber der Arbeiterschaft und ihren Gewerkschaften angesagt. Angesichts der absehbaren Verschärfung der Krisenentwicklungen des kapitalistischen Systems in den späten 80er und 90er Jahren, gehen die entscheidenden und einflußreichen Kreise des Monopolkapitals davon aus, daß zur Abwälzung der Krisenlasten auf die Werktätigen und Durchsetzung anderer aggressiver Unternehmungen nach innen oder außen, um die Krisen zu ihrem Profite zu meistern, eine drastische Kahlschlagpolitik, eine Schwächung der Gewerkschaften, in der Tendenz auch Ausschaltung als wichtigster Hebel zur Niederhaltung möglicher Widerstandsaktionen der Bevölkerung gesehen werden muß.

Auf diesem Felde sind die reaktionärsten - und Rechtskräfte in diesem Lande ein gut Stück vorangekommen: „Nach dem jüngsten Machtwechsel in Bonn wurden soziale Leistungsversprechen des Bonner Staates gekürzt und gestrichen wie nie zuvor in der Geschichte der Republik“ („Zeit“, 30.11.84).

Die sozial schwachen Schichten der Bevölkerung wurden von '82 bis '85 mit 170 Mrd. belastet, der Industrie wurden 35 Mrd. zugeschoben. Zu Recht wird von „neuer Armut“ gesprochen, erhalten doch z.B. bereits 1,6 Millionen Erwerbslose weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe.

Trotzdem fordern die Kreise des Großkapitals wie ihr Sprachrohr FAZ vom 7.11.1984: Noch aber „erstreckt die Sozialpolitik unverändert in der verschwenderischen Scheingeborgenheit riesenhafter Sozialkollektive ... Das ganze Gestrüpp, dessen Lichtung versprochen worden war, wuchert bis auf wenige Ausnahmen munter weiter.“

Nicht zuletzt angesichts des kommenden Krisenabschwungs in den nächsten beiden Jahren, ist in Zukunft mit einer noch repressiveren und einschneidenderen Variante reaktionärer Sozialpolitik und sie begleitend auch auf anderen Feldern zu rechnen.

Wende-Maßnahmen

Die neue Regierung der Rechtskoalition verfuhr zunächst zurückhaltend. Faktisch beschränkte sie sich zuerst auf einige Korrekturen

des Haushalts für 1983 und entfachte eine massive ideologische Propaganda, um die Wahlen im März 1983 zu gewinnen: „Zwei Jahre Sozialismus sind genug“ — „Miteinander schaffen wir's“ — „Arbeiter wählt den Aufschwung: diesmal CDU“ — „Lehrstellengarantie“ — „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ — „Mehr Mitmenschlichkeit“ — „Gesellschaft mit menschlichem Gesicht“ — „Weniger Staat“.

Seither sind die Konturen der Rechtsregierung deutlicher und prononcierter geworden. An Stelle von Versprechungen vom Aufschwung, Arbeitsplatzbeschaffung, Lehrstellen- und Rentengarantie ist Schritt für Schritt der „Katalog der Grausamkeiten“ à la Lambsdorff getreten.

Bis zum Beginn des Jahres 1984 hatte sie uns bereits beschert: auf wirtschafts- und sozialpolitischem Feld

- Einsparungen im Sozialhaushalt von 6,7 Mrd. DM gegenüber Zuwendungen an die Konzerne von 29,0 Mrd.
- Kürzungen des Kranken-, Mutterschafts- und Kindergeldes
- Abschied von der bruttobezogenen Rente
- Erhöhung der MWS
- Senkung von Arbeitslosengeld und -hilfe
- Einbeziehung von Sonderzuwendungen in die Sozialversicherung
- Streichung von Leistungen für Behinderte

auf dem damit einhergehenden Ausbau des „starken Staates“ Vorhaben von

- Einschränkung des Demonstrationsrechts
- Vereinheitlichung der Berufsverbotspraxis
- Optimalere Ausstattung der Datenerhebung und Personenüberwachung
- drastische Einschränkung des Ausländer- und Asylrechts

eingeleitet und in Sachen

- „Sicherheitspolitik“
- Stationierung der Mittelstreckenwaffen
- Erhöhung des Wehretats
- „Offenhalten der deutschen Frage“.

Die Koalition ist kein homogener Block. Nicht nur zwischen FDP und Unionsparteien, auch innerhalb der letzteren gibt es Divergenzen. Kritiken und unterschiedliche Positionen werden im konservativen Lager selbst laut. Die FDP hat es bei ihrer Klientel leichter, auf die „Selbstheilungskräfte“ der Marktmechanismen und einen rigoroseren Kurs zu setzen, während die Unionsparteien als „Volksparteien“ gegensätzliche soziale Kräfte integrieren.

Ein Kennzeichen der Bonner Politik war aber auch, daß sie nicht ungeschickt verkauft wurde, daß sie noch nicht zu einer starken Polarisierung und Konfrontation mit den Angegriffenen geführt hat, daß sie Skandal um Skandal verkräftet konnte, eine gewisse Überrumpelung des „erstarrten Blickes dreinschauenden Kaninchens“ bislang gelungen ist. Es zeigt sich dabei aber auch, daß Flexibilität und Entwicklungsmöglichkeiten bürgerlicher Politik nicht zu unter-

schätzen sind. Auch diese Regierung hat noch Reserven und ist trotz der Wahlschläppchen nicht als erledigt anzusehen. Sie ist in ihren einflußreichsten Vertretern und ihrem Kompromißkandidaten Kohl an der Spitze durchaus gewillt, den Wendekurs nach vorne durchzuführen und nicht sozialpolitisch kleinbeizugeben, wie es die Sozialausschüsse der Union und ihr Arbeitnehmeranhang jetzt verstärkt fordern.

Bezeichnend werden aber auch die wachsenden Differenzen und Polarisierungen innerhalb des Regierungslagers und den Unionsparteien selbst. Unverhohlene Kritik wird von den Rechtsaußen von Strauß, Stoiber, Zimmermann, Dregger usw. bis zu den Vertriebenenfunktionären wie z.B. mit ihrer Kritik an der 8. Mai-Rede Weizsäckers laut.

Am Anfang der Wende — die Wölfe fraßen Kreide

Die Hardliner machen von sich reden: Strauß profiliert sich im Ostgeschäft, der biedere Kohl bewährt sich als Staatsmann draußen in der Welt. Die Differenz zu dem „exzellenten Weltmann“ Schmidt ist doch nicht so groß. Wörner, der Mann des Pentagon in Bonn seit vielen Jahren, formuliert Widersprüche zu Weinbergers kostspieligen Rüstungsaufträgen. Und last not least: Der Scharfmacher Zimmermann bringt es fertig, sich mit Geschäftigkeit in Sachen Umweltschutz zu profilieren: am 1.3.1983 Novellierung der „Technischen Anleitung Luft“, am 22. Juni 1983 Großfeuerungsanlagenverordnung und am 21. Juli 1983 Kabinettsbeschluss über Einführung von bleifreiem Benzin ab 1. Januar 1986. In einer Phase, in der die Umweltschutzbewegung sich kaum zu Wort meldet, tut es Zimmermann.

Natürlich nicht nur dort. Auch auf dem Feld der „inneren Sicherheit und Rechtspolitik“ wurde eine Offensive angesagt. Sie ist allerdings sehr bedachtsam, Schritt für Schritt, weniger lautstark und keineswegs hastig und auch noch nicht in allen Punkten durchgesetzt worden. Die Regierung tarnte sich und versuchte sich trotz der „Opfer“ für die Volksmassen als „Koalition der Mitte“, „Regierung sozialer und liberaler Prinzipien“ anzupreisen.

Die ideologische, geistig-moralische Erneuerungsoffensive

Ideologisch und propagandistisch sollten die abenteuerliche Außenpolitik und die reaktionäre Sozial- und Innenpolitik, sollte die politische Wende durch eine geistige Wende nach rechts abgesichert werden. Dies hat Kohl selber erklärt und die „Die Welt“ hatte es am 26.3.1983 gefordert: „Eine lediglich politische Wende, nämlich eine staats-, wirtschafts- und sozialpolitische Wende kann und wird es ohne eine geistige Wende nicht geben. Zwar ist die geistige Wende nicht schon selber die Lösung unserer schweren strukturellen Probleme, aber ohne sie gibt es keinen Weg aus der Krise.“

Dieses Moment ist nicht zu unterschätzen. Und in dieser Bezie-

hung ist die neue Rechtskoalition, sind ihre Helfershelfer und Schreiberlinge all überall im Lande in der Tat ziemlich massiv in die Offensive gegangen.

Wie gesagt, der entscheidende Angriff der Rechtskoalition wurde und wird gegen die Gewerkschaften geführt. Auch hier wird die Offensive ideologisch vorbereitet: „Hoffentlich kapieren sie (die Gewerkschaftsführer) nicht zu spät, daß sie sich in eine Verweigerungspolitik gegenüber dem Staat und den Bürgern verrennen.“ („Welt“ vom 2.11.1982)

Blum drohte bekanntlich gleich zu Anfang mit Zwangsmaßnahmen, wenn Atempausen in der Sozialpolitik und Lohnpausen nicht hingenommen würden. Immer wieder und noch immer gibt es Vorstöße der Rechtskräfte gegen Grundpfeiler gewerkschaftlicher Politik: das Verbändegesetz ist nicht vom Tisch, geltende Mitbestimmungsrechte, Tarifautonomie, Streikrecht, schlechthin die Abwehr der Gefahr des „Gewerkschaftsstaates“.

Die geistige Wende zu schaffen war ein zentraler Punkt beider Regierungserklärungen von Kohl (82/83). Verständlich, denn es ging und geht darum, für die reaktionäre Politik ein öffentliches Klima, einen Stimmungsumschwung herbeizuführen.

Dies ist schon ein längerfristiges Ziel der Konservativen, die seit Ende der 60er Jahre in die Defensive geraten waren und angesichts der Herausforderung der scharfen Rezession (auch weltweiten) Mitte der 70er Jahre ganz im Sinne ihrer Hintermänner aus der Wirtschaft zur konservativen Erneuerung ihrer selbst und der ganzen Gesellschaft mobilisieren; wobei es darum geht, der Reform- und Entspannungsära und ihren Auswirkungen entgegenzutreten und ein ansprechendes und Anhang findendes reaktionär-konservatives Konzept der Krisenbewältigung entgegenzusetzen zu können. Dabei kommt es im Sinne einer Herrschaftssicherung des Kapitals darauf an, die Begriffe von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, die ja auch so oder in abgewandelter Form bei Kohl und in der ganzen politischen Debatte eine zentrale Rolle einnehmen, so umzuinterpretieren, daß sie das bestehende Gesellschaftssystem und die Einbindung in die westlich-kapitalistische Wertegemeinschaft als selbstverständlich und menschengemäß legitimieren.

Unternehmerkreise und Chefideologen im konservativen Lager formulierten es Mitte der 70er Jahre so: „Der ‚Bundesverband der Deutschen Industrie‘ beobachtete eine ‚dahinschwindende Grundübereinstimmung über den Sinn und den Inhalt des menschlichen Daseins, aber auch der demokratischen Normen, über Rolle und Funktion der gesellschaftlichen Gruppen und des Staates sowie ein gestörtes Verhältnis zu den Proportionen des wirtschaftlichen Fortschritts ...; sie kennzeichnen ein Klima, das zur Konfrontation der weltanschaulichen Vorstellungen und politischen Meinungen treibt. Der Konflikt über die Richtung, in die sich die gesellschaftliche Ordnung fortentwickeln soll, ist heute totaler und tiefgreifender als zu Beginn der Bundesrepublik.“ (Jahresbericht 1972/73)

Gerd Klaus Kaltenbrunner: „Die Krise unserer Gesellschaft ist eine Krise der Sprache, der Begriffe, der Orientierung, des Selbstverständnisses, der Vermittlung von ‚Sinn‘.“ („Der schwierige Konservatismus“)

Und als Schuldigen dieser Krise machte Karl Steinbuch aus: die

„Unverantwortlichkeit der ‚Progressiven‘, die zuerst alles zerschlagen wollen, ohne irgendeine Vorstellung zu haben, wie es danach sein solle ...“ („Kurskorrektur“, 1974)

Diese Aufgaben setzen seit damals eine neue konservative Publizistik um solche Figuren wie Armin Mohler (Geschäftsführer der Siemens-Stiftung), Kaltenbrunner, Rohrmoser, Löwenthal, Pachmann, die Deutschland-Stiftung mit Ziesels „Deutschland“-Magazin, die Hans-Seidel-Stiftung und die Konrad-Adenauer-Stiftung, Zeitschriften wie „criticon“, „Konservativ heute“, „Nation Europa“, Institutionen wie der „Bund Freiheit der Wissenschaft“, der „Weikersheimer Kreis“ (Filbinger) usw., aber auch die quasi faschistische „Deutsche Nationalzeitung“ und andere Organe auf diesem Spektrum und in der Politik vor allem die CSU und CDU mit ihren neuen Grundsatzprogrammen und einem eine Million Mitglieder anhang und den Revanchistenverbänden im Gefolge direkt politisch um.

Es geht um die Verkündung neuer Grundwerte, geistiger Umorientierungen und die offensive Propagierung konservativer Konzepte; die in Formeln wie folgenden ihren Ausdruck finden: Freiheit statt Sozialismus, Die Nationalsozialisten waren vor allem Sozialisten, westliche Wertegemeinschaft-Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit, NATO unser 2. Grundgesetz, Schluß mit dem Anspruchsdenken, das „Soziale ist eine Phrase“, Kollektivismus und Gewerkschaftsstaat drohen, SPD fünfte Kolonne Moskaus, SPD Helfershelfer der Chaoten in diesem Staat, Aufräumen mit dem linken Ungeziefer, autoritärer Staat; und wie die Reaktion auf die beiden Geschichtsereignisse 30. Januar und 8. Mai vor zwei Jahren und heute deutlich machten: Rehabilitierung des Faschismus durch Gleichsetzung mit anderen vermeintlichen oder tatsächlichen Gewalt- und Willkürakten, Unterstützung von SS-Traditionsverbänden, offensive „Offenhaltung der deutschen Frage“, Aufblühen des Revanchismus.

Man könnte die Liste noch weiterführen. Zusammenfassend wird deutlich, daß neue und alte Feindbilder verstärkt aufgebaut werden, um auf die Notwendigkeit harter und opferbringender Schritte orientieren zu können. Besondere Vorstöße gab es seit der Bonner Wende hier auf dem Feld:

1. gegen Anspruchsdenken im allgemeinen und der Gewerkschaften im besonderen
2. in Sachen Revanchismus
3. Verharmlosung bis Rehabilitierung des Faschismus
4. Forcierung der ausländerfeindlichen Politik

Dabei ist die Demagogie nicht zu unterschätzen, mit der die konservativen Kreise und ihre Unionspolitiker diese Dinge zu verkaufen suchen. Meister dieses Faches und auch Chef der CDU-Grundsatzprogrammkommission ist Heiner Geißler. Hier eine Kostprobe aus seinem Buch „Grundwerte in der Politik“ (1979): „Freiheit ist für uns nicht ‚das Ergebnis gesellschaftlicher Leistung‘, wie Willy Brandt sozialistisches Freiheitsverständnis klassisch formulierte, sondern personal verantwortete Freiheit, Selbstverantwortung und Mitverantwortung in der Gemeinschaft. Es widerspricht daher unserem Verständnis von Freiheit, durch staatliche Investitionslenkung zum Beispiel autonome unternehmerische Entscheidung unmöglich zu machen oder durch eine Vergesellschaftung des Gesundheitswesens das persönliche Vertrauensverhältnis zwischen Arzt

und Patient zu zerstören.“ Heiner Geißler entdeckt die „neuen sozialen Fragen“, Frauen sind das letzte Beispiel. Er ist wirklich einer der Chefideologen und -propagandisten Marke Goebbels: „1945 hätte man den Kommunismus gleich mit ausschalten müssen“, „Die Pazifisten sind an Auschwitz schuld“. Er und seine Freunde finden eine neue Klassenkampflinie: „Arbeitende gegen Arbeitslose“, „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“.

Die Späth-Kommission entwirft eine konservative Zukunftsvision: reduziertes Wachstum mit „hochwertigen intelligenten Produktionsverfahren“, „Ende der Stechuhr-gesellschaft“, „Humanisierung der Arbeit“, „Dezentralisierung“, „individuelles Leben mit viel frei verfügbarer Zeit“, „Möglichkeit künstlerischer Betätigung nachzugehen für alle“, „solidarische Individualgesellschaft statt Schablonengesellschaft.“ Dazu notwendig flexiblere Arbeitszeiten und Teilzeitjobs, die Verkabelung der Republik, ein Technologieschub z. B. durch SDI.

Schaut man genauer in die Regierungserklärungen und auf die Bonner Politik, dann wird genau in diesem Sinne Politik umgesetzt. Daraus wird deutlich, der konservativen geistigen Erneuerungsoffensive muß man durchaus große Aufmerksamkeit schenken und auch entlarvend entgegentreten.

Kurzer Überblick über die Innenpolitik der Wenderregierung

Schwerpunkt sollte bilden und bildete die **Ausländerpolitik**. Das gesamte Gesetzespaket ist noch nicht durchsetzbar gewesen. Das Klima und die öffentliche Diskussion verstärken den Druck und die Angst der ausländischen Mitbürger. Die erzwungene freiwillige Rückführung brachte Erfolg. Bis heute haben 300000 Ausländer die BRD verlassen. Zum Teil lief die Rückführung auch auf betrieblicher Ebene. Gegen das ganze unmenschliche Gesetzespaket, incl. Zuzugsbeschränkung für Kinder über sechs Jahre gab es breiten Protest, auch Hindernisse in der Koalition selbst, z. B. durch die Ausländerbeauftragte, Frau Funke). In den CDU-regierten Ländern, zum Teil aber auch in NRW wurde und wird allerdings bereits eine restriktive Politik mit dem bisherigen Gesetz gemacht.

Verschärfung ist in der Asylpolitik festzustellen. Vereinfachung der Ablehnungs- und Abschiebungsverfahren, vermehrte Abschiebung (Bayern, Baden-Württemberg). Zimmermann ging es vor allem auch um die Ausschaltung des Linksextremismus der Ausländer — siehe Dev-Sol-Verbot, siehe die Aufbauschung in den Verfassungsschutzberichten usw. Das Dev-Sol-Verbot ist zudem eine weitgehende Androhung auch an alle deutschen „Verfassungsfeinde“.

Faschisten. Zimmermann sprach das Verbot der ANS aus. Es war überfällig. Dennoch konnten Kühnen und seine Anhänger weitermachen, jetzt in der FAP. Die Verbotsbegründung war ausdrücklich auch gegen links interpretierbar und gerichtet. Bei der neuen Regierung der Rechtskoalition kommt sehr stark das Verteidigen der „streitbaren“, der „wehrhaften Demokratie“ gegen links und rechts, aber eigentlich gegen links zum Tragen.

Nicht verwunderlich und besonders vorangetrieben von den einflußreichen, schon fast faschistischen Kräften wie Spranger (Zimmermann-Vize) ist die Rehabilitierung der HIAG, Hersfeld, Oberaula, Nesselwang.

Auschwitzlüge. Der Gesetzent-

wurf war eine Erbschaft der sozial-liberalen Koalition. Als es nicht zu verhindern war, wurde es umfunktioniert. Es zeigt sich der Einfluß der Vertriebenenverbände, der in der Art der Vergangenheitsbewältigung wie zum 30. Januar 1983 und 8. Mai 1945 sichtbar war. Beschönigung der faschistischen Verbrechen und Kriegstaten, Aufrechnungsmentalität.

Personalpolitik. Dregger tut sich in all diesen Fragen besonders hervor. Insgesamt wird deutlich, die reaktionärsten Kräfte und Strömungen in den Reihen der CDU haben an Gewicht gewonnen. Der Fraktionsvorsitzende hat eine ganze Reihe Vertriebenenfunktionäre in wichtigen Positionen neben sich: **Henning, Miltner, Windelen** Minister usw.

Hier ist eine Polarisierung festzustellen, die schon andeutet, wie sich eine Verschärfung der Wende personalpolitisch auswirken könnte: Dregger, Spranger, Strauß, Todenhöfer stehen als „hardliner“ bereit, als Variante Modernisierer wie Späth, Barschel, Albrecht, wenn er siegen würde.

Demonstrationsrecht. Hier waren schnellere Entscheidungen geplant. Aber auch hier mußten Zugeständnisse an die FDP gemacht werden, die zumindest auf diesem Feld nicht total wenden kann, tut sie es doch als Vorreiter schon in Wirtschafts- und sozialen Fragen. Die Unionsparteien bzw. ihr rechter Flügel und die CSU wollen das ganze Paket und nicht nur Vermummungsverbot. (Hier ist inzwischen eine Entscheidung gefallen).

Familienpolitik. Hier waren geplant und sind auch angegangen worden der § 218

eine Korrektur des Ehescheidungsrechts, Offensive gegen Pro Familia, dafür aber eine Aufwertung der Mutter am Herd und der Hausfrauenarbeit.

Kulturpolitik: Aufsehen erregte der Fall Achternbusch. Kulturförderung wurde ansatzweise nach dem Motto „nur politisch Lieb-same“ gehandhabt.

Medienkonzentration, Verkabelung. Hier sind, wie in den Regierungsversprechen angekündigt und im Hintergrund des Wendemanövers in Sachen Genscher/Lambsdorff — Springer/Burda bekannt geworden, wichtige Fortschritte gemacht worden.

Wo es weniger zügig voranging

Auffallend ist, daß es um die Polizeibewaffnung, Todesschuß, Distanzwaffen usw. lange Zeit ruhig geblieben ist. Die Pläne sind allerdings nicht vom Tisch. Ab und zu wird bekannt, daß es Neuansätze, auch Neuentwicklungen von Hartgummigeschossen gibt. Neben der vorgesehenen Novellierung des Demorechts ist auch die des **Kontaktsperregesetzes** noch nicht erfolgt. Ebenso ist es mit den Plänen der **Prozeßvereinfachung**, mit der **Legalisierung des Undercoveragenten**.

Vielleicht war man in all diesen Dingen unter anderem auch deshalb vorsichtiger (außer der Tatsache, daß manches nicht so drängte, aber auch wegen der Gefahr, die in der Wende steckte, Widerstand, breite Friedensbewegung schon am Hals), weil man in einer wichtigen Sache zunächst eine echte **Niederlage** erlitten hatte: mit der **Volkszählung** und in gewissem Sinne auch mit dem **Personalausweis**.

In diesem Zusammenhang ist die Bedeutung des **Bundesverfassungsgerichts** und in jüngster Zeit die des **Bundespräsidenten** interessant. Das BVerfG spielt wie andere höhere Gerichte auch eine wichtige und

interessante Rolle: In der Zeit der SPD/FDP-Koalition war es quasi ein Instrument der Unionsopposition und damit auch direkt einflußreicher finanzkapitalistischer Kreise, um Politik an der Regierung vorbei durchzusetzen (Mitbestimmung, Ostpolitik usw.) Heute kann es auch zur Abfederung wachsender Proteste gut eingesetzt werden (Volkszählung), um umstrittene Regierungsentscheidungen zu korrigieren (Zwangsabgabe). Funktion: Einsatz je nach politischem Klima und Notwendigkeit, heute ein Bonbon und Zugeständnis (Volkszählung), morgen in die Schranken verweisen (Stationierung). In jedem Falle ein Instrument, daß eine außerordentliche Funktion in diesem Herrschaftssystem hat. Ein legales Instrument zur Unterlaufung des Parlaments. Immerhin wurde aber auch angezeigt, daß man es von seiten des Volkes nicht überstrapazieren dürfe, deshalb werden Gebühren erhoben.

Ähnlich ist die Lage bei anderen Gerichten. So gab es auch im Arbeitsrecht einige positive Entscheidungen für die Gewerkschaft, gewissermaßen als Kontrast zu der Unternehmeroffensive.

Festzuhalten ist: Diese Hebel sind wichtig für die politischen Entscheidungen. Im Endeffekt laufen sie zugunsten der Herrschenden aus.

Seit Weizsäckers Antritt ist die Position des **Bundespräsidenten** aufgewertet. Er ist zunächst einmal von allen Parteien, incl. der SPD als Mann der Integration getragen. Im Kalkül der Herrschenden könnte er eine wichtige Rolle für eine Politik der Großen Koalition im engeren Sinne (faktisch mit dem rechten SPD-Flügel betrieben) spielen. Bei Übergehung des Parlaments könnten durchaus die in der Verfassung gegebenen Möglichkeiten des Bundespräsidenten ausgespielt werden. Da macht es sich gut, daß dieser Mann sich als Mann des Volkes, aller Deutschen und aller Lager profiliert: Die 8. Mai-Rede war nicht ungeschickt und wird in einer Auflage von fast 1 Million von Bürgern angefordert.

Die Unterhöhlung des parlamentarischen Systems ist sicher auch, und zwar scheinend, vorangegangen, wie auch die immer wiederkehrenden Androhungen bezüglich der Verfassungsfeindlichkeit der Grünen.

Friedens- und Außenpolitik

Ohne Zweifel hat hier trotz Straußscher Manöver und Demagogie ein **Umschwung** stattgefunden gegenüber der sozialliberalen Ära. Diesen hatte übrigens auch, wenig bekannt, Genscher schon vor dem Bruch der Bonner Koalition mit Aufsätzen in „Foreign affairs“ eingeleitet:

„Von größter Tragweite ist die fundamentale Veränderung in der Lage der osteuropäischen Volkswirtschaften. Diese sind heute auf die Zusammenarbeit mit dem Westen angewiesen. Die Sowjetunion kann weder ihren Bedarf an fortgeschrittener Technologie noch ihren Bedarf an Nahrungsmitteln mehr befriedigen... Das aber bedeutet: die Sowjetunion hat mit der Fähigkeit, die Versorgung Osteuropas mit wichtigen Gütern zu sichern, auch das Monopol auf diese Versorgung verloren. Die westliche Politik gegenüber Osteuropa muß von den in den 70er Jahren eingetretenen Veränderungen ausgehen. Diese Veränderungen geben dem Westen Einflußmöglichkeiten auf Osteuropa, wie sie auf den 60er Jahren noch kaum vorstellbar gewesen sind.“

Kohl machte in seiner Antrittsrede deutlich, was er unter der Pa-

role „Frieden schaffen mit immerweniger Waffen“ verstanden wissen wollte, bzw. was den Unionsparteien an Umschwung vorschwebte:

„Fundament deutscher Außen- und Sicherheitspolitik sind das Nordatlantische Bündnis und die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika. (...)

Das Bündnis ist der Kernpunkt deutscher Staatsräson (...). Wir werden die deutsch-amerikanischen Beziehungen aus dem Zwielficht befreien, die Freundschaft bekräftigen und stabilisieren. (...)

Die Bundesregierung steht uneingeschränkt zum Doppelbeschluß der NATO von 1979 (...). Sie wird die Beschlüsse erfüllen und nach innen vertreten. (...)

Damit eine Wende in der Außen- und Sicherheitspolitik die Franz Josef Strauß noch etwas offener aussprach:

„Diese neue Regierung wird in völliger Übereinstimmung mit der großen Mehrheit der Deutschen gegen jene Wertneutralität Stellung beziehen, mit der das Machtsystem des Kommunismus und das Regierungs- und Gesellschaftssystem der demokratischen Staatenwelt als moralisch gleichrangig und gleichwertig eingestuft wird...“

Es wird auch Schluß damit sein, daß mit Duldung oder sogar Billigung führender Politiker der Regierungsparteien Teile der Regierungsparteien sich mit jenen Kräften verbünden, die unsere amerikanischen Freunde als entspannungsfeindlich oder sogar machthungrig verleumd-

Erste Aktivitäten der Regierung Kohl lassen keinen Zweifel, daß eine Politik der Aufrüstung und Militarisierung, der Stärke und Konfrontation wieder Trumpf werden sollen. Wörner führte den Traditionserlaß wieder ein, in der Schule soll endlich der Wehrkundeunterricht eingeführt werden, um klarzustellen, daß „Dienst in der Bundeswehr Ehrendienst“ und die NATO die größte Friedensbewegung“ ist.

Die alten und jungen Haudegen blühten auf, wie die Vorgänge um das Begräbnis von Hitlers hochdekoriertem Piloten Rudel gezeigt haben. Die Union ging daran, ihre auf dem Sicherheitspolitischen Kongreß im Januar 1982 formulierten Positionen in die Tat umzusetzen:

„Verhandlungen sind kein Ersatz für angemessene nukleare Abschreckung (...)

• die konventionelle Kampfbereitschaft der Bundeswehr muß unter Nutzung moderner Technologie verstärkt werden;

• die Union fordert, jeder weiteren Expansion der UdSSR mit allen Mitteln des Westens entgegenzuwirken. (...)

• die Union fordert ein abgestimmtes Gesamtkonzept westlicher Politik zum dosierten Einsatz all unserer wirtschaftlichen, finanziellen, technischen und sonstigen Mittel (...)

die geographische Begrenzung der Allianz muß fallen (...);

die Sicherung der Rohstoff- und Ölversorgung muß zu einer zentralen Aufgabe der NATO werden (...);

nur die Länder der Dritten Welt zu unterstützen, die mit dem Westen zusammenarbeiten und nicht mit prokommunistischen Freiheitsbewegungen in Afrika und Lateinamerika.“

Und die Union wollte die nationale Frage offenhalten, um auch die revanchistischen Ansprüche zu erneuern, wie es ihr Spitzenpolitiker Windelen formulierte: „Wir brauchen eine Politik, die deutlich macht, auch Ostpreußen ist deutsches Land.“

Dazu ist zu ergänzen, die Beto-

Fortsetzung auf Seite 10

Die Frauenfrage — eine Schlüsselfrage der Arbeiterklasse

Den folgenden Artikel entnahmen wir der norwegischen Zeitung „Klassenkampf“, die von der Kommunistischen Arbeiterpartei (m-l) herausgegeben wird. Diese Partei, deren im folgenden Text verwendete norwegische Abkürzung AKP(m-l) lautet, unterstützt auch heute noch die Führung der KP Chinas. Der folgende Artikel von Siri Jensen, der Leiterin der Frauenabteilung der AKP(m-l), erscheint uns dennoch im Hinblick auf die Diskussion der Frauenfrage in unserer Partei von Interesse. Die AKP(m-l) hat nahezu seit ihrer Gründung in der norwegischen Frauenbewegung gearbeitet und übt auf die norwegische Frauenbewegung tatsächlich einen bedeutenden Einfluß aus.

Im heutigen Norwegen stellen die Frauen die Hälfte der Erwerbstätigen und annähernd die Hälfte der beschäftigten Arbeiterklasse. Große Gruppen der engsten Bündnispartner der Arbeiterklasse im Kleinbürgertum sind Frauen: Krankenschwestern, Lehrerinnen, Sozialarbeiterinnen. Die Berufstätigkeit unter den Frauen ist in den letzten zehn Jahren beträchtlich gestiegen. Das hat zugleich bedeutet, daß die Frauen im größeren Umfang in den Klassenkampf gezogen wurden und daß die „Frauenfrage“ selbst es erzwungen hat, auf die politische Tagesordnung gesetzt zu werden.

Frauen sind jedoch in relativ wenigen Berufen konzentriert. Ein Drittel aller berufstätigen Frauen sind in den Bereichen Erziehung, Gesundheit, Sozialarbeit zu finden, ein Viertel im Handel und im Hotel- und Gaststättengewerbe, ein Achtel in der Industrie. 20 Prozent haben Büroarbeitsplätze, 13 Prozent sind in Pflegeberufen, 11 Prozent im Einzelhandel und 9 Prozent in der Gebäudereinigung.

Niedrigere Löhne

Frauen verdienen weniger als Männer. Die Löhne sind niedriger und die Tatsache, daß die Hälfte der berufstätigen Frauen Teilzeitarbeit macht, vergrößert den Unterschied noch.

Mehr als zwei Drittel der Frauen sind berufstätig — das restliche Drittel ist im Haus.

Diese Zahlen zeigen, daß die Frauen eine besondere Stellung im Arbeitsleben einnehmen.

Wir glauben, daß es wichtig ist, die doppelte Rolle der Frauen in unserer Gesellschaft zu verstehen: Frauen sind im Arbeitsleben, stellen die Hälfte der beschäftigten Arbeiterklasse und sind in den meisten Berufen zu finden.

Gleichzeitig haben Frauen eine besondere Stellung, die hauptsächlich begründet wird durch die Aufgaben, die die Gesellschaft den Frauen in der Familie auferlegt und durch die gesellschaftlich festgelegte Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern. Diese widersprüchlichen zwei Seiten drücken sich in vielen Formen aus. Einerseits sind Frauen ökonomisch weniger abhängig vom Mann — Heirat ist nicht die einzige Möglichkeit. Frauen, mit oder ohne Kinder, können es mehr oder weniger mit ihrem eigenen Einkommen oder mit Unterstützung der Sozialhilfe schaffen. Frauen können sich scheiden lassen.

Andererseits sind ledige Frauen und Alleinerziehende die ärmsten Mitglieder der Gesellschaft mit vielen wirtschaftlichen Problemen. Wirtschaftliche Fragen sind immer noch ein wichtiger Faktor, durch den das Recht auf Scheidung beschränkt wird: die geringen Frauenlöhne und die Teilzeitarbeit machen Frauen von ihren Ehemännern abhängig.

Einerseits ist das akzeptiert, daß Frauen einen Arbeitsplatz haben, traditionelle Männer-Arbeitsplätze eingeschlossen, und Frauen betrachten sich zunehmend selbst als Erwerbstätige, die das Recht haben, an der Seite der Männer zu arbeiten.

Hausarbeit

Gleichzeitig sind Frauen gezwungen, bei der Wahl ihres Arbeitsplatzes sich den Erfordernissen ihrer Familien anzupassen: der Arbeitszeit des Mannes, den Möglichkeiten der Kinderversorgung usw. Die Gesellschaft steigert nicht die Zahl der Kindergartenplätze oder die Altenpflege entsprechend dem Bedarf — beispielsweise findet 90–95 Prozent der Altenpflege privat statt, das heißt in der Verantwortung der Frauen. Weiter ist es immer noch eine Tatsache, daß Frauen zugunsten der Männer aus dem Beruf gedrängt werden, wenn es zu Stilllegungen und Belegschaftsabbau kommt. Tatsächliche Arbeitslosigkeit ist am höchsten unter den Frauen.

Frauen spielen eine aktive, wenn auch viel kleinere Rolle im politischen Leben und in Massenorganisationen: Frauen organisieren sich selbst und verlangen größeren Ein-

fluß. Frauen haben gekämpft, um das Recht auf selbstbestimmte Abtreibung durchzusetzen.

Gleichzeitig ist die Freiheit der Frauen durch die Anforderungen der Familie beschränkt und dadurch, daß sie immer noch in großem Maß als Besitz der Männer betrachtet werden. Mißhandlung in der Familie, Vergewaltigung, Pornographie und Prostitution tragen dazu bei, die Frauen niederzuhalten. Wachsende Beschäftigung und wachsendes Bewußtsein der eigenen Rechte rufen einen stärkeren Willen zum Kampf hervor, und Frauen fordern, daß die Organisationen der Arbeiterklasse ihre Lage und ihre Forderungen in stärkerem Maß aufgreifen.

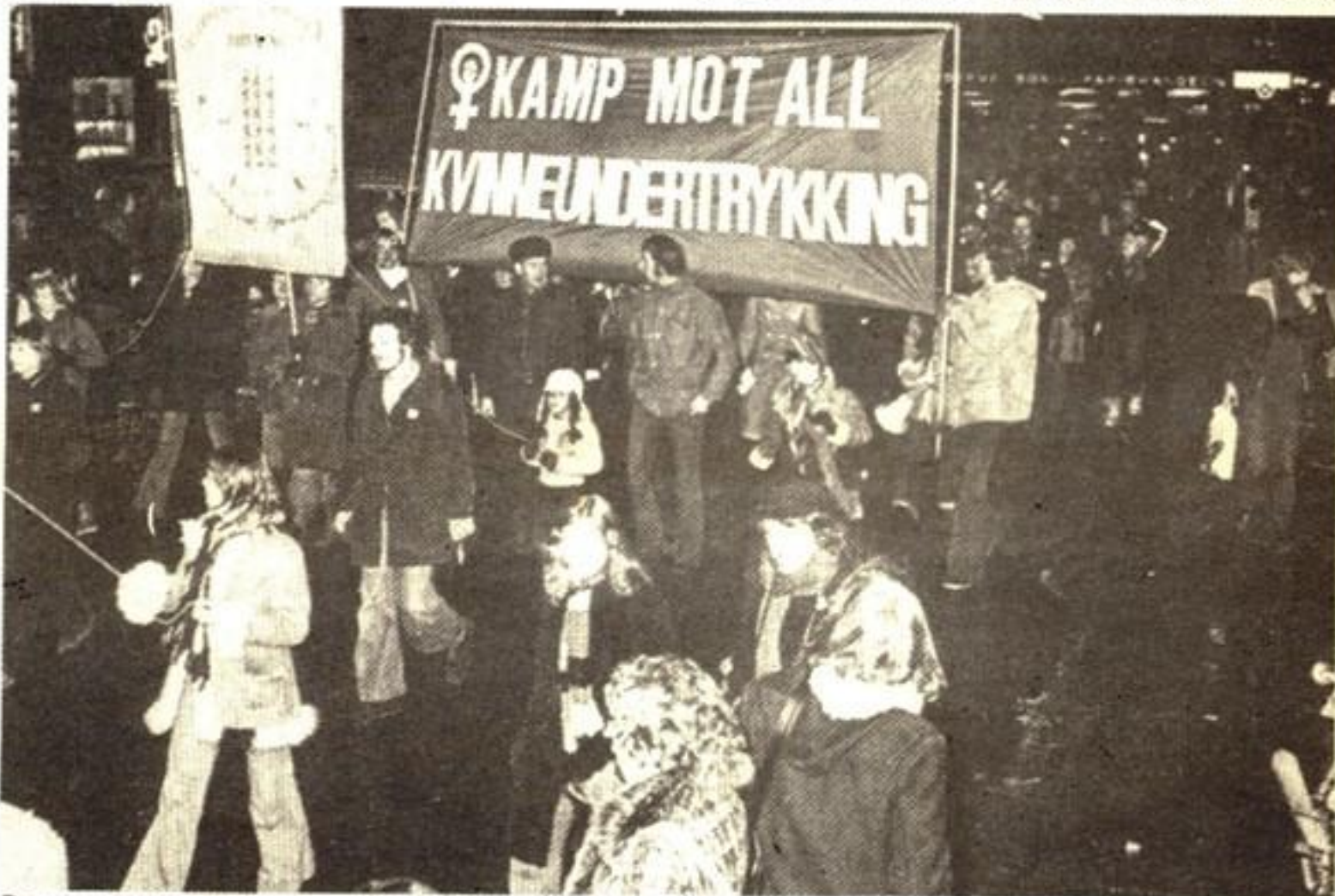
Die AKP(m-l) betrachtet das als eine Schlüsselfrage für die Arbeiterklasse insgesamt. Heute räumen die Gewerkschaften den Fragen, die für die Frauen der Arbeiterklasse von Wichtigkeit sind, keine Priorität ein: den Löhnen derjenigen, die am

wenigsten verdienen, kürzerem Normalarbeitstag, Möglichkeiten, Ganztagsarbeit mit der Familie zu kombinieren, Rechten für Teilzeitbeschäftigte usw.

Gleichzeitig wissen die Unternehmer genau, wie die Lage der Frauen ausgenutzt werden kann, um die Löhne zu drücken, die Lohnunterschiede zu vergrößern und den Normalarbeitstag zu untergraben.

Dies ist möglich, nicht weil die Frauen weniger Solidarität zeigen, sondern weil sie in die Zange genommen werden von den Anforderungen der Arbeit einerseits und der Familie andererseits. Der Acht-Stunden-Tag ist zu lang, um so mehr, da Frauen einen zweiten Arbeitsplatz zu Hause haben. Viele Frauen müssen um besondere Verträge mit niedriger Stundenzahl nachsuchen, gewöhnlich zu den Bedingungen der Unternehmer, also niedrigerem Lohn und weniger Rechte.

Die einzig mögliche Antwort darauf ist der gemeinsame Kampf für den 6-Stunden-Tag mit vollem Lohnausgleich. Solange es so ist, daß die Gewerkschaften sich so wenig (weniger ist gar nicht vorstellbar) um diese Frage kümmern, solange können die Unternehmer den Frauen niedrige Löhne anbieten, weil „sie dafür bestimmt sind“. In der heutigen Situation



Demonstration für Frauenrechte in Norwegen. Aufschrift des Transparents: „Kämpft gegen jede Unterdrückung der Frauen“.

Fortsetzung von Seite 9

nung der Schaffung eines einigen Europa auch im politischen und militärischen Bereich, wobei immer eine Stärkung der Rolle des imperialistischen Deutschland anvisiert ist. Hier wurde auch versucht während diverser Vorträge in Gremien auf dieser Ebene Profil und Fortschritte zu erreichen, wobei die Union schon sehr aufpaßt, daß sich die heute ja immer stärker auftretenden Widersprüche unter den westlichen Imperialisten und insbesondere mit den USA nicht zu sehr zuspitzen und im Zweifelsfall den Juniorpartner der USA zu spielen. Der WWG war ein beredtes Beispiel, das Schwanken bei SDI und Eureka ein anderes, Probleme mit der Mittelamerika-Politik zwischen Genscher und Union und ähnliches.

Festzuhalten bleibt. Die Union hat das Bündnis zu den USA und die Treue zur NATO in jeder Hinsicht bestärkt. Sie hat den Nachrüstungsbeschluß durchgesetzt gegen den Widerstand und Willen der Mehrheit der Bevölkerung. Sie hat in der Entwicklungspolitik den Kurs verschärft, im Sinne Reagans. Unterstützung nur noch für genehme Regierungen. Sie ist auf den Konfron-

tationskurs Reaganser Art nicht vorhaltlos, aber mehr eingeschwenkt. Unter anderem wird dies ja auch durch das Anfechten bzw. Aufkommenlassen des offenen Revanchismus als besonderer bundesdeutscher Variante gegenüber der SU und den Ostblockländern sichtbar.

Sie hat sich die Optionen für eine auch atomare Bewaffnung der Bundeswehr durch die Stationierung der Mittelstreckenwaffen, aber auch durch die Reaktivierung der WEU, Aufhebung aller Einschränkungen bis auf die Atombehaftung selbst, nukleare Mitsprache bis europäische Atomstreitmacht, weiter offen gehalten.

Sie hat den Kriegsführungskonzepten der USA und NATO ihre volle Unterstützung bei Verfolgung eigener Absichten gegeben. Die Unterschrift von Glanz unter Air-land-battle gilt. Das Wartime-Host-Nation-Support-Abkommen wird mit Leben gefüllt. Die Bundeswehrbeschaffungsplanung von 300 Mrd in den nächsten 12 Jahren (heutige Preise), die eine militärtechnische Verwirklichung von Air-land-battle, Rogers-Plan und FOFA — also von offensiver Vorverteidigung und

integriertem Schlachtfeld, Enttarnung bzw. Erpressung der SU, darstellen, hat längst begonnen. Dies bedeutet eine weitere enorme Steigerung der Rüstungsausgaben, die noch folgenschwere Auswirkungen auf den Sozialabbau im Haushalt usw. haben werden.

Die Wehrdienstverlängerung ist klar, die Stärke der Bundeswehr wird unter allen Umständen aufrechterhalten, obwohl bald 150 000 Soldaten durch „Pillenknicke“ fehlen. Entsprechend wurde die Kriegsdienstverweigerung erschwert durch Abschreckung des Ersatzdienstes durch Verlängerung. Im übrigen auch eine Vorankündigung der Verlängerung des Wehrdienstes.

Die Rüstungskosten sind im Bundeshaushalt von 1982 bis jetzt schon überproportional gestiegen, sie werden 1986 statt der bislang schon erreichten 23 Prozent des Haushalts dann 30 Prozent erlangen.

Die Regierung plant die Verabschiedung eines neugefaßten sogenannten Zivilschutzgesetzes, das in Wirklichkeit ein innenpolitisches Militarisierungsprogramm total darstellt und die Hebel zur Schaf-

fung von Ruhe an der Heimat-Front und Kriegsführung im innern gewährleisten soll, nicht nur im Kriegs- sondern auch in allen denkbaren „politisch-militärischen“ Krisenfällen.

Die Nachrüstung hat die Union relativ gut durchgestanden, wenn man bedenkt, welch ungeheurer und für die BRD ungewöhnlicher und auch besonderer Widerstand gegeben war. Sie hat es ohne das Aufbieten des Polizeistaates im großen Maßstab geschafft. Im kleinen gegen Blockierer usw. trat er allerdings schon in Erscheinung. Gegenüber den Großaktionen gab es ein überlegtes Taktieren. Wichtig war die Propaganda für die Nachrüstung, ansonsten wurde von der Herrschenden darauf vertraut, daß die Friedensbewegung nicht zum Schulterschuß mit der Gewerkschaftsbewegung kommt und nicht diese Durchsetzungskraft und Radikalität gewinnt, die gefährlich wird. Dabei spielte eben der Einfluß politischer Strömungen wie der SPD, DKP, Kirchen usw. eine wichtige beschwichtigende und entschärfende Rolle, die den Knüppel nur gegen die „Autonomen“ mit Rückendeckung der vorgenannten „er-

schwinglich“ macht.

Trotz dieses Erfolges ist der politische Preis nicht unerheblich. In Sachen Friedenspolitik ist der Konsens mit der Regierung, das Vertrauensverhältnis gebrochen. Die Bewegung hat Spuren hinterlassen. Wörner hält eine Studie unter Verschuß, die feststellt, daß die Soldaten in der Bundeswehr bis zu Mittleren Rängen zu 65 Prozent an der Strategie der NATO zweifeln, daß sie eine Friedensstrategie wäre.

Die SPD ist im Laufe der Bewegung zu einem gewissen Umschwenken gebracht worden. Ebenfalls sind die Gewerkschaften in Bewegung geraten. Dies sind alles Dinge, die man als Erfolg buchen muß. Die Bewegung hielt und hält sich auch verhältnismäßig lange, selbst bei jetzt eingetretener Denkpause. Sie ist bei gegebenen Anlässen und in anderen Formen wieder zu Initiative und Leben zu bringen. Ein Funke kann einiges entfachen. Raketeneinsatz in Heilbronn zeigt den Zündstoff. Funken und Fälle dieser Art wird es vermehrt geben.

U.L.

können Frauen zu einem Hebel der Lohnrückerei werden. Darum glauben wir, daß der Kampf für die Rechte der Frauen heute notwendig ist, um die Einheit der Arbeiterklasse zu stärken und der Offensive der Bourgeoisie zu begegnen. Bedingung dafür ist natürlich die Mobilisierung der weiblichen Hälfte der Arbeiterklasse, die die schlechtesten Lebensumstände hat und am meisten durch den Kampf gewinnen kann. Für eine revolutionäre marxistisch-leninistische Partei muß das eine zentrale Aufgabe sein.

Gründe für die Unterdrückung der Frau im Kapitalismus

Die Gründe für die Unterdrückung der Frauen im Kapitalismus liegen in der Stellung der Frauen in der Familie und darin, daß die Gesellschaft auf der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung beruht.

Zusätzlich zur Klassenunterdrückung, die die Frauen in den unterdrückten Klassen trifft, werden Frauen als Geschlecht unterdrückt auf zwei Wegen:

- die Bourgeoisie unterdrückt die Frauen;
- die Männer unterdrücken die Frauen.

Die bürgerliche Unterdrückung der Frauen

Die Familie ist Teil der grundlegenden Organisation der Gesellschaft und der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Durch Vererbung setzt sie das bürgerliche Privateigentum fort. Die Familie und nicht die Gesellschaft trägt die Hauptverantwortung für jene, die ohne Einkommen sind. Auf diesem Weg spart die Bourgeoisie enorme Kosten.

Historisch betrachtet waren die Männer die Ernährer der Familie. Frauen sind heute ökonomisch in einer stärkeren Position, weil sie die Hälfte der Beschäftigten repräsentieren. Frauen sind jedoch immer noch ökonomisch abhängig vom Mann. Viele Hunderttausende Frauen haben keine Arbeit, durch die sie ein Einkommen beziehen. Der Arbeitsmarkt ist nach Geschlechtern aufgespalten, und die Frauen konzentrieren sich in monotonen Tätigkeiten mit geringem Ansehen und geringer Bezahlung. Die Hälfte der arbeitenden Frauen haben Teilzeitzellen. An diese Bedingungen muß hier wieder erinnert werden, weil die Familie stets den „leichtesten“ Weg suchen wird, um ein notwendiges Einkommen zu sichern. Das bedeutet, daß der Mann ganztags arbeitet und der Haupternährer ist, weil seine Arbeit einen höheren Wert hat als die der Frau. Der Kapitalismus wird niemals jemand eine Ganztagsarbeit geben.

Der Kapitalismus hält die Frauen als riesige Reservearmee der Arbeitskraft. Diese Konsequenzen des Familiensystems treffen alle Frauen, ob sie in einer Familie leben oder nicht, ob sie heterosexuell sind oder homosexuell. Alle Frauen haben mit dem nach Geschlechtern aufgespaltenen Arbeitsmarkt und mit niedrigen Löhnen zu tun.

Durch die ganze Geschichte der Klassengesellschaft hindurch hat die herrschende Klasse Frauen besonders unterdrückt und den Männern Privilegien gewährt. Alles ist dadurch gefärbt: Institutionen und Beziehungen, Laufbahnen, Politik, Schule, Medien, Kirche, Gewerkschaften usw.

Die herrschende Ideologie hebt den Mann hoch und unterdrückt die Frau

Pornographie und Prostitution zeigen die Frauen als Objekte, die von den Männern benutzt werden. Die

Pornographie hat sich zu einer mächtigen kapitalistischen Industrie entwickelt, die mit Sadismus und Frauenverachtung riesige Profite scheffelt.

Im Kapitalismus ist die wichtigste Form der Frauenunterdrückung die Unterdrückung der Frauen durch die Bourgeoisie. Die Bourgeoisie hat das mächtigste Interesse daran, die Institution der Familie und die geschlechtsspezifische Spaltung des Arbeitsmarkts, durch die Frauen unterdrückt werden, zu verteidigen.

Die Unterdrückung der Frauen durch die Männer

Männer in allen Klassen und Bereichen der Gesellschaft unterdrücken Frauen durch die Kraft ihrer eigenen Privilegien.

Sie sind eine aktive Kraft gegen die Frauenbefreiung.

In der Familie unterdrücken die Männer die Frauen und haben Privilegien auf Kosten der Frauen. Das zeigt sich zum Beispiel in der ökonomischen, sozialen und sexuellen Unterdrückung von Frauen und Kindern. Männer geben ihren Karrieren und Interessen den Vorrang vor der Familie. Durch ihre Entscheidungen beeinflussen sie stark das Leben der Frauen. Männer haben das Recht zu entscheiden, was wichtig ist für die Gewerkschaften, politischen Parteien, im ganzen gesellschaftlichen Leben.

Die Unterdrückung der Frauen durch die Männer in der Arbeiterklasse und unter den Werktätigen ist eines der wichtigsten Hindernisse für die Vergrößerung der Einheit und Stärke der Arbeiterklasse — sowohl im Tageskampf als auch im Kampf für die Revolution. Frauen müssen Macht in den Arbeiterorganisationen gewinnen und diese Organisationen müssen den Kampf der Frauen unterstützen. Frauen müssen gegen Männerprivilegien und Unterdrückung rebellieren. Die Männer der Arbeiterklasse müssen den Kampf der Frauen unterstützen und die Unterdrückung der Frauen bekämpfen oder sie werden die gesamte Arbeiterklasse und ihre Verbündeten schwächen. Der Kampf gegen die Unterdrückung der Frauen im Volk ist eine notwendige Voraussetzung für die Befreiung der gesamten Arbeiterbewegung.

Die Frauenbewegung

Das Anwachsen der Frauenerwerbstätigkeit ist eine wichtige Ursache für die breite Frauenbewegung, die den Kampf auf allen Gebieten aufnimmt. Frauen haben ihre politische Kraft gestärkt. Weil die Unterdrückung der Frauen die Frauen aller Klassen betrifft, besteht die Basis für ein breites Bündnis unter Frauen.

Die Frauen der Arbeiterklasse haben eine besondere historische Rolle in dieser Bewegung. Zusammen mit den anderen Frauen des werktätigen Volkes (kleine Bauern, weibliche Intellektuelle usw.) sind sie alle doppelt — als Klasse und als Geschlecht — unterdrückt. Entsprechend müssen sie gegen die Unterdrückung durch die Männer ihrer eigenen Klasse kämpfen. Sie müssen den Kampf der Frauen führen und gleichzeitig eine besonders wichtige führende Kraft im Klassenkampf gegen die Bourgeoisie sein. Sie müssen den Kapitalismus beseitigen, um sich sowohl als Arbeiterinnen als auch als Frauen zu befreien.

Eine Frauenorganisation ist deshalb eine Notwendigkeit für die Frauenbefreiung und damit für die Revolution und den Sozialismus. Auch hier müssen die Frauen der Arbeiterklasse eine führende Rolle spielen.

Die Frauenbewegung kann nicht siegen, wenn sie beschränkt und durch Illusionen geblendet ist, daß die Frauen sich befreien können, ohne die gesamte Gesellschaft zu verändern. Immer mehr Frauen verstehen das — durch den Kampf.

Ebenso können die Frauen in Norwegen nicht isoliert von den Frauen in der übrigen Welt ihre Befreiung erringen. Heute ist der Imperialismus das wichtigste Hindernis bei der Verbesserung der Situation der Frauen. Frauen und Frauenbewegung müssen ihren Platz im Kampf zur weltweiten Zerschlagung des Imperialismus einnehmen. Die Frauenbewegung muß enge Beziehungen über die ganze Welt herstellen, um zu lernen und einen gemeinsamen Kampf zu entwickeln.

Kvinnefronten — die Frauenfront in Norwegen

Die AKP(m-l) betrachtet den Aufbau einer nationalen Frauenorganisation als strategische Aufgabe. Eine Organisation von Frauen aller Berufstypen und Lebenssituationen und jeden Alters, die eine politische Linie für die verschiedenen Bereiche des Frauenkampfes erarbeiten kann, den Massenkampf führt und für die Forderungen der Frauen im Klassenkampf kämpft.

Wir haben in Norwegen heute den Beginn einer solchen Organisation. „Kvinnefronten“ (Frauenfront) existiert in Norwegen seit 13 Jahren. Sie hat eine antikapitalistische Plattform und hat immer für die unmittelbaren Interessen der Frauen gekämpft: für Arbeit, Kindergärten, selbstbestimmte Abtreibung, gegen Pornographie und für internationale Solidarität. Kvinnefronten hat gegen alle Versuche gekämpft, die Frauenbewegung vom Kampf gegen den Imperialismus und die beiden Supermächte, die USA und die Sowjetunion, zu isolieren. Heute kämpft Kvinnefronten besonders für den 6-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich, dagegen daß Frauen ihren Arbeitsplatz verlieren, gegen Pornographie und Gewalt gegen Frauen und für aktive internationale Solidaritätsarbeit, eingeschlossen die Unterstützung für die Freiheitskämpfer in Afghanistan.

Die Front hat Gruppen an vielen Orten in Norwegen und hat Einfluß über ihre eigenen Reihen hinaus. Kvinnefronten hat die 8.-März-Bewegung in Norwegen geführt. In den letzten Jahren wurde der 8. März mit Demonstrationen und Versammlungen an 30–80 verschiedenen Orten gefeiert. Die AKP(m-l) hat viele aktive Mitglieder in Kvinnefronten.

Der Kampf für Sozialismus und Kommunismus

In der Debatte über das kürzlich angenommene Programm der AKP(m-l) war die Frauenfrage ein zentraler Faktor. Der Kampf für die Beendigung der Unterdrückung der Frau wurde zum ersten Mal diskutiert als ein absolut notwendiger Teil des Kampfes für den Sozialismus und den Kommunismus.

Die Debatte hob auch hervor, daß es eine zentrale Aufgabe der sozialistischen Wirtschaft sein müsse, die Möglichkeiten der vollständigen Befreiung der Frau zu schaffen.

Das bedeutet eine Beendigung der geschlechtsspezifischen Spaltung auf allen gesellschaftlichen Gebieten. Die heutige Institution der Familie, die Frauen unterdrückt, muß beseitigt werden. Die Familie muß ersetzt werden durch neue Basis-Gruppen, die die Menschen selbst wählen. Diese müßten folgende Merkmale aufweisen:

- gleichberechtigte Beziehungen zwischen Mann und Frau.

Die Gesellschaft (und nicht jede einzelne kleine Gruppe von Menschen) muß die Verantwortung für den Unterhalt ihrer und die Fürsorge für ihre Mitglieder tragen.

Alle Mitglieder (auch die Kinder, die Alten und die, die nicht arbeiten können) sind ökonomisch unabhängig und in der Lage, sich selbst zu versorgen. So eine Gruppe wäre deshalb nicht die ökonomische Basis der Gesellschaft, sondern eine frei gewählte soziale Gemeinschaft.

Um eine solche Entwicklung zu erreichen, ist Kampf die ganze Periode des Sozialismus hindurch notwendig, während der die Frauen die bewegende Kraft sein werden, gegen die die Männer opponieren werden.

Um das Ziel der vollständigen Befreiung der Frauen zu erreichen, muß der Sozialismus im Wortsinn arbeiten, um Aufgaben von der Familie auf die Gesellschaft zu übertragen und die Schranken der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung niederzureißen.

Das erfordert die Entwicklung der Produktivität, die völlige Neustrukturierung der Gesellschaft und einen Wechsel in der Denkweise. Das ist absolut notwendig, um die Frauen zu befreien als Kraft in der Produktion und bei der Regierung der Gesellschaft. Frauen müssen ökonomisch selbstständig sein. Die Löhne müssen erhöht und den Männerlöhnen gleich werden. Die Frauen müssen gesicherten Zugang zu Berufen haben, die früher männlich dominiert waren, besonders auf politischen und wirtschaftlichen Gebieten. Die Gesellschaft muß zunehmend die Verantwortung für Unterhalt und Fürsorge übernehmen, freie Kindergärten für alle Kinder schaffen, medizinische Versorgungszentren für alle, die sie benötigen, Altenpflegestätten bauen und direkte ökonomische Unterstützung allen Kindern geben.

Wenn die Wirtschaft sich auf diesem Wege entwickeln soll, brauchen Frauen Macht. Die Frauenbewegung und die Arbeiterklasse müssen für das Ziel der Befreiung der Frau in allen Aspekten der Planung und der Produktion kämpfen. Ein Wirtschaftsplan ohne eine solche Zielsetzung würde die alte Unterdrückung der Frau konservieren und den Fortschritt zum Kommunismus unmöglich machen.

Der Kampf für die Befreiung der Frau und der Fortschritt des Sozialismus

Der Sozialismus bietet die Möglichkeit, die materiellen Grundlagen zur Überwindung der Frauenunterdrückung zu schaffen. Aber die historische Erfahrung zeigt, daß Sozialismus nicht automatisch zur Befreiung der Frauen führt. Formale Gleichheit für Frauen ist relativ leicht zu verwirklichen. Aber das geht leicht Hand in Hand mit tatsächlicher Unterdrückung der Frauen. So lange die Familie existiert, wird es die Grundlage für die privilegierte Stellung des Mannes geben, verbunden mit der Rolle der Frau als Dienerin des Mannes und die Betrachtung der Frauen als Gesellschaftsmitglieder zweiter Klasse. Es wird tief verwurzelte reaktionäre Gewohnheiten und Denkweisen geben, die zu überwinden eine lange Zeit brauchen wird.

Der ideologische Kampf muß Hand in Hand gehen mit dem Kampf zur Abschaffung der materiellen Grundlagen für die Unterdrückung der Frauen. Es wird auch von größter Wichtigkeit sein, eine unabhängige und starke Frauenbewegung im Sozialismus zu entwickeln.

Der Kampf für die Befreiung der Frau hat viel zu tun mit sozialisti-

scher Demokratie und der Stärke der proletarischen Diktatur. Wenn Frauen nicht die gleichen Rechte wie Männer zur Teilnahme am politischen Leben haben, dann hat die Hälfte der Arbeiterklasse und des Volkes nur formale demokratische Rechte. In diesem Fall kann die Energie der Frauen nicht für den Aufbau des Sozialismus und den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie mobilisiert werden.

Um die Unterdrückung der Frauen zu überwinden, müssen die Familie, die geschlechtsspezifische Teilung der Arbeit, das Privateigentum und der Markt beseitigt werden. Der Kampf der Frauen im Sozialismus ist darum mit dem Kampf für den Kommunismus verbunden. Es ist natürlich eine Pflicht der Kommunistischen Partei, den Kampf für die Befreiung der Frau zu führen.

Der Kampf gegen die Unterdrückung der Frauen in der AKP(m-l) selbst

Die AKP(m-l) ist selbst ein Teil der norwegischen Gesellschaft und wird von ihr beeinflusst. Deshalb werden Frauen in der AKP(m-l) wie in allen anderen Parteien und Organisationen unterdrückt. Es ist unmöglich, das völlig zu beenden, ohne die Gesellschaft zu verändern. Aber es ist unbedingt notwendig, diesen Kampf aufzunehmen, und das ist es, was die Frauen in der AKP(m-l) gemacht haben.

Die Unterdrückung in der Partei zeigt sich beispielsweise darin, daß es die Frauen sind, die den größten Teil der „unsichtbaren“ Organisationsarbeit machen, während die Männer die politische Linie entwickeln. Weiterhin reiben sich die Frauen mit dem größten Teil der Haus- und Familienarbeit auf.

Die politische und organisatorische Erfahrung der Frauen wird kaum zur Kenntnis genommen, und die Situation der Frauen in der Arbeiterklasse und als Teil des arbeitenden Volkes wird selten als „wichtige politische Frage“ behandelt. Diese Situation wird verschärft durch die Tatsache, daß nur wenige Frauen Führungsaufgaben übernommen haben. Das Ergebnis ist, daß Frauen in der Arbeiterklasse und den Bünsnissschichten nicht mobilisiert werden im Kampf gegen die Bourgeoisie.

Die Partei betont deshalb die Bedeutung der aktiven und besonderen Arbeit in der Frauenfrage, in erster Linie das Aufgreifen der Unterdrückung der Frauen in der Gesellschaft, aber auch dem Kampf gegen die Unterdrückung in der Partei muß Bedeutung beigemessen werden. Die Entschloßung, daß mindestens 50 Prozent der Mitglieder des Zentralkomitees Frauen sein sollen, wurde in der Abstimmung angenommen. Die Erfahrung zeigt bisher, daß es genug qualifizierte Frauen gibt, wenn man sie sucht.

Die Partei versucht auch, die Situation der Frauen als Teil ihrer politischen Linie auf verschiedenen Gebieten aufzugreifen — zum Beispiel im Hinblick auf die Gewerkschaften.

Die AKP(m-l) betrachtet den Kampf für die Befreiung der Frau weltweit als ein wichtiges revolutionäres Potential. Die Marxisten-Leninisten müssen diesen Kampf führen und dafür eintreten, daß er sich gegen die Bourgeoisie und den Imperialismus richtet und so eine Einheitsfront schaffen mit den unterdrückten Völkern und Nationen.

Gleichzeitig ist es notwendig, die Stellung der Frauenfrage in der Tradition des Marxismus-Leninismus kritisch zu betrachten.

Wir in der AKP(m-l) glauben, daß wir wichtige Schritte in diese Richtung unternommen haben.

Beiträge zur Programmdebatte (IV)

„Dschungelgesetze beseitigt, Wertproduktion aber bleibt“

Eine Stellungnahme des BWK

In den „Politischen Berichten“ 16/85 haben die Genossen des Bundes Westdeutscher Kommunisten eine Stellungnahme zum Programm-entwurf des ZK der KPD veröffentlicht. Wir geben diesen Artikel hier ungekürzt wieder und werden in einer der nächsten Ausgaben des RM eine Antwort darauf veröffentlichen.

Bei der Diskussion über den Programm-entwurf der KPD halten wir für richtig, in der sachlichen Probelmdurchdringung vorwärts zu kommen. Wir lehnen daher solche Versuche der Kritik ab, denen es nur darauf ankommt, die Verfasser auf den soeben erreichten Stand festzunageln. Weitere Klärung steht an. Anhaltspunkte dafür sind in dem Entwurf vorhanden.

Für entscheidend bei der Klärung der Programmatik bezeichnet H. D. K. (KPD) in dem Artikel „Wie weiter mit der Einheit der Sozialisten“ (Beilage 2/85): „Wir sind der Auffassung, daß der Kern der Einheit einer kommunistischen/revolutionär-sozialistischen Partei nur in der gemeinsamen sozialistischen Zielsetzung liegen kann. Die Darlegung der sozialistischen Auffassungen muß demnach eine zentrale Rolle in der Programmatik einnehmen. Ohne Kritik der Verhältnisse in den revisionistischen Ländern und ihre Charakterisierung als nicht-sozialistisch ist das unserer Meinung nach unmöglich.“ Lassen wir uns also darauf ein, die „sozialistische Zielsetzung“ in den Mittelpunkt unserer Betrachtung des Programm-entwurfs zu nehmen, und ebenfalls darauf, daß ohne ein Ansehen der Wirtschaften und der Staaten z. B. in Osteuropa eine Klärung des kommunistischen Programms in der BRD nicht möglich ist. Welche Ziele, welche Werte gibt die KPD in diesem Zusammenhang im Programm-entwurf an?

Zu Beginn des Programmabschnittes „Für die sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft“ setzt die KPD als Ziel: „Der Wunsch nach einem Leben in Wohlstand, ohne Angst um die eigene Existenz, ohne Angst um die Versorgung im Alter, mit der Gewißheit, daß die Zukunft der Kinder gesichert ist, ist in einem so reichen Land wie der BRD durchaus für alle Menschen zu verwirklichen. Wirtschaftskrisen sind vermeidbar, wenn die wirtschaftliche Entwicklung an der Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse orientiert ist. Dazu ist es allerdings erforderlich, daß die Wirtschaft grundlegend umgestaltet wird. Die kapitalistische ‚freie Marktwirtschaft‘ muß durch die sozialistische Planwirtschaft ersetzt werden.“

Gegen ein Leben in Wohlstand wird kaum jemand Einwände erheben: Wer hungert schon gerne? Als sozialistische Zielsetzung ausgegeben, stellt sich aber die Frage: Wie kommt der Wohlstand zum Menschen?

Die Antwort der Arbeiterklasse, die die politische Macht hat, muß heißen: gesetzliches Einkommen nur aus Arbeit. Alle arbeiten, dann hat jeder genug. Voraussetzung dabei ist, daß die Wirtschaft öffentliche Sache ist. Verboten werden muß, daß die Arbeitskraft privat angeeignet werden kann. Dieses Eigentum muß weg. Die Arbeitskraft darf nicht mehr als Ware gekauft und verkauft werden können. Damit ist der kapitalistischen Produk-

tionsweise, die Verwertung des Wertes ist, die Grundlage entzogen. Denn die Kapitalisten kaufen die Ware Arbeitskraft, weil diese mehr Wert produziert als den Wert der Waren, die zu ihrer eigenen Wiederherstellung nötig sind. Wert ist dabei bestimmt als Quantum der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit.

In dem angeführten Programmpassus ist die Abschaffung der Arbeitskraft als Ware nicht als Ziel bestimmt. Das dort Gesagte läuft auf das Gegenteil hinaus. Vermieden werden sollen Wirtschaftskrisen. Das Übel der Krise ist die Unsicherheit, d. h. der Preisverfall der Arbeitskraft unter Wert, verbunden mit teilweiser Unverkäuflichkeit. Der Grund der Krise ist die Konkurrenz der Einzelkapitale, ihr dschungelgesetzliches Gegeneinander: „Eine wirtschaftliche Entwicklung, in der Wirtschaftskrisen tatsächlich vermieden werden können, ist nur dann gewährleistet, wenn das wirtschaftliche Geschehen den Dschungelgesetzen des kapitalistischen Marktes entrissen und der bewußten Entscheidung der Menschen unterworfen wird.“ Die Aufhebung dieser Art der Konkurrenz soll durch den „einheitlichen Plan“ geschehen. Die Zielbestimmung des Sozialismus für die Arbeiter ist in dieser Sichtweise die Entgeltung ihrer Arbeitsleistung nach Wert. Für die Wirtschaft insgesamt wird so die einfache Reproduktion bei Ausgleich für die Individuen als Ziel bestimmt. Damit ist aber auch gesagt: Obwohl die sozialistische Revolution die Fesselung der Produktivkräfte durch die derzeitigen Produktionsverhältnisse beseitigt, bleibt der Stand der Produktivkräfte gleich. Daß und wie die Arbeiterklasse sich befreien und die Produktivkräfte der Individuen entfalten kann, ist auf dem angegebenen Weg nicht erklärbar.

Ein Fehler von großer Tragweite ist, daß die Verfasser des Programm-entwurfs der KPD die kapitalistische Produktionsweise nicht als Wertproduktion fassen. Daher können sie bestimmte Bewegungsgesetze des Kapitals nicht erkennen und notwendige Schritte für die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse nicht bestimmen.

Die Verfasser schreiben von den „Dschungelgesetzen des kapitalistischen Marktes“, die das wirtschaftliche Geschehen bestimmen und denen die Wirtschaft entrissen werden müßte. „Dschungelgesetze“ treffen auf verschiedene Gesellschaften, in denen Konkurrenz herrscht, zu. Die Behauptung „der Mensch ist des Menschen Wolf“ ist alt. Solange Klassenherrschaften existieren, konkurrieren die Ausbeuter um die Resultate der Ausbeutung und trachten danach, alles, auch ihre Mitbeute, zu unterwerfen. Mit dem Wort „Dschungelgesetz“ deuten die Verfasser an, daß die kapitalistische Produktionsweise von der privaten Willkür der Kapitalisten beherrscht sei. Das regellose Gegeneinander der Kapitalisten präge die wirtschaftliche Entwick-

lung, wogegen der einheitliche Plan helfe. Die Kapitalisten sind aber Gesetzen unterworfen, die naturgesetzlich die Gesellschaft bestimmen. Marx spricht in seiner Kritik der politischen Ökonomie von „Naturgesetzen der kapitalistischen Produktion. Es handelt sich um diese Gesetze selbst, um diese mit eherner Notwendigkeit wirkenden und sich durchsetzenden Tendenzen.“ Marx stellt fest, daß im Kapitalismus die Privatarbeiten „fortwährend auf ihr gesellschaftlich proportionelles Maß reduziert werden, weil sich in den zufälligen und stets schwankenden Austauschverhältnissen ihrer Produkte die zu deren Produktion gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit als regelndes Naturgesetz gewaltsam durchsetzt, wie etwa das Gesetz der Schwerkraft, wenn einem das Haus über dem Kopf zusammenpurzelt“. Er analysiert: „Der Wert einer Ware ist bestimmt durch das in ihr enthaltene Gesamtarbeitsquantum. Aber ein Teil dieses Arbeitsquantums ist in einem Wert vergegenständlicht, wofür in Form des Arbeitslohns ein Äquivalent bezahlt, ein Teil jedoch in einem Wert, wofür kein Äquivalent bezahlt worden ist. Ein Teil der in der Ware enthaltenen Arbeit ist bezahlte Arbeit; ein Teil ist unbezahlte Arbeit.“ „Der Wert der Arbeitskraft“ ist bestimmt „durch den Wert der Lebensmittel, die zur Produktion, Entwicklung, Erhaltung und Verewigung der Arbeitskraft erheischt sind.“ Zu den Konkurrenzgesetzen hält er fest: „Das Gesetz der Wertbestimmung durch die Arbeitszeit ... treibt ... seinen (kapitalistischen) Mitbewerber als Zwangsgesetz der Konkurrenz zur Einführung der neuen Produktionsweise.“ Das Kapital will die geschaffenen riesigen Gesellschaftskräfte messen an der Arbeitszeit und sie in diese Grenze einbannen, um den so geschaffenen Wert als Wert zu erhalten.

Warum unsere Betonung, daß statt Dschungelgesetzen das Zwangsgesetz der Wertbestimmung die Bewegungen des Kapitals diktiert? Mit Bestimmungen wie „Dschungelgesetz“ ist für den Leser des Programm-entwurfs nahegelegt, daß objektive Gesetze, die hinter dem Rücken der Kapitalisten wirken, nicht existieren. Eine historisch-materialistische Analyse objektiver Gesetze des Kapitals wäre damit abgetan. In der Betrachtung der Programmverfasser kann das herrschende Wertgesetz dann nur noch eine „rein gedankliche Konstruktion“ (E. Bernstein) sein. Und zur Beseitigung des Kapitalismus, seiner objektiven Bedingungen und Gesetzmäßigkeiten reichte dann tatsächlich nur eine „einheitliche Planung“, die diesem chaotischen, raubtierhaften willkürlichen Gegeneinander der Ausbeuter ein Ende setzte. In Wirklichkeit wäre so eine Krisenfreiheit der Wirtschaft nicht gesichert. Die Wertkrisen drückten sich dann in Planungsänderungen aus.

Wohin die KPD in ihrem Programm-entwurf weitergehen möchte, zur Beseitigung der Ausbeutung der Arbeiterklasse, bliebe bei dieser sozialistischen Zielsetzung Utopie, der Weg zur Aufhebung der Ausbeutung und zur geschichtlichen

Emanzipation der Arbeiterklasse und der ganzen Gesellschaft unverstanden.

Zusammengefaßt: Ebenso wenig wie die kapitalistischen Krisen die Abhängigkeit der Ware Arbeitskraft, die frei ist von Produktions- und Reproduktionsmitteln, erklären und begründen, sondern nur verstärken, ebenso wenig wird im Sozialismus der Arbeiterklasse die Beseitigung der Ausbeutung gelingen ohne die Abschaffung der Ware Arbeitskraft und der darauf beruhenden Wertproduktion.

Mit der Feststellung, daß die Arbeitskraft als Ware abgeschafft werden muß, muß in einem kommunistischen Programm auch richtig gefordert werden: sofortiges Verbot der Akkordarbeit! Und nicht nur „schnellstmögliche Abschaffung“ wie im Programm-entwurf. Der Akkord ist das krasseste Beispiel für die Wertprinzipregelung. Im Akkord zerstückeln die Taktzeiten die jeweiligen Äußerungen des Lebens als Wertteile. Die Äußerungen des Lebens nehmen Wertgestalt an, werden unter wertlichen Gesichtspunkten betrachtet und interessieren nur noch als Maß für Reproduktionsmittel. Das ist Entfremdung in direktester Form.

Richtig ist in dem Programm-entwurf der Hinweis auf den Widerspruch von Hand- und Kopfarbeit. Wenn der Wunsch nach seiner Beseitigung richtig ist, dann sollten auch ein paar Mittel genannt werden, die man sofort ergreifen kann: Einheitsschule, Recht auf Bildung lebenslang, dabei Bevorzugung aller Handarbeiter. Nicht nur der Wunsch nach Beseitigung der Akkordarbeit und des Gegensatzes von Hand- und Kopfarbeit sollte im Programm ausgedrückt werden, sondern auch politische Mittel aufgezeigt werden, damit klar wird, was die politische Macht der Arbeiterklasse bewirken soll.

Als Bedingung für den Aufbau des Sozialismus gibt der Programm-entwurf an: „Die Enteig-

nung der Kapitalisten, die Verstaatlichung der wesentlichen Produktionsmittel und großen Wirtschaftsunternehmen, die einheitliche Planung der Wirtschaft sind notwendige Voraussetzungen und erste Schritte, damit die Wirtschaft den gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechend gestaltet werden kann.“ Dann stellen die Verfasser des Entwurfs richtig fest: „Aber dadurch werden noch nicht unbedingt Verhältnisse geschaffen, in denen die Ausbeutung der Arbeiterklasse beseitigt ist.“ Wie aber wird das Mehrprodukt verteilt, wie kommt es zum Ausbeuter? Nur über die Lohnform. Die Verfasser des Entwurfs gehen — ohne darauf hinzuweisen — von dem Fortbestehen der Lohnform im Sozialismus aus, denn sie fordern ausdrücklich das Streikrecht im Sozialismus, was aber nur einen Sinn gibt, wenn ein Markt für die Ware Arbeitskraft vorhanden ist. Sie greifen das Fortexistieren der Wertproduktion aber nicht als ein Problem der Übergangsgesellschaft zum Kommunismus auf. Sie weisen zwar warnend darauf hin, daß in der DDR und der Sowjetunion „eine kleine Minderheit die Wirtschaft kontrollieren und die Arbeiterklasse ausbeuten“ kann. Dieser Begriff von der „Minderheit“ ist eine Verharmlosung. Damit wird die Idee tradiert von den schon immer in der Geschichte der Menschheit wirkenden schlauren Bestien, die etwas usurpieren. Was usurpieren sie, und wie bildet sich diese „Minderheit“? Tatsächlich auf der Hand liegt: Solange die Lohnform existiert, wird über die Lohnform Mehrwert angeeignet. Die Verteilung des Mehrwerts wird in der Lohnform vorgenommen. Bei Aufrechterhaltung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit bilden sich Klassen und Herrschaft über Klassen.

Wie wir sahen, richteten die Verfasser des Programm-entwurfs die „einheitliche Planung“ gegen einen falsch bestimmten Grund der Krisen, das dschungelartige Gegeneinander der Kapitalisten. Wie soll aber die tatsächliche Emanzipation der Arbeiterklasse geschehen, wenn der Grund der Abhängigkeit im Dunkeln bleibt und daher fortexistiert?

Quellenhinweis: Programm-entwurf der KPD, Beilage 2/85; Karl Marx, Lohn, Preis und Profit; ders., Kapital, Band I; Eduard Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Nachdruck der 2. Auflage 1921. Dietz Verlag, Bonn, 1977 — (gba)



RM

Verlag

Bestellungen an: RM-Verlag,
Postfach 300526,
4600 Dortmund 30

Das RM-Taschenbuch über
Wirtschaftskrise, Wendepolitik
und Widerstand **Das
Krisenbuch** von H. Siemon und
D. Schneider herausgege-
ben, befaßt sich unter anderem
mit der Entwicklung der
Krisenbranchen Stahl, Kohle
und Schiffbau. Dokumen-
tiert beispielhaften Wider-
stand: Die HDW-Besetzung
und erläutert Ursachen und
Perspektiven der Weltwirt-
schaftskrise

333 Seiten DM 14,80

+ Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief

Zur Krise

Werte Genossen und Genossinnen, im „Roten Morgen“ Nr. 26 VOM 28. Juni 1985 sind auf den Seiten 6 und 7 zwei Artikel der KPD und der MLPD publiziert worden als Beitrag, Entstehung und Begriff der Krise zu erklären. Gestattet ihr mir, daß ich mich in einem Leserbrief kurz äußere?

Die Krise — was sie ist und was sie nicht ist

Im „Roten Morgen“ Nr. 26/85 ist durch zwei Artikel der KPD und der MLPD der Versuch sichtbar, zu definieren, was Krise sei und wodurch sie entstünde. Man untersucht meines Erachtens nebensächliche Fakten, wenn man lediglich Warenproduktion und Konsumation einander gegenüberstellt, weil man dadurch lediglich feststellen kann, daß es entweder zu viele unverkäufliche Waren gibt oder — im andern Extrem — zu wenige. Gestattet mir, einen anderen Gedankengang zu beschreiben, um die Frage „Was ist Krise“ beantworten zu können.

Im Kapitalismus ist es eine Regel ohne Ausnahme, daß die Kapitalisten für geleistete Arbeitskraft möglichst wenig, am liebsten nichts bezahlen. Dies kommt sichtbar zum Vorschein auch während Arbeitslosigkeit und Lohnkürzungen. Dadurch, daß uns die Kapitalisten den Lohn kürzen, respektive nicht den Preiserhöhungen anpassen, können wir immer mehr Waren un verkauft in den Lagern, Depots und Läden herumliegen. Lohnkürzungen bringt die Lohnabhängigen in Krise, aber noch nicht zwingend die Kapitalisten, sofern sie durch ihren angehäuften Reichtum verkraften können, eine bestimmte Menge Waren nicht zu verkaufen. Wenn die Nachfrage des Volkes nicht befriedigt werden kann, gerät es materiell in eine Krise, während die Kapitalisten insgesamt von diesem Umstand nicht betroffen werden. Das ist die eine Seite des Mißverhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage, zwischen Warenbesitzern und Warenkäufern.

Die andere Seite des Mißverhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage ist die grundlegende: das Angebot an Produktionsgütern, Waren also. Halten wir noch einmal fest: es sind bereits zu viele Waren vorhanden, aber sie können je länger desto mehr nicht mehr gekauft werden, obwohl die Nachfrage vorhanden wäre. Das Volk und in erster Linie die Arbeiterklasse gerät also in Krise, wenn es die benötigten Waren nicht mehr angeboten erhält, oder wenn es das erforderliche Geld nicht besitzt.

Was ist nun die Wirtschaftskrise? Zuerst einmal: dieser Begriff ist grundsätzlich falsch, denn die Wirtschaft befindet sich nicht in Krise. Wenn man die Kapitalistenklasse insgesamt betrachtet, wird man feststellen, daß ein Teil der Kapitalisten Erfolge zu verzeichnen hat, ein anderer Teil stagniert und nicht vom Fleck kommt, während ein dritter Teil in finanzielle Schwierigkeiten gerät und früher oder später den Konkurs anmelden wird. Dieser Teil der Kapitalisten ist in Krise, während der stagnierende Teil in Panik gerät, ebenfalls untergehen zu müssen. Wenn man genau hinschaut, was die großen und Monopolkapitalisten propagieren, vertreten und ins Auge fassen, dann ist von Angst, Bankrott und Konkurs nichts zu hören. Eingangs habe ich erwähnt, in welcher Situation sich das Volk in finanzieller und materieller Krise befindet. Vorhin habe ich angeführt, daß es eine Wirtschaftskrise nicht gibt, sondern nur eine Krise bei den kleinen und mittleren Unternehmen. Die Frage wäre nun die: geraten diese Kapitalisten in Schwierigkeiten, weil sie dem Volk nichts mehr verkaufen können, oder weil sie keine Waren mehr auf dem Markt bringen können? Ich meine, sie können dem Volk nichts mehr verkaufen oder immerhin zusehends weniger. Und warum dies? Betrachten wir einmal den Markt, vergleichbar einem Wochenmarkt in einem beliebigen Stadtteil. Auf den Markt werden Waren gebracht, weil sie verkauft werden sollen und weil die Warenbesitzer hoffen, Käufer zu finden. Manchmal, aber nur manchmal, trifft es zu, daß alle Waren zum gleichen Preis zu haben sind. Aber sehr oft trifft es zu, daß der eine Warenbesitzer seine Waren billiger anbietet als der andere. Was geschieht, wenn eine bestimmte Ware an einem Ort weniger kostet als am andern, ist allgemein bekannt. Das Re-

sultat wird sein, daß derjenige Warenbesitzer seine Waren nicht verkaufen konnte, der zu hohe Preise anschiebte. Er wird sie nach Hause nehmen müssen, sofern er keine Käufer findet, die auch einen höheren Preis zu zahlen gewillt sind. Wenn ihm dies zu oft passiert, wird er in eine Krise geraten und dann auf dem Markt nicht mehr anzutreffen sein. Die Frage ist nun noch die, warum die Waren nicht verkauft werden, obwohl eine Nachfrage besteht. Oben habe ich gesagt, daß das Volk keine Waren kauft, wenn es kein Geld hat, jetzt kommt noch hinzu, daß das Volk die Waren nicht kauft, wenn sie verglichen mit dem Einkommen zu teuer sind. Man braucht das nicht zu präzisieren, denn den Superdiscount zieht man auch der tiefen Preise wegen dem kleinen Quartierladen vor.

Hinzu kommt nun auch die Frage, warum der eine Warenbesitzer seine Waren billiger verkauft als der andere. Wohlverstanden, zu den Waren werden hier alle Artikel vom Brot übers Auto bis hin zum Erdöl gerechnet. Warum also Preisdifferenz? Nun, jetzt müßte ich auch Marx zitieren aus dem Text „Lohn, Preis, Profit“. Aber wenn man von der heute bestehenden Krise spricht, dann wird man dies nicht tun können, ohne den dominierenden Faktor im Kapitalismus einzubeziehen. Dieser dominierende Faktor ist erwiesenermaßen der Monopolkapitalismus, der nicht nur den Sozialismus aus der Welt schaffen will, sondern auch die Konkurrenten auf dem lokalen, nationalen und internationalen Markt. Wie er dies tut, ist täglich festzustellen anhand z. B. seiner Preispolitik. Die großen und monopolistischen Kapitalisten liefern je nach Bedarf billiger als die Konkurrenz. Nicht, um den Warenverkäufern einen Dienst zu erweisen oder einen Gefallen zu tun, sondern um die Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. Was ist die Folge von Preissenkungen? Natürlich erhöhter Absatz. Diese Warenhausbesitzer z. B. stecken in keiner Krise, obwohl sie gelegentlich Preise anschreiben, die nicht mehr nach Profit riechen.

Fazit dieser Kurzfassung: das Volk gerät durch Lohnkürzungen und Einkommensverlust durch Arbeitslosigkeit immer tiefer in eine finanzielle Krise, verarmt. Übrigens: die Verelendungstheorie von Marx stimmt immer noch. Zweitens: die großen und Monopolkapitalisten machen keine Krise durch, sondern prosperieren, expandieren und akkumulieren was das Zeug hält. Drittens: die kleinen und mittleren Kapitalisten erliegen der Konkurrenz der großen, geraten in Krise und gehen Bankrott. Interessant an diesem dritten Vorgang ist, daß die bankrotten Kleinunternehmer in ihrer Mehrheit zu Lohnabhängigen werden, vielleicht Chef, Abteilungsleiter, Techniker oder sonstwas. Die Gedankenreihe ginge hier weiter mit dem Anwachsen der Arbeiterklasse und der proportionalen Abnahme der Kapitalistenklasse, aber dies war nicht Gegenstand in den Artikeln des „Roten Morgen“. Wenn man festgestellt hat, daß die Krise durch Überproduktion entsteht, dann sollte man auch bei der MLPD die Frage zu beantworten versuchen, warum Überproduktion, wegen wem Überproduktion und bei wem Überproduktion? Die Antwort würde darauf schließen lassen, daß die Krise nicht alle gleichmäßig trifft, mehr noch, daß einige davon ganz dick profitieren. B.S., Biel

Staatspolizei

Betrifft: Artikel „Über ‚Amtshilfe‘ zur Staatspolizei“ im RM 27/28 Dem Artikelschreiber ist zuzustimmen, daß „das Wesentliche eine Veränderung (...) in Richtung auf Einführung einer Staatspolizei und faktisch auf einen riesigen Geheimdienst, der allmächtig im Hintergrund waltet“, ist. Da jedoch der Begriff der Staatspolizei nicht geklärt ist, bleibt dem Leser unklar, was hier tatsächlich vor sich geht. Hiermit soll einiges zur Begriffsbildung beigetragen werden:

1. Eine Staatspolizei (= politische Polizei oder Geheimpolizei), wie sie erstmals im Polizeistaat des Absolutismus hervortrat, ist derjenige Teil der Sicherheitspolizei, der dem Schutz des Staates gegen staatsfeindliche (oder — wie es nach dem Motto: „Haltet den Dieb!“ bei uns genannt wird — „verfassungsfeindliche“) Bestrebungen dient. Ihre Aufgabe besteht in der Überwachung von Ver-

einigungen, Versammlungen und Veröffentlichungen sowie in der Vorbeugung gegen mögliche Unruhen. Diese Tätigkeit hat einerseits nachrichtendienstlichen, andererseits vollzugsdienstlichen (= exekutiven) Charakter.

2. Laut Verfassung der BRD sind diese beiden Tätigkeitsbereiche organisatorisch voneinander getrennt. Dies ist eine Konsequenz aus der Erfahrung mit der Geheimen Staatspolizei im NS-Staat. Dort war die Geheime Staatspolizei organisatorisch unabhängig von der allgemeinen Polizei und zentral zusammengefasst im Geheimen Staatspolizeiamt (seit 1939 Am IV des Reichssicherheitshauptamtes). Das allgemeine Polizeirecht wurde auf sie nicht angewandt. Folglich unterlagen ihre Maßnahmen auch nicht einer Kontrolle durch die Justiz (Verwaltungsgerichtsbarkeit), was dazu beitrug, daß ihre Machtbefugnisse praktisch unbeschränkt waren. Dem Geheimen Staatspolizeiamt unterstand auch der Inspekteur der Konzentrationslager. Beim Nürnberger Prozeß war die Geheime Staatspolizei zur „verbrecherischen Organisation“ erklärt worden, wobei als wesentlich die schrankenlose Machtbefugnis herausgestellt wurde. Eine solche Verquickung von nachrichtendienstlichen und vollzugsdienstlichen Tätigkeiten sollte in der BRD nicht mehr möglich sein.

3. Bei der Diskussion um den Undercover-Agenten wird von dessen Befürwortern gern die verharmlosende Bezeichnung „verdeckt ermittelnde Beamter“ benutzt. Verdeckt ermittelnde Beamte sind aber alle Beamten der nicht-uniformierten Kriminalpolizei. Die Kriminalpolizei hat die Aufgabe, begangene Straftaten aufzuklären und beabsichtigte Straftaten zu verhindern. Sie hat das Recht auf „ersten Zugriff“, muß aber der Staatsanwaltschaft Rechenschaft ablegen. Oberste Behörden sind die jeweiligen Landeskriminalämter, deren oberster Dienstherr der jeweilige Landesinnenminister ist und die auf Bundesebene im Rahmen des Bundeskriminalamtes zusammenarbeiten, das dem Bundesinnenminister untersteht. Die Staatsanwaltschaft, die letztlich immer „Herr des Ermittlungsverfahrens“ ist, ist als eine von der Kriminalpolizei unabhängige Behörde konzipiert. Staatsanwälte sind als Beamte der Staatsanwaltschaft Vertreter der Anklage bei den Gerichten, haben aber keine richterliche Befugnis. Sie haben von Amts wegen zu ermitteln, wenn der Verdacht einer strafbaren Handlung vorliegt, und bedienen sich dabei der Polizei. Diese darf im Regelfall nur tätig werden auf Weisung durch die Staatsanwaltschaft. Nur zur Gefahrenabwehr darf die Polizei ohne eine solche Ermächtigung handeln, bedarf jedoch nachher der Legalisierung ihres Tuns durch die Staatsanwaltschaft. Da diese zur Justizverwaltung gehört, ist ihr oberster Dienstherr der jeweilige Landesjustizminister — bzw. für die Staatsanwaltschaften auf den obersten Bundesgerichten und für den Generalbundesanwalt der Bundesjustizminister.

Verdeckt ermittelnde Beamte sind auch die Beamten des Verfassungsschutzes. Bisher ist laut Gesetz die Verfassungsschutz-Tätigkeit als nachrichtendienstliche Tätigkeit außerhalb des polizeilichen Vollzugsdienstes organisiert. Zusammengefaßt wird sie in den Landesverfassungsschutzämtern und im Bundesamt für Verfassungsschutz, das dem Bundesinnenminister untersteht. Die Verfassungsschutzbeamten haben keine Exekutivbefugnis. Tätigkeiten, bei denen z. B. in Privatwohnungen Abhörgeräte installiert werden, bedürften somit einer Sondererlaubnis seitens der Justiz. Andernfalls sind sie illegal und unterliegen daher dem Risiko des Beamten, erwischt zu werden. Dieses Risiko soll mit dem Aufbau einer Staatspolizei beseitigt werden.

4. Der Undercover-Agent ist ein Beamter, der sowohl nachrichtendienstlich als auch vollzugsdienstlich tätig werden kann. Er soll jedoch in seiner Tätigkeit der Kontrolle durch die Staatsanwaltschaft entzogen werden, denn seine Identität soll möglichst getarnt bleiben und daher nur seinem unmittelbaren Vorgesetzten bekannt sein, da er möglichst risikolos in ein kriminelles (oder staatsfeindliches) Milieu eingeschleust werden und dort „angepaßt“ handeln können soll. Dies schließt auch Handlungen ein, die normalerweise strafbar sind und mit deren Hilfe er sich inner-

halb des Milieus eine Vertrauensposition aufbauen können soll. Begründet wird ein solches Vorhaben (das unter der Hand längst praktiziert wird) mit dem Überhandnehmen des „organisierten Verbrechertums“, dem man anders nicht beikommen könne. (Gleiches gilt natürlich für die Tätigkeit gegen staatsfeindliche Bestrebungen, wobei Generalvollmachten gern mit Hinweis auf Terrorismus abgesegnet werden.) Aus Motiven der „Kostenersparnis“ (um nicht zu viel Zeit mit der Ermittlungstätigkeit zu verplempern) (oder auch, um Rechtfertigungen für Generalvollmachten zu finden) kann ein solcher Undercover-Agent als „Agent provocateur“ tätig werden und bei den Verdächtigen solche Handlungen provozieren, die ihm dann den Zugriff auf sie als Überführte ermöglichen. Seine eigenen Aufstiegschancen hängen dabei — wie überall bei Fahndungsbehörden — von der entsprechenden Erfolgsquote ab. Der Polizeigesetz-Musterentwurf sieht vor, daß solche Undercover-Agenten bei ihrer Ermittlungstätigkeit nicht nur faktisch, sondern auch von Gesetzes wegen weitgehend freie Hand haben sollen. Zugleich soll ihnen ein möglichst ungehinderter Zugriff auf alle möglichen Datensammlungen eröffnet werden. Damit wären wir wieder bei der Verquickung von nachrichtendienstlicher und vollzugsdienstlicher Aufgabenstellung, wie sie das Wesen einer Staatspolizei ausmacht. Die Fäden zusammenlaufen würden dabei im Bundesinnenministerium. K. D., Dortmund

MLPD-Briefe

Liebe MLPD-Genossen/innen, verarscht ihr euch eigentlich gerne selber?

Da schreibt ihr Propagandabriefe im „Roten Morgen“ und seid noch Mords darauf gespannt, ob sie auch abgedruckt werden. Seid doch bitte mal objektiv und schaut euch eure eigenen Publikationen genau an.

Berichte in der „Roten Fahne“ sind meistens inhaltslos und irgendwie zusammengeschustert. In der „Roten Fahne“ 23/1985 z. B. schreibt ihr über die Landmannschaften, vergleicht das doch bitte mal mit dem Artikel im „Roten Morgen“ vom 14. Juni Seite 12. Also, wenn euch da kein Kronleuchter über die richtige Berichterstattung aufgeht; oder eure neueste Jugendzeitschrift „Rebell“, das ist ja nur noch hart. Da schreibt ihr von der rassistischen Apartheidspolitik, z. B. Zitat: „Im Betrieb haben die Weißen Vorrechte auf bestimmte Arbeiten. Auch im übrigen Leben wird ganz üble Rassendiskriminierung betrieben, am Beispiel Homelands.“ Was für Vorrechte? Was für Homelands? Da geht ihr gar nicht drauf ein. Das ist dann ein Bericht über die Apartheidspolitik, wie er in der Bildzeitung zu finden wäre. Große Überschrift kein Text.

Das ist doch die totale Verarschung von Jugendlichen, da kann ich nur hoffen, daß ihr nicht allzuviel Jugendliche in Eurem RJVD organisieren könnt.

Um eines möchte ich euch inständig bitten, falls ihr nochmal auf die Idee

kommen solltet die KPD hätte undemokratische Tendenzen, kehrt erst mal vor eurer eigenen Tür. Stutzig werde ich ja immer, wenn ich sehe, daß MLPD-Genossen/innen gezwungen werden, die Leserbriefspalte vom „Roten Morgen“ zu benutzen, weil die eigene „ach so demokratische Partei“ keine in ihrem Parteiorgan hat.

Zu dem Leserbrief „Neueste Bankrotterklärung“. Lieber Genosse/in, du schreibst zu den Wahlplakaten der KPD einen wirklichen Mist. Du schreibst zu dem ersten Wahlplakat „Arbeit für alle“, Vollbeschäftigung gibt's im Kapitalismus nicht, das sagt auch die KPD. Da brauchen wir niemanden der uns das noch vorkaut, blind sind wir nicht. Die KPD fordert „Arbeit für alle“, ihr fordert „Widerstand gegen die Massenarbeitslosigkeit“, das ist doch das gleiche.

Was macht ihr denn, wenn ihr den Widerstand erreicht habt, gleich Revolution oder was?

Das ist doch illusorisch, ihr müßt dann doch auch im Kapitalismus für Verbesserungen des Arbeiters kämpfen. Aber solange ich bei Zellsitzungen der MLPD von Genossen noch höre, daß die Unterstützung des 35-Stunden-Arbeitskampfes den Kapitalismus am Leben hält, weil es dann dem Arbeiter besser geht und er nicht kämpfen würde, seid ihr für mich noch beim Lernen im Vorschulalter.

Zu dem sehr kritischen Genossen Franz, dessen Leserbriefstil ich übernommen habe. Lieber Genosse Franz, du schreibst, daß du aus der KPD ausgetreten bist, weil du ihren Weg nach rechts nicht mitgehen wolltest. Findest du es eigentlich gut, gleich aus einer Organisation auszutreten, wenn dir etwas stinkt? Normalerweise unterwandern Kommunisten, um dadurch etwas zu bewegen. Hoffentlich verstehst du das auch richtig. Zu dem Weg der KPD, wenn du schon in der MLPD bist, solltest du dich auch erkundigen, wie es ihr ergangen ist zu Zeiten des KABD.

Irgendwo muß ich dich aber doch bewundern, du trittst aus der KPD aus und in die MLPD ein, welcher Instinkt, hast aber trotzdem noch kritische Solidarität für die KPD. Wie machst du denn das? Das könntest du mir ja mal schreiben. Meine Adresse teilt dir sicherlich die Redaktion mit.

Zum Abschluß möchte ich mich noch bei den vernünftigen MLPD-Genossen/innen für meinen Anmach-Leserbrief entschuldigen, aber ihr müßt eben auch mal erfahren, wie das ist, wenn man solche Leserbriefe liest, die einen selbst betreffen.

T. aus Ravensburg/Weingarten

Abbestellung

Wir können alle diese langweilige, schlecht recherchierte Zeitung nicht mehr lesen!

Bei keiner Frage wird auch nur der Zipfel eines kommunistischen Standpunktes sichtbar. Aber klar, wie sollte eine Parteiführung, die den M-L über Bord wirft, in der Lage sein, eine kommunistische Zeitung zu machen.

Also haben alle Genossen der Hafenzelle in Bremen beschlossen, den RM abzubestellen.

Abonniert die Wochenzeitung der KPD

- Hiermit bestelle ich: Abonnement(s) ... ab Nr. ...
- ☐ jährlich 60 DM
- ☐ halbjährlich 30 DM
- ☐ Ich bin arbeitslos / Schüler / Student und zahle nur den halben Preis. Bescheinigung liegt bei.
- ☐ Ich lege Post/Bankscheck bei über DM
- ☐ Ich habe den Betrag von DM an den Verlag überwiesen
- ☐ Ich bitte um Vorausrechnung

Name Vorname

Straße

PLZ/Ort

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.
Bankverbindungen: Stadtparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321 000 290
(Bankleitzahl 440 50 199) Postscheckkonto Dortmund 79 600 - 461

Gericht bestätigt Hitlers Lieblingsfilmerin:

„Von nichts gewußt ...“

Kürzlich ging in Freiburg ein Prozeß zu Ende. Die Nazi-Filmmacherin Leni Riefenstahl hatte die Filmmacherin Nina Gladitz verklagt. Nina Gladitz hatte in dem Dokumentarfilm „Zeit des Schweigens und der Dunkelheit“ aufgrund von Recherchen und den Aussagen von Zeitgenossen nachgewiesen, daß für den Film „Tiefland“ in den Jahren 1940/41 Zigeuner aus einem Lager in Österreich von der Riefenstahl nach Rassenmerkmalen ausgesucht, zu den Dreharbeiten als Statisten zwangsverpflichtet und nicht entlohnt wurden. In all den Punkten bekam Nina Gladitz recht — der Versuch der Leni Riefenstahl, diese Aussagen zu verbieten, scheiterte.

In einem Punkt kam Leni Riefenstahl mit ihrer Unterlassungsklage durch. Und das ist ein wichtiger Punkt. Die Freiburger Filmmacherin Nina Gladitz darf nicht mehr behaupten, daß Leni Riefenstahl die für ihren Film als Komparsen herangezogenen Zigeuner nach den Dreharbeiten entgegen anders lautenden Versprechungen und im Wissen um die bevorstehende Ermordung im KZ Auschwitz ihrem Schicksal überlassen habe. — Das darf Nina Gladitz nicht weiter behaupten —, weil das Gericht nämlich feststellte, daß Leni Riefenstahl von nichts gewußt habe.

Nun wollen wir gar nicht darüber spekulieren, wieviel Hitlers Lieblingsfilmerin, die Freundin der „Großen des Reiches“ von irgendwas gewußt hat. Die meisten der damals zwangsverpflichteten Zigeuner sind tot — in



Leni Riefenstahl mit ihren Gönnern, Förderern und Freunden Goebbels (links) und Hitler (rechts). Sie hat von nichts gewußt ...

Auschwitz ermordet worden. Nur eine Aussage wollen wir zitieren, die den ganzen Skandal dieses Richterspruchs deutlich macht. Einige Zeugen hatten behauptet, aus ihrer Angst vor einer drohenden „Überstellung“ nach Auschwitz hätten sie Leni Riefenstahl um Hilfe gebeten. Diese sei auch zugesagt worden. Riefenstahl bestritt alles. Weil sie gar nichts von Auschwitz gewußt habe, hätte sie auch keine Zusagen machen können usw.

Ein ehemaliger Häftling aus Auschwitz, der Angehörige im Lager Maxglan hatte, wo die Zigeuner interniert waren, sagte zusätzlich dann aus, was

Häftlinge ihm erzählt hatten, die aus Maxglan kamen. „Ich sprach meine Tante, die aus Maxglan kam, als sie in Auschwitz eintraf, und fragte sie nach meiner Mutter, mit der sie in Maxglan zusammen gewesen war. Sie sagte mir, die Mutter käme woanders hin, Frau Riefenstahl werde sie befreien. Auch uns würde sie hier herausholen. Ich habe daran nicht geglaubt. Meine Tante war fest davon überzeugt.“ „Ist ihre Tante auch befreit worden?“ fragt der Vorsitzende. „Meine Tante ist in Auschwitz-Birkenau umgekommen“, antwortete der Zeuge.

Das Gericht überprüfte die Frage, ob in dem Film

„Zeit des Schweigens und der Dunkelheit“ überlebende „Statisten“ und „Komparsen“ des Films „Tiefland“ Behauptungen aufgestellt haben, die geeignet sind, Leni Riefenstahl empfindlich in ihrer Ehre zu verletzen. Und das Gericht bejaht das in der Frage, ob Leni Riefenstahl irgendwelche Kenntnisse vom Schicksal der Zigeuner nach den Dreharbeiten gehabt haben könnte: sie hat von nichts gewußt. Weil es eben so sein muß: Der Deutsche hat nichts von allem gewußt — sonst müßte ja die ganze Geschichte umgeschrieben werden und über die Ehre der Nazi-Filmerin schlechthin müßte auch anders verhandelt werden.

Über Leni Riefenstahl — aus:

Ulrich Gregor/Enno Patalas: Geschichte des Films

Nur auf einem Gebiet entwickelte der deutsche Film unterm Nazismus seine Vorbilder aus der Republik auch formal weiter: in den Dokumentarfilmen der Leni Riefenstahl. Als siebzehnjährige Tänzerin wurde Leni Riefenstahl (geb. 1907) von Arnold Fanck „entdeckt“ und für seine Bergfilme als Darstellerin verpflichtet. Sie trat in mehreren Filmen auf, bis sie in *Das blaue Licht* (1932) zum erstenmal selbst Regie führte. Eine auf wenige Situationen reduzierte Handlung voll Gefühl und Fatum bildete den Vorwand, die Bergwelt der Dolomiten in ein mystisches Zwielficht zu tauchen, zu dessen Erzeugung sie alle erdenklichen fotografischen Feinheiten aufbot.

Ihre vielberedete Bekanntheit mit Hitler und dessen Wertschätzung ihres Talents brachten Leni Riefenstahl dann die Aufträge zu mehreren offiziellen Dokumentarfilmen ein. *Sieg des Glaubens* (1933), ein Kurzfilm über den Parteitag von 1933, stellt eine Vorstudie zum *Triumph des Willens* (1935) dar, dem langen Film über den Parteitag von 1934. Mit allen Vollmachten ausgestattet und unterstützt von einem vielköpfigen Kamerasteam, filmte sie die Manifestation in Nürnberg. Der Prolog erinnert an die Bergfilme von Fanck: Durch ein Panorama mit Wolken nähert sich das Flugzeug mit Hitler, als steige dieser

unmittelbar aus jenseitigen Gefilden zur Erde herab, die der Erlösung durch ihn harret. In starren, symmetrischen Einstellungen erfaßt die Kamera dann die Ornamente der in gewaltigen Blöcken angetretenen Formationen. In Aufwärtsfahrten an Fahnenmasten empor unterstreicht sie die monumentalen Ausmaße des Paradeplatzes. Fahrten an den Angetretenen entlang betonen die strenge Ordnung. Als übermächtiger Gestalter dieser Ordnung erscheint der „Führer“. Einsam durchschreitet er die breite leere Bahn zwischen den Marschblöcken. Haushoch steht er über ihnen auf dem Rednerpult. Der Inhalt wird hier zur

bloßen Funktion filmischer Form; es ist nicht mehr auszumachen, ob die Kamera eine vorgegebene Parade aufnimmt oder ob diese erst für die Kamera inszeniert worden ist. Der eigentliche Parteitag fand erst im Kino statt, der Film erst schuf ihn.

In den beiden Teilen des Olympiade-Films (1938), *Fest der Völker* und *Fest der Schönheit*, modellierte die Riefenstahl die Olympischen Spiele von 1936 nach demselben Muster. Ein Prolog stellt das Geschehen in mythische Zusammenhänge. Die Leistungen der Sportler erhalten ihre Weihe durch die Gegenwart des „Führers“, sie erscheinen geradezu als Rituale eines Opferkults ihm zu Ehren.

SPENDET!

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir müssen Euch (mal wieder) um Spenden anfragen. Die Finanzierung des RM und der gesamten Parteiarbeit ist uns nicht nur aus den Verkaufserlösen und den (immer noch hohen) Beiträgen möglich. Trotz erneuter Einsparungen beim Druck läge auch heute ein kostendeckender Preis für den RM bei weit über 2,— DM. Ein Preis, der sich politisch gar nicht vertreten läßt.

Im Rahmen der Finanzpläne 84 und 85 haben wir beim zentralen Apparat alles eingespart, was uns möglich und ohne wesentlichen Schaden für die Öffentlichkeitsarbeit der Partei machbar erschien. Nach wie vor vorhandene Lücken im Finanzplan 85 können wir aber nicht durch erneute Rationalisierungen schließen. Um über die Runden zu kommen, sind wir auf Euer Engagement und Eure Spendenbereitschaft angewiesen. Also: Wem die Stärkung der KPD und revolutionärer Arbeiterpolitik nach wie vor oder mehr denn je am linken Herzen liegt, den bitten wir um Überweisungen auf: KPD, 4600 Dortmund 30

Stadtparkasse Dortmund (BLZ 44050199)
Kto.-Nr. 321004547 Postgiroamt Dortmund, Kto.-Nr. 6420-467

Spenden für die KPD könnt ihr von der Lohnsteuer absetzen:

Seit 1984 gelten neue Richtlinien über die Abzugsfähigkeit von Beiträgen und Spenden an politische Parteien. Was ist geändert? 1. Das Finanzamt erstattet euch von euren Beiträgen und Spenden bis zu einer Höhe von 1200,— DM (Ledige) und 2400,— DM (Verheiratete) 50 Prozent beim Lohnsteuerjahresausgleich bzw. bei der Einkommensteuererklärung. Wie gesagt, ihr bekommt 50 Prozent eurer Spenden wieder! 2. Oder mehr. Wenn ihr mehr als 1200,— DM bzw. 2400,— DM gezahlt habt, so könnt ihr den Differenzbetrag zu 1200,— DM bzw. 2400,— DM noch einmal von eurem zu versteuernden Einkommen absetzen. Dies wirkt sich in echtem Geld so aus, daß ihr je nach Höhe eures Einkommens zwischen 10 und 35 Prozent der Spenden bzw. Beiträge vom Finanzamt ersetzt bekommt.

KOMMUNISTISCHE HEFTE

Theoretisches Organ der KPD

„Wenn Massen von Arbeitern die Partei nicht verstehen ...“
Zur politischen Krise 1953 in der DDR

Im Würgegriff der Schuldenkrise
Die Verschuldungskrise in der dritten Welt
am Beispiel Mexicos

12 Einzelpreis 6 DM

**Bestellungen an: Verlag Roter Morgen,
Wellinghofer Str. 103 4600 Dortmund 30**

Einzelpreis 6,— DM, Abonnement 27,— DM für vier Ausgaben inklusive Porto

/ORANKÜNDIGUNG

KJD-Seminar Süddeutschland

13. bis 15. September bei Augsburg

Thema: Solidarität mit Nicaragua

Reiseberichte — Film — und eine politische Aktion vor Ort

Teilnehmergebühr: 25,— DM

Anmeldungen an: KJD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefienstr. 110

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr

4800 Dortmund (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20931

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 4430 14

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeiten zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 486529

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 Kiel 1, KPD, Rendsburger Landstr. 9, Tel.: (0431) 6421 10, geöffnet: Di u. Fr 18 - 20 Uhr

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haubmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo u. Fr. 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr

KPD Saar: 6685 Helligewald, Kontaktadresse: E. Bittner, Waldwiesstr. 13

Sektion Westberlin: 1000 Berlin 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474